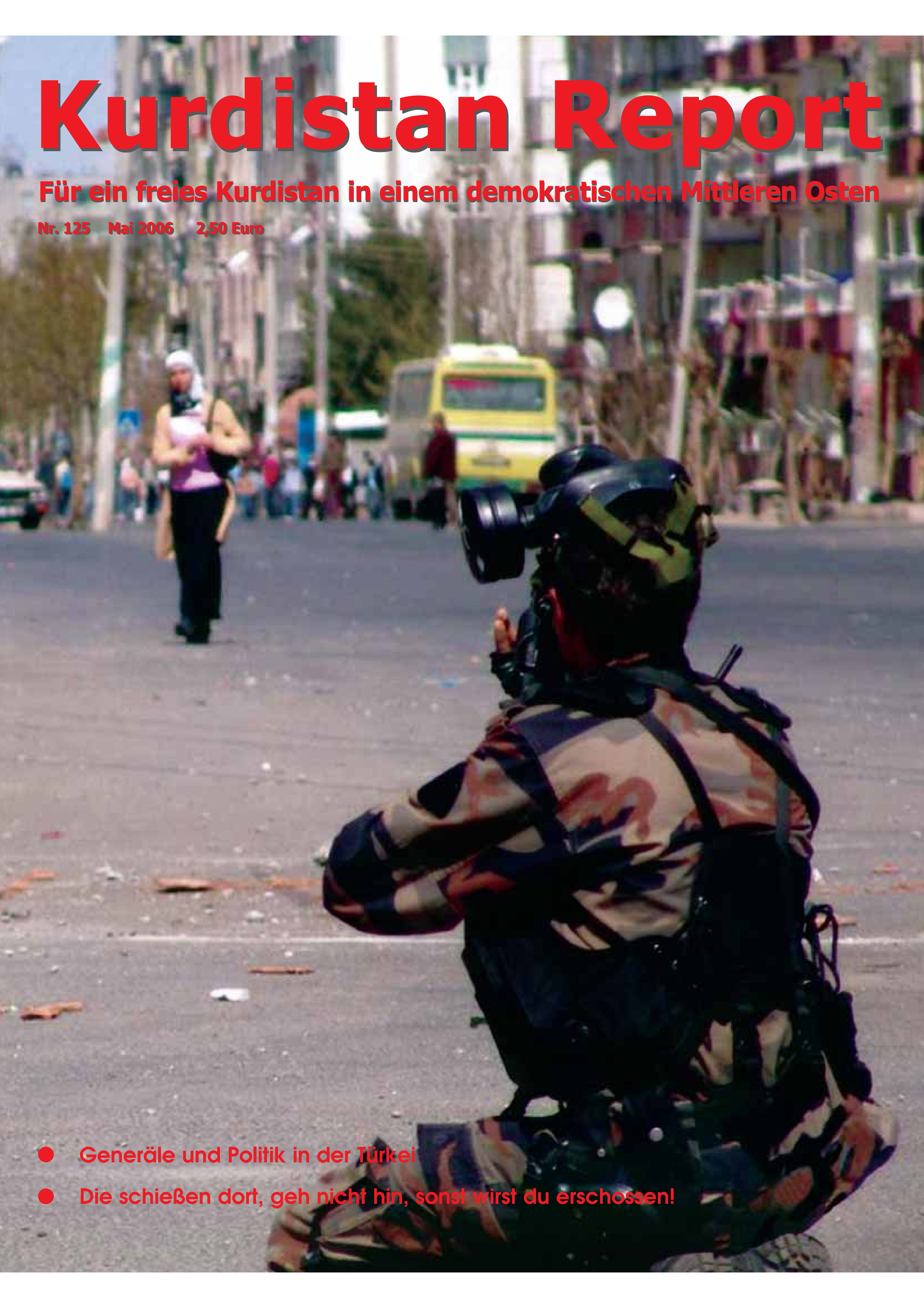


Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 125 Mai 2006 2,50 Euro

- Generäle und Politik in der Türkei
- Die schießen dort, geh nicht hin, sonst wirst du erschossen!

In dieser Ausgabe berichten wir über:

Kurdistan Report Nr. 125 Mai 2006

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement (6 Exempl. inkl. Porto)
20,- Euro (Deutschland)
25,- Euro (Europa)

Einzelexempl. 2,50 Euro

Dänemark	20 dkr.
Großbritannien	2 bp.
Norwegen	20 nkr.
Schweden	20 skr.
Schweiz	4 sfr.

Titelbild:
Diyarbakir 29.03.2006
Foto: DIHA

Rückseite:
Fotos: DIHA und ISKU

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung:
Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Der 8. März in Kurdistan und der Türkei im Zeichen von Frieden und Demokratie Foto: DIHA



KurdInnen drückten weltweit mit den Feiern zu Newroz ihre Sehnsucht nach Frieden aus Foto: DIHA



Die Antwort der türkischen Regierung Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

direkt nach den von Disziplin und Zurückhaltung geprägten Newrozfeiern in der Türkei und in Kurdistan scheinen die Würfel gefallen zu sein: Die Weichen sind auf Krieg gestellt! Das türkische Militär hat klargestellt, wer das Sagen hat, die Betonfraktionen quer durch den Staatsapparat behaupten sich in ihren Positionen, und wer von den bisher vielleicht Indifferenten oder Unentschlossenen Amt, Posten oder Pfründe behalten und nicht abgesägt werden will, muss uneingeschränkt mitziehen bei der deutlich vorgeführten Absage an einen irgendwie gearteten gesellschaftlichen Dialog.

Der Konfrontationskurs des Militärs ist in den letzten Monaten zügig lanciert worden. Angefangen mit einer Serie verdeckt ausgeführter Bombenanschläge gegen zivile Ziele, wobei die juristische Aufarbeitung der militärischen Verantwortung rigoros gestoppt wurde, und brutaler Niederschlagung der Reaktionen der Zivilbevölkerung über die Ausweitung der Gefechte zwischen Armee und Guerilla bis hin zu kleineren Attacken türkischer Einheiten auf irakisches Staatsgebiet. Inzwischen ist die Rede von einer Wiedereinführung der Ausnahmezustandsbestimmungen in den kurdischen Regionen der Türkei und einer bisher lange hinausgezögerten massiven Invasion in den Nordirak. Nach Redaktionsschluss veröffentlichte Nachrichten von der seit langen Zeiten größten Armeebewegung in Richtung kurdischer Gebiete – eine Viertelmillion Soldaten, über ein Viertel der türkischen Armee, ein komplettes Befehlszentrum sollen dort stationiert werden, heißt es – lassen jetzt Schlimmes befürchten.

Gleichzeitig soll vor dem Hintergrund des internationalen Säbelrasselns gegen den Iran dessen Militär jetzt die HPG-Lager im irakischen Südkurdistan angegriffen haben. Was heißt das für das regionale Zweckbündnis Türkei/Iran/Syrien, das nur gegen die PKK zusammenkommt? Was heißt das für die Lage im Irak und im übrigen Mittleren Osten, wo in imperialistischem Sinne jeder gegen jeden kämpft, aber wohl überhaupt nicht wie geplant unter US-Kontrolle?

Die politischen Rahmenbedingungen in der Türkei für eine demokratische Perspektive sind nun komplett als negativ zu werten, als wäre man in die Zeit des schmutzigen Krieges vor über 10 Jahren zurückversetzt. Das aktuell wieder verschärfte Anti-Terror-Gesetz verdeutlicht beispielhaft, wie die demokratischen Errungenschaften von sieben Jahren wie mit einem Strich weggewischt werden.

Aber wen schert's? Außer den direkt betroffenen Menschen und den wenigen an einer menschenwürdigen Alternative Interessierten scheinen die meisten mit einem Krieg gut leben zu können. Dabei wäre doch internationaler Druck nötig. Die EU hat, wenn auch halbherzig, die Bedingungen formuliert für eine Aufnahme in ihren begehrten Club. Doch wieder überwiegen die Einzelinteressen, wieder werden alle in den kurdischen Konflikt involvierten Parteien benutzt und gegeneinander ausgespielt. Die Kriegssituation trifft hier wohl auf interessierte Wahlkämpfer, Stimmungsmacher, Kalte Krieger, Kulturkrieger, die damit alle ihr Süppchen kochen können. Selbst die Berichterstattung der Medien ist zumindest hierzulande zur früheren unreflektierten und eindimensionalen Darstellung zurückgekehrt.

Können die Wut und Trauer und die erkämpfte Organisierung der kurdischen Bevölkerung die Kriegstreiberei auffangen? Die Stimmung kocht hoch, die Menschen sind auf den Straßen. Internationale Solidarität ist notwendig, nicht nur zu Newroz.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die Türkei auf Gewaltkurs

Ferda, Journalist

Seit die Europäische Union die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen hat, läuft die Türkei einem Auto gleich im Leerlauf. Die vor den Verhandlungen mit der EU herrschende positive Atmosphäre ist wie weggewischt und hat dunklen Wolken Platz gemacht. Vor zwei Jahren gab es intensive Diskussionen über Reformen, juristische Verbesserungen und die Kopenhagener Kriterien. Auch stimmte ein großer Teil der Bevölkerung darin überein, dass die kemalistische Staatsdoktrin, mit der die Türkei seit 80 Jahren regiert wird, unbedingt einer Änderung bedarf.

Die Verhandlungen der Türkei mit der EU haben dazu geführt, dass viele in der Türkei bisher tabuisierte Themen zur Sprache kamen, auch wenn in der konkreten Umsetzung noch keine wirklichen Fortschritte zu erkennen sind. Zu diesen Diskussionsthemen zählen vor allem der direkte Einfluss des Militärs auf Politik und Regierung und der radikale Zentralismus.

Nachdem die kritische Schwelle in Richtung Europäische Union überschritten war, wendete sich jedoch alles zum Alten. Das Militär suchte nun nicht mehr nach Umschweifen, es stellte sich direkt gegen die EU. Die Phase der Beitrittsverhandlungen wurde mit einem Weg voller Fallen verglichen. Diese von den türkischen Streitkräften geführte Kampagne wurde ausgeweitet auf die Universitäten, politischen Parteien und Medien. Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen und liberale Intellektuelle, allen voran aber die amtierende Regierung unterstützten die EU-Phase und Reformen, sie zeigten sich jedoch gegenüber der vom Militär angeführten antirevisionistischen Front als zu schwach und wirkungslos. Es ging sogar so weit, dass die wöchentlichen Erklärungen und Interventionen des Generalstabs effektiver waren als die der Regierung.

Diese Entwicklung geriet jedoch am 9. November 2005 ins Schlingern. An diesem Tag wurde in Semdinli, Kreisstadt der Provinz Hakkari, eine Buchhandlung von einer Granate zerstört. Die Attentäter wurden direkt im Anschluss an das Attentat von den Passanten aus der Umgebung gestellt. Auto, Taschen und alle Dokumente der Täter wurden beschlagnahmt. Vor diesem Anschlag hatte es in jüngster Vergangenheit bereits 14 andere gegeben, deren Täter unentdeckt geblieben waren.

Bei den Festgenommenen handelte es sich um die Unteroffiziere Ali Kaya und Özcan Ildeniz, beide Mitglieder der türkischen Armee, außerdem Veysel Ates als ihr Helfer, Mitglied des Gendarmerie-Geheimdienstes JIT. Der von den Unteroffizieren benutzte Wagen gehörte zum Besitz des Militärs. Darin waren zahlreiche Waffen und in der Türkei produzierte Handgranaten aus dem Armeebestand. In den Taschen der Unteroffiziere wurden „Todeslisten" entdeckt, in denen als für den Staat schädlich geltende Menschen geführt wurden.

Kurze Zeit nach dem Attentat erklärte Yasar Büyükanit, Oberkommandierender der Landstreitkräfte, gegenüber der Presse, den verhafteten Ali Kaya zu kennen. Er sei „ein guter Junge", hieß es. Nach dieser Erklärung wurden Ali Kaya und Özcan Ildeniz freigelassen.

Dieser Vorfall hat die Diskussionen angeheizt. Die Äußerungen Yasar Büyükanits wurden als Beeinflussung der Justiz gewertet [*ist ein Straftatbestand in der Türkei*]. Es stellte sich heraus, dass die Ermordung und Entführung zahlloser Menschen, Sabotageaktionen und Bombenanschläge in Kurdistan in den vergangenen zwanzig Jahren von JITEM-Mitgliedern [*JITEM bis 1999 inoffiziell, dann legalisiert als JIT*] ausgeführt worden waren, finanziert durch einen Geheimfonds. Von noch größerer Bedeutung war jedoch die Erklärung des ehemaligen Premierministers Bülent Ecevit, der Fonds dieser illegalen Institution sei von den USA finanziert worden. Dadurch wurde diese illegale Organisation, zu deren Mitgliedern offizielles türkisches Armeepersonal, Offiziere und Soldaten, gehört, zum ersten Mal so deutlich zur Schau gestellt, in den Anklageschriften der Staatsanwälte und Kommissionsberichten des türkischen Parlaments festgehalten.

Sabri Uzun, Chef der nachrichtendienstlichen Abteilung der türkischen Polizei, in seinen Bewertungen über die Ereignisse in Semdinli: „Wenn der Dieb bereits im Haus ist, nutzt kein Schloss mehr." Offensichtlich sei der Anschlag seitens türkischer Offiziere verübt worden, aber diese seien innerhalb einer Organisation tätig.

> „Wenn der Dieb bereits im Haus ist, nutzt kein Schloss mehr."

Daraufhin bereitete der Staatsanwalt von Van, Ferhat Sarikaya, eine Anklageschrift vor. Er verlangte, dass außer den zwei angeklagten Offizieren auch der Armeekommandeur Yasar Büyükanit in die Untersuchung mit einbezogen werden müsse. Die Forderung des Staatsanwalts von Van war ein Anfangsschritt,

brachte aber das Fass zum Überlaufen. Die derzeit in der Türkei geltenden Gesetze erfordern für Anklage und Verurteilung eines Armeeangehörigen vor einem Zivilgericht die Erteilung einer besonderen Erlaubnis, wozu lediglich hochrangige Kommandeure bevollmächtigt sind. Dieser Vorfall eröffnete neue Diskussionen über die Janusköpfigkeit des türkischen Rechts. Dieses verhindere die Aburteilung von in Straftaten verwickelten Militärangehörigen – militärische Vergehen ausgenommen [*werden sowieso vor einem Militärgericht verhandelt*]. Es kam zu ernsthaften Kritiken und Kontroversen. Die jahrelange Unantastbarkeit der Armee war verschwunden, erstmals kam es so öffentlich und verbreitet zu Debatten über das Militär.

Reformfeindliche Kreise, allen voran der Generalstabschef, versuchten, die Vorfälle in ein anderes Licht zu rücken. Sie behaupteten nämlich, dass ein Angriff auf die türkische Armee geplant und organisiert sei, dass die Kurden und die Europäische Union das Militär schwächen wollten und die amtierende Regierung an dieser Kampagne teilhabe. Die Diskussionen flammten auf.

Schließlich veröffentlichte der türkische Generalstab eine an Regierung, politische Parteien, Medien und Bevölkerung gerichtete Erklärung, die sich in Ausdruck, Inhalt und Ziel nicht wesentlich von den Erklärungen früherer Militärputsche unterschied. Die parlamentarische Untersuchungskommission, der Staatsanwalt von Van und der Geheimdienstchef der Polizei wurden nicht etwa mittelbar, sondern direkt bedroht. Es wurde verlangt, dass Ferhat Sarikaya, Staatsanwalt von Van, der Yasar Büyükanit angeklagt hatte, selbst einer Untersuchung unterzogen wird und Sabri Uzun vom Dienst suspendiert wird. Einige Tage nach Veröffentlichung dieser Erklärung wurde sowohl Sarikaya beurlaubt als auch Uzun strafversetzt.

Von dem unantastbaren und „reinen" Bild der Armee ist jedoch nichts mehr übrig geblieben. Ganz unabhängig von Verlauf und Ausgang des Verfahrens ist es Fakt, dass eine der Armee angehörende illegale Organisation existiert, die ihre eigenen BürgerInnen bombt, über sie



Truppenverschiebung der türkischen Armee in Kurdistan nahe der Grenze zu Südkurdistan/Nordirak am 21.4.2006 Foto: DIHA

Todeslisten erstellt. Jedes Mal, wenn eine ernsthafte Debatte über diese Verbrecherorganisation aufkommt, verfolgt die Armee stets die gleiche Strategie. Es heißt, die Türkei sei in großer Gefahr, bestimmte Kräfte beabsichtigten eine Teilung der Türkei usw.

Aber dieses Mal beobachtet die kurdische Bevölkerung die Geschehnisse sehr aufmerksam und stellt sich mit ihren friedlichen und demokratischen Massenaktionen gegen die aufhetzerische Kriegspolitik der Armee. Das diesjährige Newrozfest wurde mit Millionen Menschen gefeiert. Sie offenbarten ihre politischen Forderungen, ihre Entscheidung für und ihre Sehnsucht nach Frieden.

Die türkische Armee bevorzugt seit jeher die Problemlösung durch Krieg und Gewalt. Diese relativ positive Atmosphäre wurde vom Militär ins Gegenteil verkehrt. Nachdem es geheißen hat, 14 kurdische Guerillas seien ohne ein Gefecht mit chemischen Waffen ermordet worden, kam es in den Städten Diyarbakir, Batman, Siirt und Van zu Massenprotesten gegen den Staatsterror. Die türkische Politik und das türkische Militär, die sich von der kemalistischen Ideologie nähren, sehen alle Aktionen, bei denen Menschenmengen auf die Straße gehen, selbst wenn sie friedlich und gewaltlos sind, stets als große Gefahr an. Daran wird es wohl liegen, dass während der Demonstrationen, an denen nur Zivilisten teilgenommen haben, 17 Menschen ermordet wurden, darunter auch Kinder. Gleichzeitig bekam kein Polizist oder Soldat einen Kratzer ab. Diese Vorfälle dienen als glänzendes Beispiel für das Verständnis des Militärs von Problemlösungen.

Die türkische Armee bevorzugt seit jeher die Problemlösung durch Krieg und Gewalt.

Währenddessen haben die gegenwärtige Regierung und ihr Ministerpräsident eine führende Stellung beim Generalstab eingenommen. Letztendlich drohte der Premier der kurdischen Bevölkerung während der Kundgebungen: „Wenn es so weitergeht, müssen Kinder und Frauen die Folgen erdulden." Infolgedessen wurden dann auch Kinder und Jugendliche durch Soldatenkugeln erschossen.

Derzeit sind in Kurdistan wieder viele Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Verurteilungen an der Tagesordnung. Wie in der Vergangenheit will man mit diesen Methoden die KurdInnen „erziehen". Jedoch ist weder Kurdistan das Kurdistan aus der Vergangenheit, noch sind die KurdInnen die KurdInnen aus der Vergangenheit. Es sieht ganz danach aus, dass die Türkei von den im Rahmen des EU-Anbindungsprozesses zur Sprache gekommenen Reformen und Veränderungen sehr weit entfernt ist. Denn das Militär will, dass sich diese Schere weiter öffnet und der Status quo bestehen bleibt. Und die politische Führung der Türkei zeigt weder so viel Entschlossenheit wie die Spaniens noch ausreichenden Mut für Erneuerungen. ♦

Existenz der illegalen Organisation JITEM konnte aufgedeckt werden

Generäle und Politik in der Türkei

Baki Gül, Soziologe und freier Journalist

Die Beziehung zwischen Militär und Politik steht in der Türkei seit ihrer Gründung permanent auf der Tagesordnung. Diese Verflechtung rückte zuletzt wieder im Rahmen einer Anklage gegen zwei Soldaten und einen PKK-Überläufer, die in der kleinen kurdischen Kreisstadt Semdinli im Osten der Türkei von der Bevölkerung bei einem Bombenanschlag auf einen Buchladen auf frischer Tat ertappt worden waren, ins Rampenlicht. Stellung und Funktion des Militärs in der türkischen Politik wurden in diesem Zusammenhang heftig diskutiert.

Sowohl die Anklageschrift des Staatsanwalts Ferhat Sarikaya, als „Anklage von Semdinli“ bekannt, beinhaltet Anschuldigungen gegen den Oberkommandierenden der türkischen Landstreitkräfte Yasar Büyükanit, als auch der Bescheid Nr. 2006/21 über dessen Verfahrensabtrennung zur Weiterleitung an die Militärstaatsanwaltschaft. Ihm wird vorgeworfen, eine illegale Organisation gegründet und angeführt sowie die Justiz beeinflusst zu haben.

Die für einen verdeckten Auftrag der illegalen Armeeorganisation JITEM [Antiterrorgeheimdienst der Gendarmerie; s. Kasten] gedachten und von der Bevölkerung Semdinlis aufgedeckten Dokumente, die Äußerungen des Mitbegründers und ehemaligen hochrangigen Funktionsträgers des JITEM, Abdülkadir Aygan, von dem zuvor aufschlussreiche Enthüllungen über den JITEM gemacht worden waren, sowie die Anklage gegen Armeekommandeur Yasar Büyükanit, der als möglicher Nachfolger für den bald frei werdenden Posten des Generalstabschefs gilt und innerhalb der türkischen Armee über beachtlichen Einfluss verfügt, haben das politische Gleichgewicht in der Türkei ins Wanken gebracht.

Der Generalstabschef und die türkische Regierung bedrohten und beschuldigten Staatsanwalt Sarikaya wegen seiner Anklageerhebung. Denn die Anklageschrift beinhaltete Anschuldigungen gegen das Militär, das in der Türkei immer eine Sonderstellung bekleidet und vielleicht in der Lage wäre, gewichtige Tatsachen zu erhellen. Aber die in Semdinli mit den Dokumenten enthüllten und in die Anklageschrift aufgenommenen Sachverhalte konnten leider nicht vollständig geklärt werden. Aus der jüngsten Geschichte der Türkei ist ersichtlich, dass Skandale solcher Art juristisch nicht aufgeklärt werden, insbesondere wenn sie Militär und Polizei betreffen. Beginnend mit der Phase des Zerfalls des Osmanischen Reiches über die Gründung der Republik Türkei bis heute spielt die Armee in der politischen Struktur des Landes eine bestimmende Rolle. Mit Hilfe ihrer Militärputsche, der daraus hervorgegangenen Institutionen und der von ihnen initiierten Gesetze hat sich die Armee eine privilegierte Position über allen anderen staatlichen Institutionen gesichert.

Die Politik und das Militär

In einem Artikel unter der Überschrift „Das Militär und die Politik in der Türkei“ fasst Prof. Dr. Mustafa Erdogan die Rolle der Armee in der Türkei folgendermaßen zusammen: „Der herrschende Wille in der heutigen Türkei ist, trotz der anscheinend ‚demokratischen’ Institutionen, noch immer der militärische. Der militärische Einfluss und die Steuerung der Politik gehören zu den verbreiteten Realitäten in der modernen Türkei. Das kann vor allem als ein Charakteristikum der Türkei der letzten vierzig Jahre gesehen werden.“

Seit Gründung der Türkei gab es phasenweise alle 10 Jahre einen Staatsstreich. Die 1923 gegründete Republik Türkei wurde bis 1945 durch die Dominanz Mustafa Kemals, der selbst aus der Armee kam, mit einem „Einparteiensystem“ regiert. Nach Etablierung des Mehrparteiensystems putschte das Militär erstmals am 27. Mai 1960, der damalige rechtsliberale Ministerpräsident Adnan Menderes und zwei seiner Minister wurden hingerichtet. Am 12. März 1971 kam es zum nächsten Putsch, in dessen Verlauf drei junge Führungspersonen der linken Bewegungen exekutiert wurden. Erneut übernahm das Militär am 12. September 1980 zum dritten Mal die Macht. Zahlreiche Politiker des rechten und linken politischen Spektrums sowie viele junge Menschen kamen ums Leben. Nach jedem Militärputsch wurden hunderttausende Menschen verhaftet, Gewerkschaften, politische Parteien und Organisationen verboten und geschlossen, über viele wurde ein politisches Betätigungsverbot verhängt. Über Millionen von Menschen wurden Informationen gesammelt und in entsprechenden Akten erfasst, die Universitäten unter Druck gesetzt. Das politische, soziale und kulturelle Leben in der Tür-

kei wurde völlig nach dem Militär ausgerichtet.

Staatsstreiche sind nicht nur auf die Türkei bezogen

Alle Staatsstreiche in der Türkei stehen in Verbindung mit der internationalen Weltlage, ihre Begründung: „Die unteilbare Einheit des türkischen Staates sowie das Regime sind in Gefahr."

Der Staatsstreich vom 12. September ähnelt von Inhalt und Form her dem Pinochet-Putsch in Chile. Danach wurde die Immunität des Militärs im politischen Bereich in der Verfassung garantiert. Der Hochschulrat (YÖK), die Hohe Rundfunk- und Fernsehanstalt (RTÜK), das Staatssicherheitsgericht (DGM) und ähnliche Institutionen wurden gemäß dieser Verfassung gegründet und existieren bis heute. In diesen Einrichtungen ist das Militär repräsentiert und hält somit die akademischen, juristischen und Medienbereiche unter Kontrolle. Außerdem wurde mit dem Nationalen Sicherheitsrat ein militärisches Gremium geschaffen, das über weit mehr Einfluss verfügt als die rein parlamentarischen.

In den kurdischen Regionen indessen wurden unter dem Vorwand militärischer Auseinandersetzungen über Jahre hinweg die Ausnahmezustandsverwaltung (OHAL) sowie neue und gesonderte Militärverwaltungen eingeführt.

Wurde im Zuge des EU-Anbindungsprozesses und der angestrebten EU-Mitgliedschaft das Gewicht dieser Institutionen auch durch einige Reformen verringert oder gar aufgehoben, so haben die türkischen Generäle die Art und Weise für die Durchführung einer putschistischen Intervention angepasst.

So schafften sie es am 28. Februar 1997 wieder, die Politik zu bestimmen und sich in den wichtigsten Staatsorganen zu organisieren, was in die türkische politische Literatur als „postmoderner Streich" einging. Es ist eine Realität, dass alle Staatsstreiche bisher gegen die kurdische, linke und islamische „Drohung" vollzogen worden sind. Aber das türkische Militär, das sich gemäß der politischen Balance formt, weist im Hinblick auf die politische Struktur der Türkei einen großen Unterschied im Vergleich zu den militärischen Strukturen anderer Länder auf. Experten beschreiben die Stellung der Armee in der türkischen Politik wie folgt: „Man kann sagen, dass vom historischen Erbe der türkischen Armee drei wesentliche Punkte von Bedeutung sind. Der erste betrifft die Identifizierung der Armee mit der Gesellschaft und dem Staat, so dass die Gleichung „Militär = Nation" Tradition wurde.

Als Zweites, seit der Reformbewegung während der Zerfallsphase des Osmanischen Reiches, die Aneignung der westlichen Gedankenwelt und der feste Glaube, dass die Armee die Vorreiterin der Moderne ist.

Drittens die seit den ersten Jahren der Republik nach 1920 bestehende, von Mustafa Kemal Atatürk eingeführte, neue Doktrin, welche die Rolle des Militärs auf die Kasernen beschränkt und nur im Falle der Gefährdung der Sicherheit des Staates die offene Intervention in die Politik zulässt."

Das Militär, die Politik und die EU heute

Gegenwärtig hat die türkische Armee über die als OYAK (Armeehilfsorganisation) bekannte Institution, die mit internationalen Großunternehmen Beteiligungsgesellschaften gründet, ihre ökonomische Unabhängigkeit gesichert. Sie hat sich von der Bank- bis zur Versicherungsbranche, von der Energie- bis hin zur Baubranche organisiert. Die türkische Armee nimmt nicht nur im politischen Bereich, sondern auch im Wirtschaftsleben eine ihr eigene Stellung ein. Der ökonomische Lebensstandard der (höheren) Militärangehörigen unterscheidet sich von dem anderer sozialer Schichten der Türkei, die an der Produktion teilnehmen. So führen türkische Offiziere, deren Zahl sich auf annähernd hunderttausend beläuft, in gesonderten Wohnungen, in günstigen Urlaubsorten, die im Besitz des Militärs sind, in luxuriösen Erholungseinrichtungen und in Kasinos ein eigenständiges Leben. In

Sarikaya zufolge ist JITEM gleich JIT

In der Anklageschrift des Staatsanwalts von Van, Ferhat Sarikaya, gegen den Kommandeur der Landstreitkräfte, Yasar Büyükanit, wegen „Gründung einer geheimen Organisation und Beeinflussung der Justiz" heißt es, dass der JITEM [*bis 1999 inoffiziell*] der gleiche Jandarma-Geheimdienst sei wie der JIT [*offiziell seit 2000*]. Während in einer Fußnote der legale Rahmen für geheimdienstliche Aktivitäten ausgeführt ist, wird oben die Gründung des JITEM erläutert. In diesem Abschnitt bewertet Sarikaya auch Informationen aus dem Buch „Ein Geständiger – ein Mitglied des JITEM berichtet", welches die Geständnisse des PKK-Überläufers Abdülkadir Aygan beinhaltet. Eine Kopie des Buches ist der Semdinli-Akte beigefügt, eine weitere ging an die Staatsanwaltschaft Diyarbakir, wo die aufgeführten Morde zur Anklage kamen.

Die Bewertung des JITEM in Sarikayas Anklageschrift wird sicherlich zu Diskussionen führen. Darin heißt es, dass der JITEM, der mit Morden unbekannter Täter, Bombenanschlägen, Entführungen, Morden, Erpressungen in Verbindung gebracht worden sei, nichts anderes darstelle als der JIT, welcher der Gendarmerie-Kommandantur unterstehe:

„Die Geheimdiensteinheit, bezeichnet als JITEM oder JIT, ist auf der Ebene eines Generalmajors als Abteilungsdirektor eingebunden in die Allgemeine Gendarmerie-Kommandantur, und bis 1997 in die Struktur der Gebietskommandantur und der ihr unterstehenden Team-Kommandanten.

Die Strukturen sind aber in keiner Weise offiziell öffentlich gemacht worden.

Das Gesetz Nr. 5397 regelt das den geheimdienstlichen Bedürfnissen entsprechend geschaffene System, seine Funktion, die rechtliche Anwendungsdauer, welche Stellen unter welchen Voraussetzungen Entscheidungen treffen, die Kontrollbestimmungen und Modalitäten und wie den geheimdienstlichen Bedürfnissen entsprochen werden kann, gemäß der internationalen Rechtsprechung und der Verfassung."

solchen Einrichtungen kann das Militärpersonal seinem kulturellen, sozialen und sportlichen Alltag nachgehen. Einer der Gründe, warum die Armee ihren Einfluss innerhalb der Politik nicht verlieren will, ist auch auf ihren privilegierten Status zurückzuführen.

Als in letzter Zeit aufgrund der Beziehungen der Türkei zur EU damit begonnen wurde, den Einfluss des türkischen Militärs in der Politik zu reduzieren, haben Generäle auf hoher Kommandoebene ihre – in der Vergangenheit gegen die Kurden aufgebauten – illegalen Organisationen auf die gesamte Türkei ausgeweitet. So konnte durch die Gerichte und die Aussagen ehemaliger Mitglieder die Existenz der illegalen Organisation JITEM (s. o.) aufgedeckt werden sowie die Tatsache, dass sie mit Wissen und im Auftrag hochrangiger Befehlshaber innerhalb der türkischen Armee gegründet worden war. Der JITEM wurde in Kurdistan wie eine Untergrundorganisation im Krieg gegen die PKK betrieben. Die KurdInnen wurden durch Verschleppung, Einschüchterung, Erpressung, Folter, Bombardierungen und Dorfzerstörungen unter Druck zu setzen versucht. Auch Polizeikräfte der Türkei waren ähnlich wie der JITEM an illegalen Organisierungen beteiligt. Zeitweise kam es auch zu Auseinandersetzungen und es gab erhebliche Provokationen. So wurde z. B. 1994 gegen die kurdische Tageszeitung Özgür Ülke ein Bombenattentat mit C4-Sprengstoff verübt. Weitere Bombenattentate gab es am 12. März 1995 in überwiegend von Menschen alevitischen Glaubens bewohnten Gebieten Istanbuls. Dutzende kamen dabei ums Leben und die Ausschreitungen dauerten Tage. Die illegale Militärorganisation wurde in den kurdischen Gebieten noch wirksamer eingesetzt. Hinter Menschenraub, Folter, Dorfzerstörungen, Überfällen, Schutzgelderpressung, Drogenhandel kam immer der JITEM zum Vorschein. So konnten alle eröffneten Verfahren nicht vorankommen, die Täter niemals für ihre Verbrechen verurteilt werden.

Der Skandal wird verdeckt

Der Fall des JIT/EM, der zuletzt in Semdinli aufflog und dessen Verbindungen zu Generälen in Ankara mit entsprechenden Dokumenten aufgezeigt werden konnten, ist zwar an die Gerichte übertragen worden, aber auf Intervention des türkischen Generalstabschefs, aller Kommandeure der Streitkräfte sowie der politischen Parteien wurde der Umfang des Verfahrens eingegrenzt. Ähnliche Skandale sind auch schon in der Vergangenheit aufgedeckt worden. So wurde z. B. bei einem Autounfall am 3. November 1996 bei Susurluk ein berüchtigter nationalistischer Mafioso, gegen den seit Jahren ein internationaler Haftbefehl bestanden hatte, zusammen mit einem Abgeordneten und einem hohen Polizeifunktionär aus Istanbul in einem PKW mit anschlagsgeeigneten Waffen entdeckt. Als diese durch den Unfall zufällig aufgeflogene Beziehung zwischen Mafia, Politik und Sicherheitskräften in der Türkei unter die Lupe genommen wurde, gelangte man zum

Mahmut Sakar: Zu den geplanten Gesetzesänderungen in der Türkei

In der Türkei wurde erneut begonnen, über die Einführung von Gesetzen zu diskutieren, die die Freiheiten und Rechte weiter einschränken sollen. Die Vorbereitungen für die Änderungen des Anti-Terror-Gesetzes sollen kurz vor dem Abschluss stehen und der entsprechende Entwurf schon bald im türkischen Parlament behandelt werden. Diese Gesetzesänderungen betreffen alle BürgerInnen der Türkei. Der Bereich der ohnehin spärlichen persönlichen Rechte und Freiheiten soll mit den neuen Regelungen weiter eingeschränkt werden. Aber wir wissen von den unzähligen vorhergehenden Gesetzen dieser Art, dass sie zur Bewältigung von Problemen und zur Entwicklung einer beständigen Lösung der gesellschaftlichen Konflikte nicht beitragen werden.

Bevor wir auf den Inhalt des geplanten Gesetzes eingehen, einige Vorbemerkungen:
a) Die gesetzlichen Bestimmungen wie Anti-Terror-Gesetz und der Erlass über Zensur und Deportation, die seit Anfang der 90er Jahre über lange Jahre hinweg Bestand hatten, führten zu viel Leid und Schaden. Später wurden im Rahmen des EU-Anbindungsprozesses diese strengen gesetzlichen Regelungen gelockert. Dass nun derselbe Weg erneut beschritten werden soll, verdeutlicht das Beharren darauf, die kurdische und alle anderen gesellschaftlichen Fragen mittels Gewalt und Druck lösen zu wollen. Wie sollen die Mentalität und die Praxis, die in den 90er Jahren die Probleme statt zu lösen noch weiter verschärft haben, im Jahre 2006 ein anderes Ergebnis hervorbringen?

b) Die öffentlichen Appelle von Vertretern des Militärs und der Sicherheitskräfte, die gegenwärtigen Gesetze würden nicht ausreichen, sie würden hinderlich sein und die Arbeit erschweren, scheinen Erfolg gezeigt zu haben. Die Regierung, die bislang eine Änderung für unnötig befand, stimmt dem nun zu. Somit ist erneut bewiesen, dass die demokratischen Öffnungen im EU-Prozess in die Schublade wandern und eine ernsthafte und tiefgreifende Reform-Mentalität nie existiert hat.

Mit diesen Gesetzesregelungen haben die militärischen und militaristischen Kreise erneut die politische Initiative gegenüber der Regierung gewonnen und der Machtkampf innerhalb des Staatsapparates ist zu Gunsten des Militärs entschieden worden. Zuvor hatte Justizminister Cemil Çiçek diese Forderung mit den Argumenten abgelehnt: Die vorhandenen Gesetze reichten aus, Militär und Polizei sollten sie in Anspruch nehmen und ausschöpfen. Was führte nun zu dieser Änderung in der Haltung der Regierung? Wir sind der Meinung, dass der Hintergrund die Niederlage der AKP im Machtkampf im Staate ist und die Herrscherrolle des Militärs bestätigt wurde.

Die Änderungen, die vom britischen Anti-Terror-Gesetz inspiriert sein sollen, sehen wesentlich härtere Urteile vor und

Generalstab in Ankara. Deshalb wurden nur einige Polizeipräsidenten verurteilt und eine Ausweitung des Verfahrens somit verhindert. Nach diesem Skandal intervenierte das Militär am 28. Februar 1997 erneut. Mit diesem Eingriff, der sich von den vorherigen unterschied, wurden in der Türkei die unter dem Namen „Arbeitsgruppe West“ überall in der Türkei und Kurdistan aufgebauten illegalen Organisationen des Militärs zum größten Teil legitimiert. Stattdessen entstanden lokale, dafür aber noch wirksamere Einheiten. Denn Medienberichten zufolge hat die türkische Armee Informationen über islamistische, kurdische und für den türkischen Staat gefährliche UnternehmerInnen, PolitikerInnen, Lehrbeauftragte an den Universitäten, KünstlerInnen bis hin zu Gouverneuren gesammelt und entsprechende Dateien angelegt.

Die türkische Armee versucht die politische Atmosphäre damit zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Zu Zeiten eskalierender Auseinandersetzungen wurden in bestimmten Regionen immer Attentate „unbekannter Täter“ verübt, und anschließend intervenierten dort die türkischen Militärs und erweckten den Anschein, die Auseinandersetzungen schlichten zu wollen. Auf diese Weise hat es die Armee geschafft, ihre „Funktion“ als die „vertrauenswürdigste Institution“ innerhalb der türkischen Öffentlichkeit immer wieder zu erneuern und gleichzeitig den anderen politischen Kräften ihre Unantastbarkeit zu zeigen.

Deshalb ist man nun bemüht, den in Semdinli aufgeflogenen Skandal, der die Generalität in Ankara mit einschließt, zu vertuschen. Auch wenn der türkische Ministerpräsident und seine zuständigen Minister kurz nach den Ereignissen von Semdinli versprachen, sie würden diesen Skandal um jeden Preis angehen und aufdecken, geht die Entwicklung in eine andere Richtung. Nach offenen und versteckten Drohungen des Militärs hat die AKP-Regierung den Rückzug angetreten und der Skandal wurde, wie die früheren auch, unaufgeklärt unter den Teppich gekehrt.

Die Generäle, die nach den Ereignissen von Semdinli eine Versammlung in Diyarbakir zur Wiederherstellung ihres angeschlagenen Images durchführten, beschlossen erneut den totalen Krieg gegen die KurdInnen und haben nun mit dessen Realisierung begonnen. Die 14 am 24. März auch durch den Einsatz chemischer Waffen von türkischen Armeeeinheiten getöteten Guerillas sowie die Vielzahl getöteter Zivilisten in den kurdischen Städten – ohne Unterscheidung zwischen Kindern und Erwachsenen – stehen im Zusammenhang mit den Semdinli-Vorfällen.

Das Konzept der türkischen Armee, zum einen ihren Einfluss in der Politik sowie ihre ökonomischen Beziehungen und Stärke zu bewahren und zum anderen ihr Gewicht im EU-Beitrittsprozess zeigend ihren Platz im politischen Zentrum einzunehmen, wird sie die politische Arena und ihre illegalen Organisationen nicht ohne weiteres aufgeben lassen. ♦

---

werden von juristischen und Menschenrechtskreisen heftig kritisiert. Hier einige der wichtigsten Neuerungen, ohne dass der ganze Entwurf bislang der Öffentlichkeit vorliegt:

Eine Person, die Mitglied einer gewaltfreien Organisation ist, kann künftig unter dem Vorwand, diese Organisation könnte in Zukunft Gewalt anwenden und stelle in ihrer momentanen Form eine Gefahr für das Land dar, mit Maßregeln belegt werden.

Diese Regelung zielt vor allem auf die zivilgesellschaftlichen Organisationen und Institutionen ab, die friedliche Ziele verfolgen, von denen aber befürchtet wird, dass sie für die Zukunft eine Gefahr für das Land darstellen könnten.

Mit diesen neuen Bestimmungen wird geradezu eine zivile Notstandsverwaltung für das gesamte Land deklariert und mit als Prävention dargestellten Maßnahmen wie Hausarrest und mit einzigartigen Befugnissen werden viele Grundrechte und Freiheiten außer Kraft gesetzt. Instanzen wie Gouverneur, Landrat, Polizeipräsident und Gendarmeriekommandant können demzufolge, sich auf geheimdienstliche Informationen stützend, mit der Begründung, er könne später eine Gefahr darstellen, den Besitz eines jeden Gegenstandes, der als Tatwaffe für mögliche Straftaten dienen könnte, verhindern oder untersagen, in eine bestimmte Region zu reisen oder dort zu leben. Jeder Berechtigungsschein oder jedes Dokument wie Reisepass, Ausweis oder Führerschein könnte beschlagnahmt werden.

Im Gesetzentwurf ist weiter enthalten, dass Gerichte sich auf geheimdienstliche Informationen stützend die Nutzung einiger Einrichtungen und die Ausübung bestimmter Berufe oder künstlerischer Tätigkeiten untersagen, die Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten einschränken, die Nutzung von Wohnsitz oder Arbeitsplatz begrenzen können und zudem zur Veranlassung von DNA-Tests von Personen befugt sind, gegen die ein Ermittlungsverfahren läuft. Weil Gerichte diese Maßnahmen auf Grund geheimdienstlicher Informationen veranlassen, wird der oder die Betroffene nicht in der Lage sein, den Gehalt dieser Informationen in Erfahrung zu bringen und folglich sich nicht effektiv verteidigen können. Die Gerichte werden wie Geheimkommissionen arbeiten.

Des Weiteren wird über die Verlängerung der Haftdauer, mehr Befugnisse für die Polizei bei Haus- und Arbeitsplatzdurchsuchungen und die Aufhebung der richterlichen Sicherheit debattiert [*dass Hausdurchsuchungen oder Beschlagnahmungen durch richterlichen Beschluss angeordnet werden*].

Diese Regelungen machen den Weg frei für willkürliche Eingriffe in die Rechte und Freiheiten der Menschen und stehen in völligem Widerspruch zu zahlreichen Grundprinzipien wie der Achtung der Menschenrechte, der Unschuldsvermutung, dem Recht auf ein faires Verfahren, dem Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit. Zudem sollen diese Bestimmungen keiner zeitlichen Begrenzung unterliegen. ♦

Bericht und Analyse des IHD über die Menschenrechtsverletzungen nach der Beerdingung in Diyarbakir am 28. März 2006

Die schießen dort, geh nicht hin, sonst wirst du erschossen

Vorgang-Hintergrund

Infolge einer militärischen Operation in den Provinzen Diyarbakir, Bingöl und Mus starben am 24. März 2006 14 bewaffnete Militante. Vier von ihnen (Bülent Tanisik, geb. in Diyarbakir, Muzaffer Pehlivan, geb. in Diyarbakir-Lice, Fatih Çetin, geb. in Diyarbakir-Cinar, Mahmut Güler, geb. in Diyarbakir-Kulp) wurden nach einer Autopsie im Staatskrankenhaus von Malatya am 28. März 2006 nach Diyarbakir gebracht, wo sie auf dem Friedhof Yeniköy beerdigt wurden. Im Anschluss an die Beerdigungsfeierlichkeit begannen die Ereignisse im Stadtteil Ofis, von wo sie sich auf viele Regionen von Diyarbakir ausbreiteten. Gegen die vom Friedhof zurückkehrende Menschenmenge wurde vor der Polizeistation ‚10 Nisan', die sich auf dem Weg zum Friedhof befindet, eingegriffen. Während der Beerdigung flogen auffällig viele Kampfflugzeuge vom Typ F-16 tief über die Menschen.

Die Polizei griff mit Panzern an und die Jugendlichen antworteten mit Steinen und Molotow-Cocktails. Die Polizei setzte Tränengas ein und schoss in die Luft. Mehmet Akbulut, 18 Jahre alt, wurde von Schüssen der Polizei schwer verletzt (er erlag am 31. März 2006 im Universitätskrankenhaus Dicle seinen Verletzungen). Durch die Molotow-Cocktails fingen einige Panzer Feuer. Durch den Einsatz wurde je ein Journalist der Nachrichtenagentur Cihan und des Lokalfernsehens TV 21 verletzt.

Eine Gruppe, die nach Ofis vordringen konnte, zerschlug die Fensterscheiben von Parteizentralen, staatlichen Einrichtungen, Banken und Geschäften. Als die Ereignisse sich ausweiteten, schlossen die Geschäftsinhaber, vor allem im Bezirk Baglar, die Läden.

Die Ereignisse in Diyarbakir 28. März 2006

Die Ereignisse und Auseinandersetzungen spielten sich vor allem in den Stadtgebieten Kuruçesme, Baglar-Zentrum, Mardinkapi, Melikahmet, Oryil, Medine-Straße, Sakarya-Straße und Emek-Straße ab. Insgesamt wurden 70 Menschen verletzt, einige davon durch Schusswaffen, 100 Menschen – davon 29 Kinder – wurden festgenommen. Die beiden an diesem Tag verletzten Personen Mehmet Akbulut (18) und Halit Sögüt (78) starben in den folgenden Tagen an den Verletzungen. Durch die Bemühungen des Oberbürgermeisters und Gouverneurs endeten die Auseinandersetzungen um ca. 21.30 Uhr.

29. März 2006

Die Ereignisse steigerten sich am 29. März 2006. In aller früh begannen in den meisten Vierteln der Stadt die Proteste gegen die Vorfälle des Vortags. Die Geschäfte blieben geschlossen. Sogar an der Universität kam es zu Auseinandersetzungen. Die eingesetzten Spezialarmeeeinheiten und gewisse Polizeieinheiten gingen besonders hart gegen die Bevölkerung vor, sie zerschlugen die Fensterscheiben von Geschäften und Wohnungen, beleidigten die Menschen mit üblen Schimpfwörtern und provozierten so die Menschen. Nach Ende des Unterrichts in einigen Schulen wurden Kinder willkürlich von diesen Einheiten geschlagen. In vielen Straßen wurden maskierte Einheiten postiert und an den wichtigen Verkehrsknotenpunkten wurden Panzer und Polizeieinheiten stationiert. Nachdem ab 14 Uhr die öffentlichen Gebäude und die Eingänge zum Staatskrankenhaus von Armeeeinheiten kontrolliert wurden, entstand das Bild einer Stadt wie nach einem Militärputsch. Weiterhin wurde die Notaufnahme im Staatskrankenhaus geschlossen, so dass keine Verletzten und Toten mehr eingeliefert werden konnten. Die Sicherheitskräfte setzten gegen die Demonstranten Tränengas, Wasserwerfer und scharfe Munition ein. Die Festgenommen wurden noch auf der Straße geschlagen. Die Sicherheitskräfte schossen nicht in die Luft, sondern direkt in die Menschenmenge. An diesem Tag wurden 28 Menschen durch scharfe Munition verletzt. Am 29. März wurden durch Schusswaffeneinsatz Tarik Ataykaya (22), Ismail Erkek (8) und Mehmet Isikçi (19) gezielt getötet. Die beiden Personen Mustafa Eryilmaz (26) und Emrah Fidan (17) wurden an diesem Tag durch Schusswaffen verletzt, erlagen aber am 3.4.2006 im Krankenhaus der Universität ihren Verletzungen. Weiterhin wurde Abdullah Duran (9), der vom Balkon seiner Wohnung die Ereignisse beobachtete, durch Schüsse der Sicherheitskräfte getötet. Darüber hinaus gibt es viele Verletzte von diesem Tag, die in Behandlung und noch nicht außer Lebensgefahr sind.

An diesem Tag kamen von den Provinzen Mardin, Batman, Elazig, Malatya und Sanliurfa zusätzliche Polizei- und Armeeeinheiten nach Diyarbakir. Es wurden von der Bezirksstadt Ergani Panzer und militärische Fahrzeuge nach Diyarbakir verlegt.

Um die Ereignisse und Vorfälle einzudämmen und zu beenden, führten der Oberbürgermeister Osman Baydemir,

die Bezirksbürgermeister, die Vorstandsmitglieder der DTP, Vertreter von NGOs Gespräche mit dem Gouverneur. Als sie um 19 Uhr zu einem Gespräch mit einem offiziellen Wagen (Kennzeichen) fuhren, waren sie tätlichen und verbalen Angriffen von Sicherheitskräften ausgesetzt. Eine Begleit- und Schutzperson des Oberbürgermeisters wurde im Gesicht verletzt und die Scheiben des Begleitwagens wurden eingeschlagen. Zusammen mit Gouverneur Efkan Ala und seinem Stellvertreter Ahmet Aydin haben die Bürgermeister, DTP- und NGO-Vertreter an verschiedenen Stellen mit Demonstranten gesprochen, so dass sich die Situation um 22 Uhr beruhigte. Nach einer dann um 23 Uhr vom Gouverneur abgegeben Erklärung starben an diesem Tag drei Personen: Tarik Ataykaya (23), Mehmet Isikçi (18) und Abdullah Duran (9), 200 Menschen wurden festgenommen und 130 Sicherheitskräfte und 120 Zivilpersonen wurden verletzt.

30. März 2006

An diesem Tag wurde für die drei Verstorbenen des Vortages eine Beerdigungsfeier auf dem Friedhof Yeniköy organisiert. Viele Zehntausende Menschen nahmen daran teil. Auch an diesem Tag gab es seitens der Sicherheitskräfte Provokationen. Während es den DTP-Verantwortlichen gelang, die angespannten und zornigen Menschen zurückzuhalten, war das, im Anschluss an die Beerdigungsfeier, als die Sicherheitskräfte scharf schossen, nicht mehr möglich. So starben an diesem Tag durch Schusswaffen von Sicherheitskräften die beiden Kinder Enes Ata (8) und Ismail Erkek (8). Als sich diese Nachricht in der Stadt verbreitete, wurden alle Geschäfte geschlossen.

Der Menschenrechtsverein stellte im Anschluss an die Ereignisse des 30. März Folgendes fest:

- Gegenüber dem Vortag wurden an diesem Tag Helikopter eingesetzt, die Tränengasgeschosse auf die Menschenmenge warfen. Es wurde noch gezielter auf die Menschen mit scharfer Munition geschossen. Die Polizei drang in die engeren Straßen und schlug auf jeden Menschen ein, den sie antraf, unabhängig davon, ob dieser Mensch an irgendwelchen Aktionen teilnahm oder nicht.

- Die Gasgranaten müssten eigentlich in der Luft zur Explosion gebracht werden, was aber hier nicht der Fall war. Sie wurden direkt auf die Menschen geworfen.

- Während der Beerdigungsfeier flogen F-16-Flugzeuge und Helikopter direkt über der Menschenmenge, was die Lage zusätzlich nervlich angespannt hat.

- Auf diese Ereignisse hin lieferten sich Menschen an verschiedenen Orten der Stadt (Medine-Straße, Emek-Straße, Hatboyu-Straße, Sakarya-Straße, Gefängnis, Urfakapi, Sunay-Straße, Mardinkapi, Kosuyolu Park) Straßenschlachten mit Sicherheitskräften.

- Nach Einbruch der Dunkelheit ging die Polizei in der Emek-Straße mit Panzern gegen Menschen vor. Sie schlug die Fensterscheiben von Geschäften und Wohnungen ein, warf in diese Tränengas und bedrohte die Menschen.

- Viele Menschen, darunter auch Kinder, wurden festgenommen. Die Anwälte, die sich um die Festgenommenen sorgen wollten, wurden verbalen und tätlichen Angriffen ausgesetzt. Der Rechtsanwalt Selahettin Coban berichtet von diesem Tag Folgendes: „Wegen dem gegenseitigen Steinewerfen konnte ich nicht zum Ort der Festgenommenen (14 Kinder und Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren) gelangen. Da sagte ich einigen Wache haltenden Polizisten, dass ich Rechtsanwalt bin und zu meinen Mandanten möchte. Die antworteten: ‚Diese Hurensöhne werfen Steine.' Da sah ich wie aus der Polizeischule zwei nicht uniformierte Polizisten mit Schleudern Steine auf Demonstranten warfen. Um 20.30 Uhr ging ich wieder dahin, doch ein Mensch warnte mich: ‚Die schießen dort, geh nicht hin, sonst wirst du erschossen.' Nach einem Anruf konnte ich schließlich doch zu meinen Mandanten gelangen. Ich sah, dass die Kinder alle geschlagen wurden und



Sicherheitskräfte mit AK 47 (NVA-Ware?) am 29.3. in Diyarbakir Foto: DIHA



Soldat am 1. April mit MG (NVA-Ware?) in den Straßen von Van Foto: DIHA

erniedrigend beschimpft wurden. Sie beschwerten sich, dass sie, obwohl es Kissen gab, sich auf den Beton setzen mussten. Sie erklärten auch, dass einige Festgenommene ausgezogen und einem kalten Wasserstrahl ausgesetzt wurden. Als ich dann hinausging, hörte ich eine Explosion. Um die 200-220 uniformierte und nicht uniformierte Polizisten waren in Aufruhr. Ich hörte von ihnen sagen: ‚…bringt alle um. Kommt nicht zurück, ohne sie töten.'"

31. März 2006

Die Leichname der beiden getöteten Kinder vom Vortag mussten auf Druck der Sicherheitskräfte von den Familien um 5 Uhr in der Frühe in einem engen Kreis in ihren Dörfern beigesetzt werden. Der am 28. März 2006 verletzte und an diesem Tag verstorbene Mehmet Akbulut (18) musste auch in seinem Dorf im Bezirk Dicle beigesetzt werden.

Bei einem Gerichtstermin gegen die 24 Friedensmütter wurden die fünf Rechtsanwältinnen Ayla Akat, Meral Danis Bestas (Mitglied der Anwaltskammer), Aygül Demirtas (Mitglied der Anwaltskammer und des IHD), Melihe Yildirim (Mitglied des IHD), Evin Akgül von einem Polizisten vor dem Gerichtsgebäude beschimpft. Ayla Akat wurde auch tätlich angegriffen. Rechtsanwälte von 16 in der Jandarmastation Festgehaltenen wurden auch schweren Beleidigungen ausgesetzt.

Der Rechtsanwalt Cafer Koluman wurde von der Staatsanwaltschaft mit der Betreuung mehrerer Festgenommener beauftragt. Als er zur Polizeistation zur Erfüllung seiner Aufgabe ging, wurde er tätlich angegriffen, wobei sein Nasenbein gebrochen wurde.

1. April 2006

Die Repressionen der Sicherheitskräfte gegen die Menschen setzten sich auch an diesem Tag fort. Es gab sehr viele Festnahmen, viele Wohnungen wurden willkürlich durchsucht, Menschen dabei geschlagen. Der am 30. März 2006 mit einem Kopfschuss schwer verletzte Halit Sögut (78) verstarb an diesem Tag.

Die Zahl der Festgenommenen betrug an diesem Tag 546. Von ihnen wurden 236 nach Vorführung beim Haftrichter inhaftiert. Weil die Gefängnisse in Diyarbakir voll waren, wurden 86 Personen in das Gefängnis von Mardin und später nach Nusaybin gebracht.

Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte in Diyarbakir

Ab 17 Uhr des 28. März 2006 wurde seitens der Sicherheitskräfte scharf geschossen, infolgedessen wurden viele Menschen verletzt und getötet. Es fällt auf, dass die durch Schusswaffen abgeschossenen Kugeln und andere Gegenstände die Menschen am Kopf und Rumpf trafen.

Durch die Sicherheitskräfte wurden folgende Personen getötet:
1) Mehmet AKBULUT (18)
2) Halit SÖGÜT (78)
3) Tarik ATAYKAYA (22)
4) Mehmet ISIKÇI (19)
5) Abdullah DURAN (9)
6) Enez ATA (8)
7) Mahsum MIZRAK (17)
8) Emrah FIDAN (17)
9) Ismail ERKEK (8)
10) Mustafa ERYILMAZ (26)

Der Gouverneur gab bekannt, dass bei den Vorfällen vom 28. bis zum 31. März 166 Zivilisten und 199 Sicherheitskräfte verletzt wurden. 31 Personen würden noch in Behandlung sein.

Zahl der Festgenommenen und Inhaftierten, nach dem Menschenrechtsverein und der Anwaltskammer von Diyarbakir:

Vom 28. März 2006 bis zum 5. April 2006:
1) Zahl der Festgenommenen: 563
   a) davon 12- bis 18-Jährige: 200
   b) davon Erwachsene: 363







Enez Ata, eines der ermordeten Kinder
Foto: DIHA

Demonstration in Brüssel gegen die Massaker in der Türkei Fotos: ISKU

2) dem Staatsanwalt Vorgeführte: 554
3) Zahl der Verhafteten: 382
   a) davon 12- bis 18-Jährige: 91
   b) davon Erwachsene: 291

Am 4. April 2006 wurden die DTP-Vorstandsmitglieder Musa Farisogullari, Necdet Atalay, Nusret Atli und Muhlis Altun sowie Ali Öncü, Sprecher der Demokratieplattform und Gewerkschaftler, und Edip Yasar, Vorsitzende der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes festgenommen. Am 5. April wurden sie alle vom Staatsanwalt inhaftiert.

Die Anwaltskammer von Diyarbakir gab bekannt, dass neben den Pflichtverteidigern von den betroffenen Familien private Rechtsanwälte beauftragt wurden, die feststellten, dass die Zahl der Festgenommenen höher als die der offiziellen Angaben ist.

Der Gouverneur teilte mit, dass die Zahl der in der Zeit zwischen dem 28. und 31. März 2006 Festgenommenen 566 und die Zahl der Inhaftierten 354 beträgt.

Folter und die Menschenwürde verletzende Behandlungen

Sowohl die Anwaltskammer von Diyarbakir als auch der Menschenrechtsverein IHD haben festgestellt, dass alle Festgenommenen der Folter und menschenunwürdigen Behandlungen ausgesetzt wurden. Aus den Gesprächen mit Verletzten geht hervor, dass nicht nur die Festgenommenen, sondern auch die Menschen bei den Hausdurchsuchungen und auch Menschen auf der Straße Misshandlungen und Folterungen mit verschiedenen Gegenständen und Schlägen ausgesetzt waren. Weil die Beschwerden beim IHD weitergehen, werden wir in kommender Zeit einen weiteren Bericht zu den Folterungen und Misshandlungen herausgeben.

Ereignisse in Kiziltepe

Bei den zwei Tage andauernden Protestdemonstrationen wurde auf die Menschen scharf geschossen. Es wurde unverhältnismäßig mit Gewalt geantwortet. In Kiziltepe (Provinz Mardin) wurden am 1. April 2006 Ahmet Araç (27) und am 2. April M. Siddik Önder (22) durch scharfe Munition der Sicherheitskräfte tödlich getroffen.

Die beiden Rechtsanwälte Hüseyin Cangir und Erdal Kuzu wurden am 2. April 2006 vom Militärrichter verbaler und tätlicher Gewalt ausgesetzt. Berichte von Ärzten belegen dies.

Ereignisse in Siirt

Im Anschluss an die Beerdigungsfeier eines getöteten Guerillas wurde auf die Menschen scharf geschossen. Der Jugendliche Muhlis Ete (17) wurde schwer verletzt und zwei Kilometer über den Boden geschleift. Dann wurde er in das Universitätskrankenhaus von Diyarbakir eingeliefert, wo er immer noch behandelt wird.

Ereignisse in Batman

Bei den am 29. März beginnenden Protesten wurde das Kind Fatih Tekin (3 Jahre alt) tödlich von einer Kugel der Polizei getroffen.

Der IHD-Filialsekretär Abdulla Baytar, der die Vorfälle beobachtete, wurde von der Polizei geschlagen, so dass er schwere Verletzungen davontrug. Auch zwei weitere IHD-Mitglieder wurden, obwohl sie mitteilten, dass sie als Beobachter da seien, geschlagen, festgenommen und inhaftiert. Sie befinden sich nun im Gefängnis.

Feststellungen

- In Diyarbakir, vor allem im Stadtzentrum Ofis, wurden dutzende Geschäftsscheiben eingeschlagen. Viele Läden wurden schwer beschädigt.

- Einige öffentliche Einrichtungen wurden mit Steinen und Stöcken attackiert.

- Mehrere Fahrzeuge der Sicherheitskräfte wurden mit Steinen angegriffen.

- Molotow-Cocktails wurden auf Straßen geworfen und Autoreifen angezündet.

- Sechs zivile Autos brannten aus.

- Die Parteizentralen der MHP und AKP wurden verwüstet.

- Steine von Fußwegen wurden herausgerissen.

- Mehrere Scheiben der Bushaltestellen wurden zerschlagen.

- Ab 17 Uhr des 28. März 2006 wurde seitens der Sicherheitskräfte scharfe Munition eingesetzt. Infolgedessen wurden durch Schusswaffen der Sicherheitskräfte 10 Zivilisten, davon 5 Kinder, getötet.

- Während 563 Personen festgenommen und 382 Personen (davon 91 Kinder) inhaftiert wurden, erging gegen keine einzige Sicherheitskraft eine Anzeige oder Untersuchung durch den Staat, obwohl sehr ernste Vorwürfe der Menschenrechtsverletzungen vorliegen.

- Ermutigt durch die Erklärungen des Ministerpräsidenten, Justiz- und Innenministers „Wir werden das Nötige tun, auch wenn es sich um Kinder und Frauen handelt“ ging die Polizei noch brutaler gegen die Menschen vor und setzte schwere Gewalt ein.

- Die Hausdurchsuchungen und Festnahmen wurden willkürlich durchgeführt, so wurden vier DTP-Funktionäre und zwei Mitglieder der Demokratieplattform am 5. April 2006 inhaftiert.

- Alle Festgenommenen wurden gefoltert, misshandelt, ihre Menschenwürde eindeutig verletzt.

- Gegen Menschen auf der Straße, die nicht an den Demonstrationen teilnahmen, wurde auch willkürlich vorgegangen, sie wurden geschlagen und festgenommen. ♦

Landeszentrale des Menschenrechtsvereins IHD
Menschenrechtsverein IHD
in Diyarbakir

6. April 2006

Murat Karayilan:

Die Proteste des zivilen Ungehorsams werden anhalten

Nucan Amara, Journalistin ANF

Der Vorsitzende des Exekutivrates der *Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan* (Koma Komalên Kurdistanê), Murat Karayilan, hat die seit Tagen in der Region anhaltenden Ereignisse bewertet. Karayilan im Interview mit ANF.

In den kurdischen Provinzen, allen voran in Diyarbakir, wird protestiert. Bei den Protesten kam es zu Todesfällen, auch von Kindern und zu Hunderten von Festnahmen. Wie kam es zu diesen Ereignissen?

Es ist natürlich eine wichtige Frage, wie es zu dieser Situation gekommen ist. Viele unterschiedliche Kreise setzen sich mit dieser Frage auseinander. Bekanntlich hat sich das kurdische Volk an Newroz klar für eine demokratische friedliche Lösung ausgesprochen. Auch haben wir, die *Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan*, die *Volksverteidigungskräfte* (HPG) dazu aufgerufen, eine einwöchige Waffenruhe zu erklären, damit die Newrozwoche ohne militärische Auseinandersetzungen stattfinden kann. Die HPG hatte unseren Aufruf positiv beantwortet.

Folglich fand Newroz, als die Demokratiebotschaft vermittelt wurde, ohne Zwischenfälle statt. Die Antwort des türkischen Staates jedoch hieß, bei Mus eine breit angelegte militärische Operation durchzuführen und unter Einsatz chemischer Waffen 14 Guerillas zu ermorden. Das war der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Des Weiteren hat der türkische Staat seine Repressionspolitik gegenüber dem Vorsitzenden Abdullah Öcalan fortgesetzt. Anwalts- und Familienbesuche wurden nicht zugelassen. All das führte dazu, dass die Geduld des kurdischen Volkes strapaziert wurde, an ihre Grenzen stieß. Das sind die Gründe für die jüngsten Ereignisse.

Die Bevölkerung hat die Leichname der durch die türkische Armee getöteten Guerillas übernommen. Das ist eine natürliche Handlung. Die Haltung der staatlichen Sicherheitskräfte aber war provozierend. Sie haben die Armee, vermummte Sondereinheiten und Sonderkriegskräfte nach Diyarbakir in die Stadt gebracht. Des Weiteren beinhalteten die Erklärungen von Staats- und Regierungsvertretern Drohungen gegen die Bevölkerung. Auch die letzte Rede des Ministerpräsidenten beinhaltete klare Drohungen. Die Rede des Gouverneurs ging in die Richtung: „Morgen muss Ruhe einkehren, ansonsten werden wir dafür sorgen. Passt auf eure Kinder auf, wenn nicht, werden wir sie erschießen."

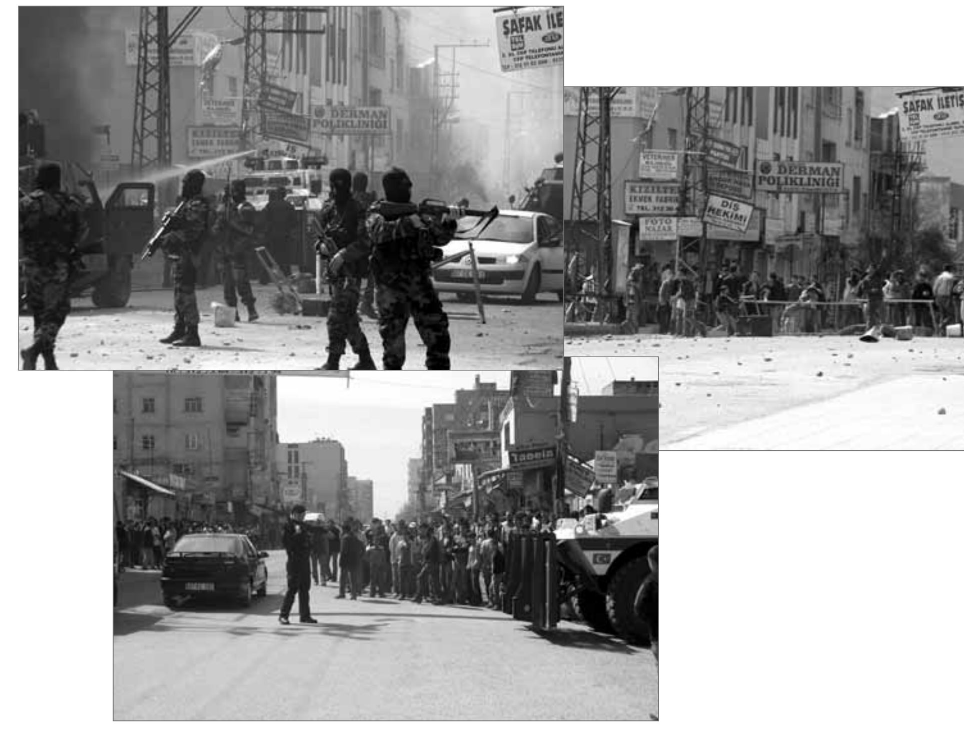
Der Staatspräsident, der Innenminister, der Gouverneur und Parlamentarier erklärten: „Wir werden sie zerschmettern." Die Sicherheitskräfte sind nun bemüht dies in die Tat umzusetzen, jetzt werden Kinder erschossen. Am 30. März sagte der Ministerpräsident: „Sie benutzen die Kinder, sie schieben die Kinder vor." Dann stellt sich aber für mich die Frage, wo diese Kinder erschossen worden sind? Diese Kinder wurden in ihren Wohnungen, auf ihren Balkons erschossen. Die Polizisten, die Soldaten und Sondereinheiten eröffnen gegen die Menschen, die unbewaffnet von ihrem demokratischen Demonstrationsrecht Gebrauch machen, das Streufeuer. Sie zielen auch auf Wohnungen und Balkons. Was ist das für eine Staatsmentalität? Was ist das für eine Annäherung an die Bürger? Kinder werden ermordet. Wie soll das kurdische Volk dies erdulden? Ohne Zweifel wird es zu Reaktionen des Volkes führen. Sie wollen eine Gesellschaft, deren Wille beschränkt ist und die sich unterwirft. Das kurdische Volk ist nicht so. Das ist passiert, und unser Volk hat dagegen Stellung bezogen.

Regierungs- und Staatsvertreter sowie die Medien stellen die Ereignisse mit den Worten „Der Terror ist in den Städten angekommen" als Probe für den Aufstand dar.

Die Politik des türkischen Staates, die er mitsamt seiner Regierung, seiner Polizei und seinen Medien betreibt, ist kurdenfeindlich. Sie erkennt nichts von Kurden an. Das kurdische Volk hat bei den Newrozfeierlichkeiten seinen politischen Willen bekundet. Dies aber wird ignoriert. Die türkische Presse manipuliert und verdreht die Wahrheit. Früher wurde diese Art von Presse als „Mehmetci-Presse" [Mehmetcik werden in der Türkei türkische Soldaten genannt, Anm. d. Ü] bezeichnet. Gegenwärtig arbeitet sie wie ein Organ des Spezialkriegs. Es gibt auch fortschrittliche Journalisten. Ich werfe sie nicht alle in einen Topf, aber die, die provozieren, sind in der Mehrheit. Schlagzeilen wie „Sie revoltieren, sie schlagen alles kaputt, der Terror ist in die Städte gedrungen" dienen nicht der Lösung des Problems und tragen nicht zur Zukunft der Türkei bei.

Mit Gewalt, Repression und Unterdrückung ist es in unserer heutigen Zeit nicht möglich, die Gesellschaften unter Kontrolle zu halten. Die Politik des türkischen Staates und der türkischen Presse zielt noch immer darauf ab, das kurdische Volk mit Gewalt „zu zügeln“. Der wesentliche Punkt ist, dass er diese Mentalität aufgeben muss.

Niemand fragt, was will diese Gesellschaft, welche Botschaft hat sie zu Newroz überbracht. Was machte die Regierung, als von ihr eine positive Annäherung und Geste erwartet wurde? Sie tötete 14 kurdische Guerillas. Hiergegen hat unser Volk reagiert und dies wird anhalten.



Militär und Jandarma gegen die Bevölkerung in Kiziltepe Fotos: DIHA

Der Ministerpräsident hat unmittelbar nach seiner Ankunft von einer Auslandsreise eine sehr scharfe Erklärung abgegeben. Er deklarierte unmissverständlich, dass sie nicht offen sind für einen Dialog. Er unterstrich seine Entschlossenheit, die Proteste zerschlagen zu wollen. Wie bewerten Sie dies?

Erdogan und seine Regierung nähern sich zunehmend der Politik Demirels. Seine Erklärungen sind das Produkt einer sehr staatlichen und autoritären Denkart. Welchen Schaden kann der Dialog haben? Die USA sprechen sogar mit kleinen Gruppen, die nebenan von uns kämpfen. Alle Probleme auf der Erde kommen in die Phase, mittels Dialog gelöst zu werden. Die Beispiele IRA und ETA liegen auf dem Tisch. Während auf der Welt eine solche Phase zu beobachten ist, hat die Erklärung „Wir werden nicht verhandeln“ keinerlei Bedeutung. Da ist eine kurdische Stadt, in der Millionen von Menschen etwas fordern, und als Regierung bist du gezwungen, dies zu beachten. Moderne demokratische Regierungen versuchen die Forderungen von wesendlich kleineren Gruppen zu verstehen, um eine entsprechende politische Linie zu entwickeln. Millionen Menschen haben Forderungen entwickelt und wünschen eine Lösung mittels demokratischer Methoden, aber die Antwort lautet Gewalt und Polizisten und Jandarma werden auf sie gehetzt. An den Begräbnisfeiern haben über Hunderttausend teilgenommen. Ihre Aktionen waren im Allgemeinen Massenaktionen. Mit einem Herunterspielen der Teilnehmerzahl, mit Terrorisierung und Marginalisierung kann man nichts erreichen. Das ist die Politik, die wir mit „den Kopf in den Sand stecken“ bezeichnen. Die Türkei sollte von dieser Politik Abstand nehmen.

Millionen Menschen haben Forderungen entwickelt und wünschen eine Lösung mittels demokratischer Methoden

Es ist die Rede von „Provokateuren“. Wenn es wirklich Provokateure gibt, dann sind es diejenigen, die in Mus 14 Guerillas ermordet haben. Diejenigen, die diese Operation befohlen haben, sind Provokateure. Eine entspannte Phase war eingetreten und die Erwartungen gingen in Richtung einer demokratischen Lösung. In so einer Zeit ein solches Massaker zu veranstalten ist die eigentliche Provokation. Provokateure sind diejenigen, die auf Wohnungen und auf Balkons schießen und Kinder töten.

Es gibt die Behauptung über Angriffe auf Polizisten...

Als die Leichen zum Friedhof gebracht wurden, sollen einige Kinder Steine auf die Polizeiwache geworfen haben. Aber es soll nichts passiert sein. Als die Menschen den Friedhof verlassen haben, griffen Polizisten mit Gasgranaten und Schusswaffen die Menge an. Damit wurden die Ereignisse ausgelöst. Das achtjährige Kind Enez wurde hierbei getötet. Ein Kind wurde zu Hause, das andere, als die Menge vor der Polizeiwache vorbeiging, getötet. Die Tötungen sind ein klares Vergehen.

Unser Volk entwickelte legitime demokratische Massenaktionen des zivilen Ungehorsams. Niemand sollte diese Realität mit anderweitigen Interpretationen verzerren. Die Aktionen des zivilen Ungehorsams unseres Volkes als „Terror“ darzustellen und das Volk mit Schusswaffen und Panzern anzugreifen heißt nichts anderes als „Geht in die Berge“. Das kurdische Volk ist entschlossen in seinem Kampf. Es wird seinen Freiheitskampf fortführen. Wenn

aber den Aktionen auf diese Weise begegnet wird, wenn gegen sie hart vorgegangen wird, so wird man nur einen einzigen Ausweg lassen, und das wären die Berge.

In Frankreich finden auch seit Tagen Protestaktionen statt. Die Demonstranten zerstören und verbrennen willkürlich, aber hat die Polizei einen Demonstranten getötet? Nein. Und warum werden in Diyarbakir Menschen getötet? In Diyarbakir wurden sechs und in Istanbul eine Person getötet. Die Logik, die dahinter steht: „Ihr habt keinerlei Rechte, wenn ihr eure Köpfe erhebt, werden wir sie zermalmen."

Strategen sowie einige Journalisten behaupten, dass die PKK versucht sich durch diese Proteste zu politisieren. Daher sehen sie diese Aktionen als gefährlich und als zu unterdrückende Proteste an. Regierungs- und Staatsvertreter schließen sich dieser Bewertung an. Was sagen Sie dazu?

Es ist offensichtlich, dass sie mit dieser Logik zu keinem Ergebnis kommen werden. Der Türkei fehlt es an einer echten politischen Vertretung. Es ist doch bewiesen, dass das kurdische Volk mit Gewalt und Waffen nicht zum Schweigen gebracht werden kann. Es bedarf in der Türkei einer politischen Führung, die ohne weiteres Unheil für die Türkei und ohne weiteres Blut zu vergießen die Lösung, die das kurdische Volk mit legitimen Methoden einfordert, entwickelt und entsprechende Politik betreibt. Das ist mit Personen, die profitorientiert sind und sich der demirelschen Politik annähern, nicht möglich. Die AKP ist in dieser Frage erfolglos. Sie vermittelte eine Atmosphäre, als würde sie das Problem lösen wollen. Das dem nicht so ist, hat sich herausgestellt. Erdogan kam nach Diyarbakir, hat geredet, aber es folgten keine Taten. Folglich ist das Problem mit all seinen Brennpunkten weiterhin auf der Tagesordnung. Wenn du das Problem nicht löst, stattdessen mit dem Militär auf die Bevölkerung losgehst, wird sich das kurdische Volk organisieren und Aktionen des zivilen Ungehorsams durchführen.

Der Staat beharrt weiterhin auf seiner Haltung, indem er eine Lösung mit der PKK und Abdullah Öcalan klar ablehnt. Aber gleichzeitig unternimmt er auch keine konkreten Schritte für eine Lösung.

Es ist der Vorsitzende Abdullah Öcalan, der ein rationales Projekt für die demokratische Lösung der kurdischen Frage entwickelt hat. Schauen wir uns doch an, wie die Annäherung des Staates gegenüber unserem Vorsitzenden aussieht. Gerade erst wurden seine Anwälte nach 40 Tagen zu ihm gelassen. Das Gespräch soll unterbrochen worden sein, nachdem die Anwälte berichteten, dass Newrozfeiern stattfinden und die Menschen seine Freiheit fordern. Vier Personen sollen daraufhin den Raum betreten haben und erklärt haben, dass das Gespräch so nicht weitergeführt werden darf. Erst nachdem die Anwälte reagiert haben, konnte das Gespräch fortgeführt werden. So sehen seine Gesprächsbedingungen aus.

Unser Vorsitzender wird unter sehr harten Bedingungen gefangen gehalten, quasi auf einem Grat zwischen Leben und Tod. Warum wird nicht gesehen, dass das zu Spannungen beim kurdischen Volk führt. Es ist vor allem die Politik gegen unseren Vorsitzenden, die unser Volk sehr beunruhigt. Das gesamte Volk hat Newroz erklärt, dass sie Abdullah Öcalan als ihren politischen Repräsentanten sehen. Newroz war sozusagen ein Referendum. Die Anwälte wollten ihn mit einem Satz darüber informieren, aber sie wurden daran gehindert. Welches Gesetz in der Türkei verbietet das Recht auf Information? Uns ist nicht bekannt, dass offiziell unserem Vorsitzenden eine solche Strafe erteilt worden wäre. Die Verantwortlichen des Gefängnises sagen: „Ihr dürft nur im Rahmen der Verteidigung und ausschließlich juristische Themen besprechen." Abdullah Öcalan ist eine politische Persönlichkeit, folglich muss seine Verteidigung politisch sein, daher muss er sich auch mit seinen Anwälten über Politik besprechen. Sogar das wird ihm untersagt. Er wird seiner Rechte beraubt, Briefe und Zeitungen werden ihm nicht ausgehändigt. Wenn er Zeitungen bekommt, so in zensierter Form. In letzter Zeit werden die Zeitungsartikel rausgeschnitten, die über den Freiheitskampf unseres Volkes oder über Newroz berichten. Wie soll sich eine Lösung entwickeln, wenn die Einstellung eines Staates dermaßen engstirnig ist? Was ist das nur für ein Staat? Das Recht auf Information wird verletzt. Das ist schon keine Isolation mehr sondern, starke Folter.

Abdullah Öcalan ist eine politische Persönlichkeit, folglich muss seine Verteidigung politisch sein, daher muss er sich auch mit seinen Anwälten über Politik besprechen.

Diese Art von Verbots- und Repressionspolitik provoziert das kurdische Volk. Die Geduld der Kurden erreicht ihre Grenze. Warum befasst sich Herr Erdogan nicht damit? Das kurdische Volk sieht in dem heutigen türkischen Staat nicht seinen eigenen Staat. Wie soll es auch unter diesen Umständen. Sein Vorsitzender wird schlecht behandelt, seine Häuser und Wohnungen werden beschossen, seine Kinder werden als Terroristen gesehen und getötet. Es gibt eine große Ungerechtigkeit, das müssen alle sehen. Das Messer ist am Knochen angelangt. Wie wir sehen, beweist das kurdische Volk seine Verbundenheit mit seinem Vorsitzenden und seinen Werten, wenn es sein muss auch mit dem Tod. Erst vor einigen Tagen hat eine griechische Frau sich für die Freiheit für unseren Vorsitzenden angezündet und ist gefallen. Wir müssen diese internationalistische Haltung mit unserem Kampf beantworten. Auch gestern hat die kurdische Frau Aynur Yasli in Athen sich ebenfalls angezündet. Warum wird das nicht gesehen? Niemand würde sich grundlos anzünden. Es gibt also ernste Gründe. Solange das nicht gesehen wird, kann es zu keiner Entwicklung in Richtung einer Lösung kommen.

In Semdinli wurde die türkische Politik auf frischer Tat ertappt, das wird vertuscht. Danach fand das Treffen zwischen Erdogan und Büyükanit statt, es war ein wichtiges Treffen. Nach diesem Treffen wurde die Gewaltpolitik mit

aller Kraft und Grausamkeit auf die Tagesordnung gestellt. Das ist die Ursache des eigentlichen Problems. Es kam zur Übereinkunft, was in die jüngsten Begebnisse mündete.

Wenn der Staat wirklich ein Staat werden möchte, so muss er als Erstes die staatlichen Verantwortlichen, die in Semdinli die Menschen ermordet haben, verurteilen. Alle, die ihre Finger darin haben, sollen vor Gericht gestellt werden. Nur so könnten die Menschen sagen, dass die Türkei ein Rechtsstaat ist. Wo ist das Recht? Haben sich die Erklärungen über den Respekt vor dem Recht nicht als reine Floskeln herausgestellt? Recht soll nur Recht sein, sofern es sich gegen Menschen außerhalb der Machtclique richtet, aber sobald es sich gegen sie selbst richtet, so wird es als Angriff bewertet. So kann kein Staat funktionieren.

Die *Partei für eine demokratische Gesellschaft* (DTP) wird für die Vorfälle verantwortlich gemacht. Wie bewerten Sie das?

Die Angriffe des Staates gegen die DTP müssen wahrgenommen werden. Die DTP ist eine Partei in der Türkei, die die demokratischen und politischen Rechte des kurdischen Volkes verteidigt. Sie ist ein wichtiges politisches Organ, das die Verbindung zwischen dem kurdischen Volk und der Türkei herstellt. Wenn man aufmerksam hinsieht, erkennt man, dass die DTP seit Newroz Angriffsziel geworden ist. Die DTP wird mit Batasuna verglichen. Bestrebungen, die DTP zu zermürben, sind vorhanden. Es wird versucht sie zu beeinflussen. Ein starker Druck wird auf die Partei ausgeübt.

Osman Baydemir wird vom Stellvertreter des Gouverneurs zu den Demonstranten gebracht, damit er das Volk überzeugt. Das geht aber natürlich nicht, indem er die Menschen beschimpft oder auf ihre Köpfe prügelt. Während seines Überzeugungsversuchs sagt er Worte, die den Menschen gefallen haben. Aufgrund dieser Worte wird ein Verfahren gegen ihn eingeleitet. Es ist wie eine Falle gegen ihn.

Wir messen den Bemühungen aller demokratischen Institutionen und Organisationen große Bedeutung bei. In diesem Zusammenhang verstehen wir auch die Sorge kurdischer Politiker an diesem Punkt. Auch wir sehen, dass hinter den Bestrebungen des türkischen Staates, die Situation dermaßen anzuspannen, einige Pläne stehen. Aber es gibt eine Realität, die gesehen werden muss. Die Aktionen hat das Volk selbst entwickelt. Daher hört es weder auf die DTP noch auf uns, denn es ist in einer De-facto-Situation. Die Wohnungen und die Kinder werden beschossen. Wie soll ein DTPler sie aufhalten, wie sollen wir es tun? Niemand kann sie aufhalten. Ich persönlich habe nicht das Recht, sie zum „Einhalten" aufzurufen. Niemand kann einseitig ein Volk, das unterdrückt und erniedrigt wird, zum Einhalten aufrufen.

Es zum Einhalten aufzurufen würde heißen: „Ergib dich, es ist der Staat, er hat das Recht dich zu töten, dich zu erniedrigen."

Der türkische Staat will, dass sich die regionalen Bürgermeister wie Polizisten verhalten. Niemand berechnet die Konsequenz, was passieren würde, wenn alle einseitig gegen dieses Volk vorgehen würden. Wenn aber politische Kreise, die die Reaktionen des kurdischen Volkes einzudämmen versuchen, um sie in normale Bahnen zu bringen, mit dieser Art von Angriffen konfrontiert werden, werden alle Beziehungen unterbrochen werden. Es ist äußerst schwierig zu begreifen, nach welcher Logik der Staat Politik betreibt. Eine Logik, die nur auf die eigene Existenz fixiert ist, kann sich in unserer Zeit nicht fortsetzen. Es ist eine unzeitgemäße Logik.

Der türkische Staat will, dass sich die regionalen Bürgermeister wie Polizisten verhalten.

Das Volk ist auf den Straßen und die Spannung hält weiterhin an. Haben Sie Vorschläge für eine Lösung?

Ich denke, dass demokratische Kreise, Menschenrechtsvereine und NGOs als Delegationen nach Diyarbakir reisen sollten. Es wäre angemessen, wenn demokratische politische Parteien, Bürgermeister, Menschenrechtsvereine und NGOs in Form von Friedens- und Versöhnungskomitees in die Region reisen würden, mit dem Bestreben, die angespannte Atmosphäre zu normalisieren. Aber niemand sollte versuchen, den anderen unter seine Kontrolle zu zwingen. Allen voran müssen die hunderte Menschen, die seit Newroz zu Unrecht festgenommen und verhaftet worden sind, freigelassen werden.

Gegen die Bevölkerung und gegen unsere Kinder wurden Schusswaffen eingesetzt. Diejenigen, die den Schießbefehl erteilt haben, müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Der türkische Staat muss den Vorsitzenden, den das kurdische Volk als seinen politischen Repräsentanten deklariert hat, respektieren. Auf der Grundlage dieser drei Bedingungen können die Bestrebungen, die Atmosphäre zu normalisieren, erfolgreich sein. ♦



Der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, Newroz 2006 Foto: DIHA

Osman Baydemir:
Die Auseinandersetzung kann sich vertiefen

Der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, äußerte sich in einem Interview mit der *Milliyet* am 31. März zu den Auseinandersetzungen.

Was geschieht?

Die Gefahr, die Ankara nicht hören will, lautet: Es gab eine gesellschaftliche Explosion. Um die Ereignisse zu verstehen, muss man zunächst nach Semdinli, auf die EU-Beziehungen und die Demokratisierungsgesetze blicken. Diejenigen, die sich von der ersten zivilen Veränderung gestört gefühlt haben, wollten die Situation aufheizen und haben in Semdinli den Startschuss gegeben. Die Angriffe gegen Wohnblöcke und den Buchhändler wurden von gleicher Hand ausgeführt. Dann erfolgte die Militäroperation in Bingöl.

Gibt es also eine Kriegslobby?

Auf jeden Fall … Sie wollen den OHAL [*Ausnahmezustand*] und das Gesetz zum Kampf gegen den Terrorismus einführen, die Demokratisierung sowie die EU-Phase stoppen und ihre alte Autorität wiedererlangen. Die Situation ist ernst. Sie sind dabei, das Ziel zu erreichen.

Die Haltung der Polizei hat sich geändert. Regierungsbezirk und Polizei verhielten sich besonnen.

Ja, die ersten zwei Tage haben wir mit dem stellvertretenden Polizeipräsidenten die Menschen besänftigt. Aber ab dem dritten Tag hat jemand einen Schalter betätigt und die Haltung der Polizei hat sich geändert.

Sie haben bei der Beerdigung „den Mut der Aktivisten gelobt".

Aus meiner 40-minütigen Rede haben sie diesen Satz herausgefiltert und mich verurteilt. Dabei hat diese Rede die Auflösung der Menschenmenge bewirkt. Ich bin kein Polizist, um gewaltsam durchzusetzen; ich bin gegangen, um zu überzeugen, ich habe überzeugt. Wenn es dem Staat Frieden bringt, dass mein Kopf rollt, dann sollen sie mich enthaupten.

Die Organisation versucht durch Verwüstung und Zerstörung ein Ergebnis zu erreichen.

Berechtigte Forderungen können nicht mit Gewalt durchgesetzt werden. Aber nur weil sie die Läden geschlossen haben, hätte man nicht auf sie schießen sollen. In Paris ist die Empörung ausgebrochen: In einer Nacht wurden 1000 Autos verbrannt. Auch das war eine Straftat, aber nicht ein Mensch wurde getötet. Warum sind bei uns Kinder im Alter von 6-9 Jahren durch Schüsse der Polizei gestorben?

Aber dann sollte die Partei die Kinder nicht zum Schutzschild machen.

Ich weiß nicht, inwiefern dies möglich ist. Denn diese Kinder sind in wütenden Familien aufgewachsen. Das Problem ist umfassender als es erscheint … Eine Lösung kann nur gefunden werden, wenn man dem Problem auf den Grund geht.

Sie sagten „Lasst uns nicht noch mehr Verluste erleiden".

Sagen nicht auch Staatsmänner „Wir haben 35 000 Menschen verloren"? Sind nicht die Hälfte davon Parteimitglieder? Also sehen sie auch diese als unser gemeinsames Leid an. Warum stellt es dann ein Problem dar, wenn ich es sage?

Wie wird es gelöst?

Sie ernten, was sie in 70 Jahren gesät haben. Wenn diese Methode eine Lösung hätte, wäre diese schon eingetreten. Aber sie wollen dies nicht erkennen. Sie werden die Auseinandersetzungen noch eine Zeit weiterführen. Wut wird gegenseitig aufwiegeln.

Was muss getan werden?

Man muss sich gegen das Falsche stellen. Aber nicht einseitig. Diejenigen, die im Westen leben, sollten sich hineinversetzen in eine Mutter oder einen Vater, die ihr Kind verloren haben …

60 % der Bewohner dieser Stadt sind arbeitslos. Ich komme aus diesen Verhältnissen. Ich weiß, was es bedeutet zu hungern. Als ich ein Kind war, gab es Tage, an denen wir keinen Weizen zum Brot backen gefunden haben. Dieses Volk war nicht so arm, es wurde verarmt.

Sie werden nicht wie ein Bürgermeister, sondern eher wie ein Vorsitzender der Partei behandelt.

Der Grund ist die fehlende Repräsentanz im Parlament ... Gäbe es dort eine Repräsentanz, wäre ich nur als Bürgermeister gesehen worden.

Es wurden zahlreiche demokratische Schritte in der Region eingeleitet.

Äußerst wichtige Schritte ... Aber diese Rechte verlieren ihre Wirkung, wenn sie bruchstückhaft gegeben werden und derjenige, der Gebrauch davon macht, bereuen muss. Warum können nicht die türkischen Sendungen auch in Kurdisch gemacht werden?

Wohin führt uns das?

Ich habe zwei Befürchtungen: Zum einen die Gefahr der Intensivierung der bewaffneten Auseinandersetzung … Ich befürchte, dass dies tiefer greifende Folgen als die vorherige haben wird. In der vergangenen Woche sind fast 30 Menschen gestorben, mehr als die Hälfte davon Zivilisten.

Eine andere Befürchtung von mir, die mir die Haare zu Berge stehen lässt, ist, dass es zu einer größeren Distanz zwischen Türken und Kurden kommt … . Die Veränderung der Gefühlslage zwischen den Menschen kann leicht geschehen, aber zwischen den Völkern ist eine Veränderung schwerer zu erreichen. Ich sehe diese Gefahr. Wir dürfen dies auf keinen Fall zulassen. ♦

Newroz 2006

Überall war der Wunsch nach Frieden zu spüren

Zwei DelegationsteilnehmerInnen aus Berlin

Auch dieses Jahr fuhr eine Delegation wie seit 1992 von Berlin nach Kurdistan, um an den Newrozfeiern teilzunehmen und die Menschenrechtssituation zu beobachten. Aufgrund der aktuellen Geschehnisse in der Provinz Hakkari (*s. Kurdistan-Report Nr. 123 und 124*) entschieden wir uns, an der geplanten Auftaktkundgebung am 18. März in Semdinli teilzunehmen.

Unsere Reise führte uns über Diyarbakir nach Van. Dort hatten wir Gelegenheit, mit dem Rechtsanwalt Cüneyt Canis (er vertritt den Buchhändler Seferi Yilmaz aus Semdinli) zu reden. Er bestätigte uns die Vorkommnisse in jener Kleinstadt und berichtete über die aktuelle Situation und Menschenrechtslage in der Türkei. Er erklärte, dass sich die drei staatlichen Bombenleger zwar vorläufig in Haft befänden, dies aber nur aufgrund des großen Drucks der Öffentlichkeit. Er berichtete von willkürlichen Verhaftungen und Razzien, ausgeführt von Sondereinsatzkommandos. Sie richten sich aktuell hauptsächlich gegen DTP-AktivistInnen in Van und Hakkari.

Schon auf der Strecke Diyarbakir–Van gab es eine starke sichtbare Militärpräsenz einschließlich Kontrollen. Auf dem Weg von Van nach Yüksekova steigerte sich noch die Zahl der Militärkontrollen. An allen wichtigen Kreuzungen standen Panzer und eine große Menge Soldaten und bewaffnete „Zivilisten".

In Yüksekova wurden wir herzlichst von der Bevölkerung aufgenommen; es kam zu intensiven Treffen mit Frauen aus verschiedenen Organisationen, der Jugend und anderen Gruppen. Überall war der Wunsch nach Frieden und Demokratie zu spüren. Aber auch den entschlossenen Willen, den Kampf um die Freiheit fortzuführen. Der Dauerausnahmezustand in den gesamten Provinzen zeigt die Vormachtstellung des „Tiefen Staates" in Politik, Wirtschaft und Medien. Die Bevölkerung ist permanenten Schikanen und Kontrollen ausgesetzt. Es kommt verstärkt zu Tötungen von Zivilisten. Verhaftungen, Folter und Vergewaltigung werden systematisch eingesetzt. An der Menschenrechtssituation hat sich nichts verbessert. Trotz dieser permanenten Bedrohung und Provokation reagieren die Menschen mutig-besonnen und bewahren sich ihre Würde und Solidarität.

Weil das Militär die Newrozfeiern am 18. März in Semdinli verboten hatte, fand dort stattdessen die Wiedereröffnung des zerstörten Buchladens statt. Wir beteiligten uns an dem Konvoi von über 50 BürgermeisterInnen nach Semdinli. Die fünf Militärkontrollen auf 50 Kilometern hielten uns so lange auf (unsere Dolmetscherinnen wurden massiv unter Druck gesetzt), dass wir nur noch das Ende der Feierlichkeiten mitbekamen. Immer wieder forderte die versammelte Menge die Freilassung Abdullah Öcalans; es wurde gesungen, Parolen gerufen und auch ein kleines Newrozfeuer wurde unter lautem Jubel entzündet. Anschließend besuchten wir den UMUT-Buchladen, wo wir freundlich empfangen wurden. Einige von uns führten ein längeres Gespräch mit dem Buchhändler und drückten ihm unsere Solidarität aus.

Am 19. März besuchten wir das Newrozfest in Hakkari. Es hatten sich Zehntausende auf dem Platz versammelt und trotz strenger Sicherheitskontrollen wurden Bilder von Abdullah Öcalan und PKK-Fahnen gezeigt. Der DTP- Vorsitzende schilderte uns bei einem anschließenden Treffen die katastrophale soziale Situation z. B. im Gesundheitswesen und bei der Bildung. So leben etwa in Hakkari ca. 10 000 vertriebene Kurden und Kurdinnen, denen fast jegliche staatliche Unterstützung verweigert wird. Überall hörten wir von ähnlichen sozialen Problemen. So auch in Yüksekova, wo wir am 20. März Newroz mitfeierten. Auch hier war es ein schönes Fest, auf dem sich die Menschen weder von den scharfen Kontrollen, noch von den Scharfschützen auf den Dächern davon abhalten ließen, die Freilassung Öcalans zu fordern und die PKK als legitime Vertreterin des kurdischen Volkes zu feiern.

Scheinbar fühlte sich das türkische Militär durch die Anwesenheit von internationalen Delegationen so sehr gestört, dass mit Hilfe der Presse eine Drohkulisse aufgebaut wurde. Dazu gehörte u. a. die angekündigte aber nicht getätigte Festnahme der gesamten Berliner Delegation sowie die Weigerung des türkischen Militärs, die Delegation nach Van fahren zu lassen.

Nach kurzem Aufenthalt in Diyarbakir fuhren wir nach Berlin zurück.

Aktuell wird deutlich, dass es auf türkischer Seite immer noch keine Dialogbereitschaft gibt, sondern dass das türkische Militär und die Regierung den Aufstand militärisch niederzuschlagen versuchten.

SOLIDARITÄT MIT DEM KURDISCHEN AUFSTAND

Trotz neuer Eskalation:

„Bereit für eine Lösung“

Reimar Heider, Internationale Initiative „Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan“

Die Haftbedingungen Abdullah Öcalans, die während der letzten sieben Jahre kontinuierlich verschärft wurden, sind auf einem neuen Tiefpunkt angelangt. Nicht nur, dass bei allen fünf Besuchen, die seit dem 1. Juni 2005 stattfanden, ein Beamter des Justizministeriums anwesend war und die gesamte Konversation auf Tonband aufzeichnete, das bisher letzte Gespräch am 29. März wurde darüber hinaus in bisher beispielloser Weise abgebrochen. Von Februar bis Mitte April fanden lediglich drei Konsultationen statt.

Neue Schikanen

Nach der illegalen Bunkerhaft wurden beim Besuch am 29. März neue Schikanen eingeführt.

Öcalan hatte zu Beginn der Konsultation erklärt, dass er überhaupt nur noch sporadisch Zeitungen erhalte, dass dann meist wichtige Nachrichten herausgeschnitten seien und er daher über die Lage nicht informiert sei. Als daraufhin die Anwälte von den diesjährigen friedlichen Newrozfeierlichkeiten berichteten, stürmten fünf Männer in Zivil in den Raum und brachen das Gespräch ab.

Dass die Konsultation nach einem heftigen Streit später von neuem begann, könnte damit zusammenhängen, dass zu diesem Zeitpunkt bereits das erste Kind in Diyarbakir erschossen worden und die Situation massiv eskaliert war. Dies war jedoch weder Öcalan noch seinen Anwälten bekannt. Insofern ist davon auszugehen, dass die Sicherheitskräfte auf eine Fortsetzung des Besuchs gedrängt haben, um einer weiteren Eskalation vorzubeugen, zu der die Nachricht über einen Abbruch nach wenigen Minuten beigetragen hätte.

Verlegung oder Hinrichtung?

Nach einem Bericht des türkischen Nachrichtenmagazins „Haftalik“ soll Ministerpräsident Erdogan bereits im letzten Jahr einen Geheimbefehl zur Verlegung Öcalans in ein F-Typ-Gefängnis auf dem Festland gegeben haben. Auf Druck des Generalstabs hätten sich jedoch auch der Geheimdienst und die oberste Polizeibehörde gegen eine Verlegung ausgesprochen. Daher sei der Plan sang- und klanglos in der Schublade verschwunden. Bereits im Jahre 2003 hatte der MHP-Vorsitzende Devlet Bahçeli eine Verlegung aufs Festland ins Spiel gebracht. Damals war die Rede von einem Gefängnisneubau auf dem Gelände einer Militärgarnison in Kayseri gewesen.

Der Bericht, den ein Öcalan-Anwalt als realistisch bezeichnete, lässt an den August 2005 denken. Am 12. August kündigte Erdogan in Diyarbakir „demokratische Initiativen“ an. Nach der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats am 23. August, wo er offenbar massiven Gegenwind von den Generälen bekam, war davon nie wieder etwas zu hören. Gleichzeitig begann die vom Militär gesteuerte Bombenserie gegen Zivilisten in Hakkari, Semdinli und Yüksekova.

Gleichzeitig wird in der türkischen Presse trotz der Abschaffung der Todesstrafe auch wieder über die Hinrichtung Öcalans diskutiert. Zur Äußerung Erdogans, die MHP habe versäumt ihn hinzurichten, bemerkte Öcalan:

„Da irrt sich der Ministerpräsident. Wenn es nach der MHP gegangen wäre, hätten sie mich keine zwei Stunden am Leben gelassen. Sie haben so gehandelt, weil sie an den Staat und die Kräfteverhältnisse gedacht haben. Für mich haben sie das sicher nicht getan. Und das weiß auch jeder. [Diejenigen, die mich nach Imrali gebracht haben] haben vielleicht sogar meinen Tod beschlossen. Aber sie kalkulieren die Probleme, die meine Leiche mit sich brächte. Sie diskutieren darüber, was die Konsequenzen wären, wenn sie mich umbrächten. Ich denke, mein Tod würde ihnen große Probleme einbringen. Sie werden wohl wissen, dass daraus eine Blutrache zwischen Kurden und Türken in der Region erwächst, die auf Jahrhunderte hinaus nicht mehr zu stoppen wäre. Sie denken sicher über die Verantwortung dafür nach. Ich sage dies nicht, weil ich an mich selbst denke. Dies ist ein objektiver Befund.“

Grundrecht Muttersprache

Seine Ansichten zur muttersprachlichen Bildung, die zu der Bunkerhaft geführt hatten, wiederholte Öcalan auch am 1. Februar:

„Nirgendwo auf der Welt gibt es ein Sprachverbot. Auch im Vertrag von Lausanne gibt es kein solches Verbot. Ein Sprachkurs für Siebzigjährige ist sinnlos und bedeutet nicht viel. Siebenjährige müssen Kurdisch lernen. Dies ist das Alter, in dem sich die Persönlichkeit entwickelt. In diesem Alter muss die Muttersprache gelehrt werden. [...] Bildung in der Muttersprache ist eines der grundlegendsten und wichtigsten Rechte. Es findet sich in den europäischen Konventionen, im *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und im *Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* der UN. Eine kul-

turelle Existenz ist nur mit einer Sprache möglich. Die Sprache ist dabei der wichtigste Faktor. Das Verbot der Muttersprache ist ein kultureller Genozid. [...] Es ist das natürliche Recht der kurdischen Mütter und Kinder, ihre Forderung laut zur Sprache zu bringen und mit demokratischen Reflexen zu reagieren.“

In diesem Zusammenhang wies er erneut auf seine Definition einer „Nation Türkei“ hin, die sich aus verschiedenen ethnischen Gruppen zusammensetze:

„Auch wir gehen davon aus, dass es eine türkische Nation gibt, die von den Uiguren in China bis zu den Türken in Bosnien reicht und ca. 200 Millionen Menschen umfasst. Diese türkische Nation existiert in der Türkei ebenso wie in Usbekistan, Kirgisien und Turkmenistan. Aber diese türkische Nation ist nur ein Teil der ‚Nation Türkei', Türken, Kurden und die anderen Elemente in Anatolien bilden diese ‚Nation Türkei'.“

Auch Atatürk habe seinerzeit die Gefahr erkannt und bewusst die Bezeichnung „Republik Türkei“ (Türkiye Cumhuriyeti) durchgesetzt:

„Es gab den Vorschlag, den Staat ‚Türkische Republik' (Türk Cumhuriyeti) und das Parlament ‚Große Nationalversammlung der Türken' zu nennen. Atatürk war intelligent, er witterte die Gefahr und lehnte das ab. [...] Atatürk hatte die Kurden an seiner Seite, als er im Geiste der ‚Nation Türkei' den Krieg gewann. Die Politik der Verleugnung und Vernichtung kam erst nach 1924 ins Spiel.“

„Nur zwei Forderungen“

Öcalan bekräftigte die Forderungen nach kulturellen Rechten und einer Generalamnestie. Auch Lösungen wie in Nordirland und im Baskenland, wo jüngst der Dialog mit der ETA aufgenommen wurde, begrüßte er ausdrücklich.

„Wir wollen gar nicht viel. Wir wollen nur, dass zwei Dinge passieren. Das eine ist eine Generalamnestie und die Schaffung der Möglichkeit, im gesetzlichen Rahmen Politik machen zu können. Das Zweite ist die Akzeptanz und Garantie kultureller Rechte. Wenn diese beiden Dinge garantiert werden, werde ich alles tun, damit die Waffen niedergelegt werden. Wenn ich dann nicht der beste Freund des türkischen Volkes bin, wenn ich dann nicht alles für die Geschwisterlichkeit tue, dann soll man mich hinrichten. Waffen werden wir dann ohnehin nicht mehr haben. Ich hoffe, dass der Staat einen solchen Schritt unternimmt. Dann wird es mit der Türkei in jeder Hinsicht bergauf gehen.“



Newroz 2006 in Diyarbakir Foto: DIHA

Es fällt auf, dass in der Türkei in den letzen Wochen die „anti-separatistische“ Propaganda massiv zugenommen hat. Im Gegensatz dazu erläuterte Öcalan am Beispiel Kirkuks, des schwelenden Konfliktherds in Südkurdistan, zum Jahrestag seiner Deklaration des „Demokratischen Konföderalismus“ erneut, dass es ihm nicht um eine Verschiebung staatlicher Grenzen gehe:

„Das ‚Greater Middle East Project' der USA bezweckt, die Nationalismen und die Nationalstaaten zu fördern und in Konflikte zu stürzen. Davon werden auch die Türkei, Syrien und der Iran etwas abbekommen. Im Irak kämpfen im Moment der sunnitische, der schiitische und der kurdische Nationalismus gegeneinander. Am Ende dieses Prozesses werden sich vielleicht drei Kleinstaaten bilden. Es gibt noch nicht einmal mit einem Irak irgendeine Lösung, mit drei Kleinstaaten wird es erst recht keine geben. In Syrien gibt es sunnitischen, drusischen, alevitischen, kurdischen Nationalismus, im Iran aserischen, persischen und kurdischen. Die Situation in der Türkei ist bekannt. Der einzige Weg, dem zu begegnen, ist der ‚demokratische Konföderalismus', den ich vorgeschlagen habe. Diese Lösung schlage ich auch der arabischen, türkischen, kurdischen und assyrischen Bevölkerung von Kirkuk vor. Dort wird 2007 ein Referendum stattfinden. Egal, ob man anschließend zum Bundesstaat Kurdistan gehören wird oder zum irakischen, die Stadt Kirkuk soll ihre eigene konföderale Flagge hissen. Das ist mein Vorschlag für eine Lösung in Kirkuk. Sonst wird Kirkuk zu einem Meer aus Blut. Auch in Syrien und dem Iran möchte ich, dass sich unser Volk konföderal organisiert und an der Demokratisierung der Zentralstaaten beteiligt, wenn morgen eine Lösung heranreift. Und in der Türkei muss es um die Demokratisierung des dortigen Nationalstaates gehen. Wie ich schon mehrfach unterstrichen habe, steht das nicht im Widerspruch zur unitären Struktur und schadet ihr nicht.“

Falschmeldung über Angina-Pectoris-Anfall

Im Februar meldete die Nachrichtenagentur *Associated Press* unter Berufung auf Militärkreise, Öcalan habe einen Angina-Pectoris-Anfall erlitten. Dabei handelte es sich zwar offenbar um eine gezielte Falschmeldung, doch demonstrierte sie, dass im Falle einer tatsächlichen Gefährdung keinerlei Verifizierung möglich ist: Die Anwälte erhielten erst zwei Wochen später wieder Zugang zu ihrem Mandanten. Öcalan selbst fordert seit langem wegen verschiedener Gesundheitsprobleme eine Untersuchung durch Fachärzte, was ihm aber bisher verweigert wurde. ♦

Welches Asyl in welchem Europa? – Entwicklung, Perspektiven und der Fall Öcalan

Die Ursachen an der Wurzel packen!

John Tobisch-Haupt, Internationale Initiative „Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan"

Selten fand im italienischen Parlament eine Konferenz statt, die ein vermeintlich abwegiges Thema mit einem politischen Alltagsproblem derart spielend verband, wie am 22. Februar 2006 geschehen. An diesem Tag luden die Organisationen PROGETTO DIRITTI und EUROPA LEVANTE zur Konferenz „Welches Asyl in welchem Europa? – Entwicklung, Perspektiven und der Fall Öcalan". Ein illustrer Kreis von Politikern, Abgeordneten, Menschenrechtlern und Juristen hatte sich eingefunden, um ein Thema zu diskutieren, das immer wieder die italienische Öffentlichkeit von neuem beschäftigt. Bilder von halbverhungerten Menschen, welche in ihren „Seelenverkäufern" an die weit vom italienischen Festland gelegene Insel Lampedusa angespült wurden, haben sich in das öffentliche Gedächtnis eingegraben. Woche für Woche werden die Leichname von unbekannten Verzweifelten an die italienischen Küsten geschwemmt, die weniger Glück hatten. Diese menschliche Tragödie sorgt immer wieder für hitzig geführte Diskussionen quer durch sämtliche politischen Lager. Wie verschieden auch die Konzepte ausfallen mögen, mit denen dem Flüchtlingsstrom begegnet werden soll; einig ist man sich in der Ansicht, dass die Ursachen für das Flüchtlingsproblem in den Herkunftsländern angegangen werden müssen, anstatt ausschließlich mit den weit reichenden Konsequenzen umzugehen. Immer wieder wird der Ruf nach einer Politik der präventiven Konfliktlösung und Armutsbekämpfung laut, welche in den strategischen außenpolitischen Überlegungen aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Eingang finden müsse. So auch im Fall der kurdischen Frage.

Nicht wenige der Flüchtlinge sind Kurden. Insbesondere Mitte der 1990er Jahre sorgten mehrere große kurdische Flüchtlingswellen für Aufsehen. Italien, das sich als einer der Frontstaaten der „Festung Europa" begreift, fühlte sich überfordert. Viel wurde über das Kurdenproblem diskutiert, wenig wurde getan. Schnell ging man wieder zum politischen Alltagsgeschehen über. Dies sollte sich erst ab dem 12. November 1998 mit der Einreise von Abdullah Öcalan nach Italien ändern, wo er kurz darauf politisches Asyl beantragte. Unvorbereitet steht das Land im Fokus internationaler Politik. Die türkische und die amerikanische Regierung fordern die umgehende Auslieferung des Kurdenführers. Tausende von Kurden strömen nach Rom, um ihre Solidarität zu bekunden. Während vor allem in der italienischen Bevölkerung und auch bei den politischen Parteien eine große Sympathie für eine Aufnahme Abdullah Öcalans in Italien und seine Anerkennung als kurdischer Repräsentant deutlich wird, beginnt unter den europäischen Regierungen eine hektische Diskussion. Allzu unerwartet wurde der Krieg in Kurdistan in Person des damaligen PKK-Vorsitzenden direkt über die Schwelle ihrer Haustüre getragen. Der innereuropäische Druck auf die italienische Regierung unter der Führung von D'Alema wächst. Zwar wirbt der italienische Regierungschef bei seinen europäischen Amtskollegen für eine gemeinsame Vermittlungsinitiative im türkisch-kurdischen Konflikt. Schnell muss er jedoch erkennen, dass eine wirkliche Lösung nicht gewollt ist. Das Problem soll ausgesessen werden. Indessen wird die Entscheidung über das politische Asyl für Abdullah Öcalan verschoben. Nach wenigen Wochen gibt die italienische Regierung dem internationalen Druck nach. Öcalan wird die Ausreise nahe gelegt. Er verlässt das Land in Richtung Russland. Alles Weitere ist bekannt. Nach einer wochenlangen Odyssee zwischen Damaskus, Moskau, Athen und Amsterdam wird der Kurdenfüher am 15. Februar 1999 in Kenia unter maßgeblicher Beteiligung des CIA, MIT und Mossad verschleppt und an die Türkei ausgeliefert. Seitdem wird Abdullah Öcalan unter menschenunwürdigen Isolationshaftbedingungen auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali gefangen gehalten. Die kurdische Frage harrt immer noch ihrer Lösung, der Konflikt steuert auf eine erneute bewaffnete Eskalation zu und der Flüchtlingsstrom der Kurden hält weiterhin an.

Die Erinnerung an die damaligen Ereignisse scheint in Italien nur vordergründig verblasst zu sein. Diesen Eindruck konnte man bei den Redebeiträgen im zweiten Teil der Konferenz gewinnen, wo die aktuelle Lage im türkisch-kurdischen Konflikt und die Haftbedingungen sowie der besorgniserregende Gesundheitszustand von Abdullah Öcalan behandelt wurden. Doch schon im ersten Teil der Konferenz, wo die aktuelle Flüchtlingsproblematik aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet zur Sprache kam, richtete sich die Aufmerksamkeit immer wieder auf das Kurdenproblem. Insbesondere der Asylfall des Kurdenführer Öcalans sei repräsentativ für die Janusköpfigkeit staatlicher Politik im Umgang mit den

Ursachen der Flüchtlingsproblematik. Allzu oft, so die vorwiegende Meinung der Konferenzteilnehmer, werde der Anspruch einer präventiven Armutsbekämpfung und Konfliktbewältigung den jeweils nationalen Wirtschaftsinteressen geopfert. Die Kurzsichtigkeit einer solchen Politik werde spätestens dann offenbar, wenn sich ungelöste Konflikte in Bürgerkriegen oder in terroristischen Gewaltexzessen entladen, was wiederum auch das Flüchtlingsproblem weiter verschärfe. Zwar treffe dies nicht im Falle der Kurden zu, die aktuellen Entwicklungen in den kurdischen Gebieten der Türkei gäben aber Anlass zu vermehrter Sorge, dass die Lage außer Kontrolle geraten könnte.

Doch nur der Dialog könne als einziges adäquates Mittel für die Bewältigung von Konflikten gelten. Hierbei komme der internationalen Politik eine besondere Rolle zu. Ohne eine aktive vermittelnde Interventionspolitik blieben Bemühungen zur Sicherung von Stabilität und Sicherheit nur Wunschdenken. Diese hätten nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn alle beteiligten Parteien innerhalb der zahlreichen Konfliktfelder in adäquater Weise einbezogen würden. Hierfür bedürfe es jedoch kompromissbereiter Ansprechpartner, denen an zivilen und politischen Lösungen gelegen sei. Im Falle der Kurden sei ein solcher Ansprechpartner vorhanden. Auch wenn Abdullah Öcalan bisher bewusst gemieden werde, sein Engagement für eine politische Lösung der kurdischen Frage könne auf Dauer nicht ignoriert werden. Die Kurden hätten gezeigt, so einige Redner, dass sie zu einer friedlichen Lösung bereit seien. Es sei nun an den türkischen Machthabern, den nächsten Schritt zu tun, weshalb die Türkei von der internationalen Staatengemeinschaft dazu bewegt werden müsse, das Problem im Einvernehmen mit seinen kurdischstämmigen Staatsbürgern zu lösen. Dies müsse auch in der italienischen Außenpolitik zum Ausdruck kommen, egal welches Lager auch die Regierung nach der Wahl im April 2006 stellen möge.



Demonstration am 15.4. in Brüssel gegen die Massakerpolitik der Türkei Foto: ISKU

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Es bleibt nur zu wünschen, dass sich auch in anderen europäischen Ländern ähnliche erfolgreiche Initiativen zur Parteinahme für eine politische Lösung der kurdischen Frage entwickeln, als solche die Konferenz „Welches Asyl in welchem Europa? – Entwicklung, Perspektiven und der Fall Öcalan" zu werten ist. ♦

Konferenz: Welches Asyl in welchem Europa? – Entwicklung, Perspektiven und der Fall Öcalan Schlussresolution

Oben genannte Konferenz fand am 22. Februar 2006 im Konferenzsaal des italienischen Parlaments statt, welche von den Institutionen PROGETTO DIRITTI und EUROPA LEVANTE maßgeblich initiiert sowie von der Stadt Rom, dem Distrikt Lazio und der Universität La Sapienza in Rom unterstützt wurde.

Neben Abgeordneten des italienischen Parlaments und Senats nahmen auch andere Politiker, Wissenschaftler, Menschenrechtler und Rechtsanwälte teil.

Im Rahmen der Konferenz wurden die mit dem Asyl auf italienischer und europäischer Ebene verbundenen Probleme untersucht. Insbesondere der Asylfall von Herrn Öcalan und seine momentanen Lebensbedingungen fanden in den Beiträgen der geladenen Redner eine eingehende Prüfung. Dabei wurde festgestellt, dass die besorgniserregenden Haftbedingungen von Abdullah Öcalan, der auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali inhaftiert ist, im eklatanten Widerspruch zu internationalen Menschrechtsabkommen stehen.

Deshalb rufen die Teilnehmer unserer Konferenz das *Komitee des Europarats zur Prävention von Folter und inhumaner Behandlung* (CPT) auf, im Fall von Herrn Öcalan seiner Aufgabe nachzukommen und auf eine nachhaltige Verbesserung der Haftbedingungen hinzuwirken, da dieser schon mehr als 7 Jahre verschärfter Isolationshaft ausgesetzt ist. Weiterhin rufen wir die türkischen verantwortlichen Stellen dazu auf, den Besuch einer internationalen Delegation von Rechtsanwälten auf Imrali zuzulassen.

Nach Ansicht der Institutionen, welche die Konferenz initiiert haben, muss die Verfolgung des Falles von Herrn Öcalan als einem Führer der Kurden zu einem ständigen Bestandteil der eigenen Arbeit werden. Dies ist als Beitrag zur Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, zur Verbesserung der Menschenrechtslage und zur Verwirklichung der Minderheitenrechte in der Türkei zu begreifen, was letztendlich dem türkischen Anliegen einer EU-Mitgliedschaft diene.

Deshalb beabsichtigen die Teilnehmer der Konferenz, den Fall von Herrn Öcalan stets der Öffentlichkeit in Erinnerung zu rufen und diesbezügliche Aktivitäten zu entfalten. Weiterhin wurde beschlossen, sämtliche Initiativen und Aktivitäten zu unterstützen, die auch in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu diesem Thema ergriffen bzw. entwickelt werden.

Rom, 3. März 2006

Menschenrechtsverletzungen in der Türkei im Jahr 2005

Jahresbilanz des Menschenrechtsvereins IHD

I. Verletzung des Rechts auf Leben

Fälle	**Tote**	**Verletzte**
außergerichtliche Hinrichtungen	44	19
Morde unbekannter Täter	1	
Vorfälle im Polizeigewahrsam	3	
– im Gefängnis	13	2
– bei Gefechten (*)		
durch Sicherheitskräfte	316	243
durch bewaffnete Militante	179	1
durch Zivilisten	1	9
Explosionen durch Minen u. a. Sprengkörper	69	161
ungeklärte Todesfälle	11	
davon Kinder		
davon Männer	*11*	
Fahrlässigkeit	48	16
unverhältnismäßige Gewaltanwendung bei öffentlichen Aktivitäten	7	330
Selbstmorde von Soldaten und Polizisten	17	
Gesamt	**722**	**781**

(*) 46 Tote und 95 Verletzte durch Explosionen u. ä. bei militärischen Gefechten sind auch in die Gesamtbilanz über Minen- und andere Sprengstoffexplosionen eingegangen

Angriffe mit der Begründung „Ehre"	**Tote**	**Verletzte**
a) Frauen	39	15
b) Männer	29	14
Verletzung der Menschenrechte der Frauen		
Gewalt an Frauen		
a) Fälle von häuslicher Gewalt		
davon Kinder	45	29
davon Frauen	116	100
davon Männer	61	36
b) im öffentlichen Bereich (Arbeitsplatz, Straße, Schule u. ä.)	50	621
Selbstmordfälle Frauen	30	10

Sexuelle Belästigung und Vergewaltigung von Frauen	**Anzahl**
a) häuslich	9
b) durch Sicherheitskräfte	1
c) im öffentlichen Bereich (Arbeitsplatz, Straße, Schule u. ä.)	40
erzwungene Prostitution	28
ungeklärte Todesfälle	31
Diskriminierungsfälle (ungleiche Entlohnung)	60

Angriffe auf die Rechte von Kindern	**Tote**	**Verletzte**
Angriffe auf Kinder	59	184
Selbstmordversuche	18	10

	Anzahl
sexuelle Belästigung und Vergewaltigung	101
erzwungene Prostitution	11

Minen- und andere Sprengstoffexplosionen	**Tote**	**Verletzte**
Gesamt	69	161
davon Kinder	*8*	*15*
davon Frauen	*1*	*1*
davon Männer	*60*	*145*

II. Verstoß gegen die persönliche Freiheit und Sicherheit

Fälle	**Anzahl**
Festnahmen	2702
mit Verschleppung bedroht, zu Dorfschützer- oder Agententätigkeit gezwungen	106
Verhaftungen	621

Folter und Misshandlung	**Anzahl**
Gesamt	**825**
Folter, Misshandlung und sexuelle Belästigung während der Haft	309
durch die Gendarmerie	*109*
durch Bedienstete des Sicherheitspräsidiums	*200*
davon Kinder	*7*
Folter und Misshandlung nach der offiziellen Festnahme	165
davon Kinder	*9*
Folter und Misshandlung durch Dorfschützer	14
davon Kinder	*1*
Folter und Misshandlung im Gefängnis	158
Folter und Misshandlung in Bildungs-, Gesundheits- und Fürsorgeeinrichtungen	179

Rechtsverletzungen im Gefängnis	**Anzahl**
Verletzung des Kommunikationsrechts	412
Verletzung des Rechts auf gesundheitliche Versorgung	30
Disziplinarstrafen	84
Verhinderung von Angehörigenbesuchen	367
Verhinderung von Anwaltsgesprächen/-besuchen	3
Verlegungen	49
Misshandlungen und Willkürmaßnahmen	35
Postverweigerung (Bücher, Zeitschriften, Kassetten u. ä.)	171

III: Verstoß gegen die Meinungs-, Artikulations- und Glaubensfreiheit

Gesetz über die politischen Parteien
8 Verfahren beendet, 22 Personen verurteilt
Haftstrafen gesamt: 119 Monate (53 Monate in Geldstrafen umgewandelt, 6 Monate verschoben)
Geldstrafen gesamt: 17 916,85 YTL

Strafen wegen Meinungsäußerungen
Insgesamt 65 Prozesse:
192 Personen verurteilt, 27 freigesprochen, Verfahren gegen 1 Person eingestellt.
Das Verfahren gegen 105 Personen lief 2005 [*andere Verfahren nicht abgeschlossen*]
insgesamt 266 Monate Haft gegen 59 Personen (die meisten in Geldstrafen umgewandelt):
Geldstrafen insgesamt 264 000 YTL

§ 7 des Anti-Terror-Gesetzes
Ein Verfahren beendet, 3 Monate Haft.
Freisprüche für 2 Personen

§ 159 des türkischen StGB und § 301 des neuen türkischen StGB
18 Verfahren beendet, 27 Verurteilungen
10 Freisprüche
1 Verfahren eingestellt, 82 Monate und 3 Tage Haft gegen 15 Personen (45 Monate und 3 Tage Haft in Geldstrafe umgewandelt)
Geldstrafen insgesamt: 27 594 YTL

Verfahren wegen Meinungsäußerung § 159 des türkischen StGB und § 301 des neuen türkischen StGB
insgesamt 18 Verfahren gegen 39 Personen,
2005 nicht abgeschlossen

§ 215 des türkischen StGB
4 Verfahren: 31 Monate und 15 Tage Haft gegen 4 Personen, davon 1 Monat und 15 Tage in 740 YTL Geldstrafe umgewandelt.
2 Personen in 2 Verfahren verurteilt

§ 312 des türkischen StGB
7 Verurteilungen in 2 Verfahren
3 Freisprüche in 2 Verfahren
insgesamt 44 Monate Haft gegen 6 Personen, umgewandelt in Geldstrafe von 14 760 YTL

§ 168 und § 169 des türkischen StGB
insgesamt 12 Verurteilungen und 12 Freisprüche in 4 Verfahren

Pressegesetz Nr. 5680
1 abgeschlossenes Verfahren: 1 Geldstrafe von 15 900 YTL

Versammlungs- und Demonstrationsgesetz Nr. 2911
9 Verurteilungen in 1 abgeschlossenen Verfahren: Geldstrafen in Höhe von insgesamt 4 100 YTL
61 Verurteilungen in 1 Verfahren

Beleidigung der ideellen Persönlichkeit Atatürks (Gesetz Nr. 5816)
3 Verurteilungen in 3 Verfahren

Vom Kassationsgericht bestätigte Strafen
Zeitung *Yenisafak*: 133 000 YTL Geldstrafe (Beleidigung der Justiz, Klage auf Schadenersatz)
20 Monate Haft gegen 1 Person nach § 312 des türkischen StGB
6 Monate Haft gegen 1 Person wegen Verstoß gegen das Parteiengesetz
(Zeitung *Özgür Gündem*: 50 000 YTL Geldstrafe
Zeitung *Azadiye Welat*: Verfahren wegen Propaganda für illegale Organisation in Ausgabe Nr. 7)

Ermittlungsverfahren wegen Meinungsäußerung
gegen 2640 Personen

Verstoß gegen die Religionsfreiheit
7 Frauen wegen ihres Kopftuches zu unterschiedlichen Aktivitäten nicht zugelassen
Haftstrafe von 2 Monaten und 15 Tagen für einen Militärdienstverweigerer aus Glaubensgründen (Zeuge Yehovas) bestätigt

Beschlagnahmte und verbotene Publikationen	**Anzahl**
beschlagnahmte Plakate, Bücher, etc.	6
verbotene Aktivitäten	5
verbotene Musikkassetten	23
Zensurfälle	2
geschlossene Verlage (Veröffentlichung der akademischen Zeitschrift Bakis wurde eingestellt)	1
Razzien gegen Verlage	1
Angriffe auf Verlage	3



Alt und Jung – Newroz in Kiziltepe
Foto: DIHA

Maßnahmen des Hohen Rundfunk- und Fernsehrates	**Anzahl**
abgemahnte Rundfunk- und TV-Sender	191
Gefängnisstrafen gegen Verantwortliche von TV-Sendern	4
eingeforderte Stellungnahmen von TV-Sendern	91
eingestellte Sendungen	
Eine Rundfunkanstalt wurde für 30 Tage geschlossen.	
gesamt	**46**
davon TV-Programm 1 Mal eingestellt	*27*
davon 2 eingestellte TV-Programme	*2*
davon 3 Mal TV-Programm eingestellt	*5*

IV. Verstoß gegen die Organisierungsfreiheit

Fälle	**Anzahl**
von Sicherheitskräften angegriffene Einrichtungen	6
Schließungsverfahren gegen Einrichtungen	3
durch Verwaltungsbeschluss geschlossene Einrichtungen	1
überfallene Einrichtungen	15

V. Verstoß gegen Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit

Fälle	**Anzahl**
Verschobene und verbotene Versammlungen und Kundgebungen	34
Verfahren gegen Versammlungen und Kundgebungen	24
von Sicherheitskräften angegriffene Versammlungen und Kundgebungen	101
angegriffene Versammlungen und Kundgebungen	9

VI. Verstoß gegen die ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte

Verstoß gegen das Recht auf soziale Sicherheit	**Anzahl**
(für 2005 wird in der Türkei eine Bevölkerungszahl von annähernd 72 Millionen vermutet; Quelle: DPT, Programm für das Jahr 2006)	Beschäftige gesamt: 22 197 000 Schwarzarbeit: 49,8 % (11 054 000 Personen sind ihrer Rechte auf soziale Sicherheit beraubt) Arbeitslose: 9,7 % (2 317 000)
Entlassungen	3348
Zwangsversetzungen	159
Verletzung der Arbeitsgesundheit und -sicherheit	
Tote	78
Verletzte	266
Verletzung des Rechts auf Bildung von und Mitgliedschaft in Gewerkschaften	
*Wegen Mitgliedschaft unter Druck gesetzt	13
Obdachlosigkeit wegen Naturkatastrophen und anderen Gründen	68
Abrisse von Gecekondus	175
verbrannte Dörfer	1
Weideverbote	1
Verbrennen von Wäldern und Grundstücken/Feldern	3

Verletzung des Rechts auf Gesundheit	6519 Kinder starben vor Erreichen ihres 5. Lebensjahres

Gesundheitsstatistiken für 2005:
1) Sterberate bei Babys: 2,5 % (EU 0,7 %)
2) Sterberate bei Kindern von 2–5 Jahren: 3,7 % (EU 0,8 %)
3) Gesundheitspersonal bei Geburten anwesend: 78 % (EU 100 %)
(Quelle: DPT-Webseite, Jahresprogramm 2006)

Verletzung des Grundrechts auf Bildung
Verletzung des Rechts auf Grundschulbildung
975 149 Kinder im Alter von 7–14 Jahren können von ihrem Recht, die Grundschule zu besuchen, Gebrauch machen, davon etwa 70 % Mädchen.
(Quelle: DPT-Webseite, Jahresprogramm 2006)

Ermittlungsverfahren gegen Schüler	106
befristete Schulausschlüsse	272
Verweise	6
Schulverweise	30

* DPT: Devlet Planlama Teskilati = Staatsplanungsabteilung

Bericht der Bürgerkommission EU-Türkei (EUTCC)

Die Streitkräfte werden ihre erprobten Methoden beibehalten

Susanne Gierstein

Die *Bürgerkommission EU-Türkei* wurde 2004 gegründet, um den Beitrittsprozess der Türkei in der EU von zivilgesellschaftlicher Seite aus zu begleiten. Auf einer Konferenz im November 2004 über die EU, die Türkei und die Kurden wurde beschlossen, diese Kommission zu gründen. Sie wird vom Menschenrechtskomitee der Anwaltschaft in England und Wales unterstützt. Die Kommission befürwortet den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union, da der Beitrittsprozess, wenn er in Übereinstimmung mit den Kopenhagener Kriterien erfolgt, der Türkei zu einer wirklichen Demokratie verhelfen kann. Die Kommission will diesen Prozess durch die Verbreitung genauer objektiver Informationen in der Türkei und der EU über die Fortschritte der Türkei und auch über die Mängel begleiten. Als ein grundlegendes Problem sieht die Kommission die Nichtlösung der kurdischen Frage an, die zurzeit noch wirkliche Demokratie verhindert. Auf diese Frage legt die Kommission ihren Schwerpunkt. Weitere Informationen sind auf der Internetseite der Kommission in Englisch erhältlich: www.eutcc.org

Im Januar 2006 veröffentlichte die EUTCC einen Bericht, in dem sie die Fortschritte der Türkei im Beitrittsprozess bewertete und zum offiziellen Fortschrittsbericht der EU Stellung nahm. Sie weist darauf hin, dass dieser EU-Bericht vor dem Hintergrund regulärer diplomatischer Beziehungen zwischen der Türkei und der EU geschrieben worden ist und deshalb den Lesenden den Eindruck vermittelt, dass die Fortschritte der Türkei in der Annäherung an europäische Standards grundlegend seien. Zwar sind reelle Fortschritte auf dem Gebiet der Gesetzgebung zu verzeichnen und die Änderung des Strafrechts markiert dort einen wichtigen Meilenstein. Allerdings setzt die Justizpraxis die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung auch mit den neuen Gesetzen fort. Auffällig ist, dass die im Bericht der EU als Spitze des Eisbergs erscheinenden Fälle von offensichtlich politisch motivierter Rechtsprechung zum größten Teil mit „nicht türkischen Bürgern“, also mit Kurdinnen und Kurden, und der kurdischen Frage zu tun haben.

Die Kommission bewertet die offene kurdische Frage als Haupthindernis für eine wahre Demokratisierung der Türkei und nimmt den Bericht dahin gehend kritisch unter die Lupe. Die Kommission äußert sich konkret zu den Punkten Folter, Polizeibrutalität und außergerichtliche Hinrichtungen, Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Justizwesen und der Rolle des Militärs.

Folter, Polizeibrutalität und außergerichtliche Hinrichtungen

Die Anzahl der Fälle von Folter im Gewahrsam der Sicherheitsorgane scheint zurückgegangen zu sein. Allerdings häufen sich die Berichte von Misshandlungen und Folter bei der Festnahme oder auf dem Weg in den Gewahrsam. Das *Europäische Komitee zur Verhütung von Folter* (CPT) beschreibt in seinem Bericht vom 8. Dezember 2005, dass nicht nur einmal während des Besuches einer Delegation Polizeizentren, in denen sonst immer eine beträchtliche Anzahl Verhafteter war, praktisch leer vorgefunden wurden.

Dennoch berichtete das CPT von einer Reihe von Personen, die Misshandlungen wie Schlägen, Verdrehen der Arme, Entkleiden und Abspritzen mit kaltem Wasser, Quetschungen der Genitalien, den Kopf unter Wasser drücken und Plastiktüten über dem Kopf ausgesetzt waren. Leider Alltag auch in anderen EU-Ländern wie Spanien war das dem CPT doch eine Erwähnung wert, wie auch die Tatsache, dass die medizinischen Untersuchungen, die feststellen sollten, ob die Person gefoltert wurde oder nicht, in vielen Fällen sehr oberflächlich waren und in Anwesenheit der Sicherheitskräfte stattfanden.

Polizeibrutalität trat vor allem im Zusammenhang mit Demonstrationen auf. Demonstrantinnen und Demonstranten wurden mit Pfeffergas angegriffen und geschlagen.

Auch außergerichtliche Hinrichtungen finden nach wie vor statt, oft im Verborgenen, aber manchmal auch so offen wie beim Anschlag auf einen Buchladen in Semdinli. Immer wird die PKK für diese „Vorfälle“ verantwortlich gemacht.

Meinungsfreiheit

Die EUTCC verzichtet darauf, Einzelfälle anzuführen, da sie den Rahmen des Berichtes sprengen würden. Der neue Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches, der die Beleidigung des Türkentums, der Türkei oder der Großen Nationalversammlung unter Strafe stellt, wird als mächtiges Repressionsinstrument angewendet. Das jüngste Beispiel zu diesem Zeitpunkt war die Verurteilung zu sechs Monaten Haft für ein

Buch, das sich mit den Dorfzerstörungen in Kurdistan befasst.

Eine neue Entwicklung auf diesem Gebiet sind die Anzeigen, die von nationalistischen Gruppen und Einzelpersonen gemacht werden, „um die Justiz an ihre Pflicht zu erinnern". Diese folgt den Aufforderungen und so wurde unter anderem ein Verfahren wegen der Verwendung des Begriffes „tiefe Justiz" eröffnet. Diese Bezeichnung leitet sich vom Begriff des „tiefen Staates" ab und bezeichnet Machtstrukturen, die in Cliquenform unter- und innerhalb des Staatsgefüges bestehen und die Interessen des Militärs und der reaktionären nationalistischen Kreise vertreten und durchsetzen.

Die gesetzliche Bestimmung gegen die „Beeinflussung der Justiz" wird angewendet, aber nur in Fällen, in denen die Presse bestimmte Verfahren kritisch beleuchtete, nicht jedoch als der Ministerpräsident einige Gerichtsurteile kritisierte.

Von einem solchen Verfahren betroffen sind auch zwei ehemalige Mitglieder des Menschenrechtskomitees des Büros des Ministerpräsidenten für einen Bericht, den sie in seinem Auftrag über die Minderheiten und kulturellen Rechte anfertigten.

Vereinigungsfreiheit

Auf der gesetzlichen Ebene sind noch einige Reformen notwendig, so zum Beispiel die Aufhebung des Verbotes im Parteiengesetz, andere Sprachen als Türkisch zu verwenden. Diese Vorschrift wird zur Schikane unliebsamer Vereinigungen verwendet, der *Menschenrechtsverein* erhielt mehrere Strafen, weil der Briefkopf des Vereins in Türkisch und Kurdisch gedruckt wurde. Dem *Kurdischen Demokratie-, Kultur- und Solidaritätsverein* wurde die offizielle Anerkennung verweigert, da der in der Satzung festgelegte Zweck, „die sozialen und kulturellen Rechte der Kurden zu schützen", nicht verfassungskonform sei. Die Lehrergewerkschaft *Egitim-Sen* musste ihre Statuten ändern und die Forderung auf das Recht zur Verwendung der Muttersprache streichen, um nicht geschlossen zu werden.

Justizwesen

Die EU hat das Training tausender Justizangehöriger und Mitglieder der Sicherheitskräfte tatkräftig und finanziell unterstützt. Es sollte sich in Justizkreisen herumgesprochen haben, dass die *Europäische Konvention der Menschenrechte* auch in der Türkei bindendes Recht ist und im Zweifel sogar über den anzuwendenden türkischen Gesetzen steht.

Dennoch gelingt es vielen Gerichten nicht, zwischen einer gewaltlosen kritischen Meinung und dem Aufruf zu Gewalt zu unterscheiden. Weiter werden immer noch Themen, die sowohl zivilgesellschaftlich als auch von der kurdischen militanten Bewegung diskutiert werden, als Tabu betrachtet und Äußerungen wie zum Beispiel die Befürwortung von Unterricht in der Muttersprache als „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" verurteilt.

In vielen Fällen wird der Logik des oben erwähnten „tiefen Staates" gefolgt. Man kann sogar sagen, dass die Justiz zu unabhängig ist, da sie nicht dem Wunsch der Regierung folgt, sich europäischen Standards anzunähern.

Ein Beispiel für die Unverhältnismäßigkeit der Strafen ist der Fall eines Mannes, der einige Atatürk-Statuen in Schulhöfen besprüht hatte. Er wurde zu 22 Jahren Gefängnis verurteilt, wegen der Verunglimpfung des Andenkens an Atatürk.

Die EUTCC fordert angesichts solcher Missstände, dass die EU auf die Durchsetzung der Reformen im Justizwesen dringen und, wenn es nötig ist, andernfalls die Beitrittsverhandlungen einfrieren muss.

Die Rolle des Militärs

Hier analysierte die EUTCC einen sehr interessanten Artikel in „Foreign Affairs" vom Januar 2006. Er wurde von einem türkischen Professor und zwei Offizieren der türkischen Armee verfasst. Die Autoren geben nicht an, dass sie nur für sich sprechen, sondern weisen darauf hin, dass das Militär mit einer Stimme spricht. Man kann die Aussagen also getrost als Verlautbarungen der führenden Militärkreise auffassen. Vor allem wird immer wieder betont, dass das Militär die Kontrolle hat und behalten wird.

Zunächst weisen die Autoren darauf hin, dass es keine Reformen ohne die Rückendeckung des Militärs geben wird. Die Armeeführung behält sich vor, wie weit sie sich aus dem politischen Leben zurückziehen wird. Besorgnis äußern sie über den Einfluss verschiedener Lobbys auf den Wählerwillen. Das Militär wird die Aktivitäten dieser sozialen Gruppie-



Die Rolle des Militärs in Batman, Diyarbakir und Semdinli — Fotos: DIHA

rungen nur tolerieren, wenn es sie überwachen kann, und es darf ihnen nicht erlaubt werden, die Stellung des Militärs zu untergraben.

Der Artikel beschreibt, wie die Offiziersklasse vor den Einflüssen externer Ideologien geschützt werden soll, die die einheitliche Weltsicht des Militärs stören könnten. Ziel der Militärführung ist eine sich selbst reproduzierende Offiziersklasse, die eine Organisation mit einer einheitlichen Weltsicht führt.

Weiter bewertet der Artikel das Zugeständnis, dass die Bürger des Landes ihre eigenen kulturellen und lokalen linguistischen Eigenheiten als individuelle Rechte und Freiheiten wahrnehmen könnten, als sehr großes Zugeständnis, nicht als Selbstverständlichkeit.

Immer noch begreift sich das Militär als der letzte Wächter der Türkei und findet einen behutsamen Fortschritt der Reformen wünschenswert, solange sie nicht die interne Integrität des Militärs bedrohen oder die der Türkei. Das Militär als letzter Wächter wird die Reformen für den EU-Beitritt, besonders die, die kulturelle Vielfalt (also die kurdische Frage) betreffen, mit den Bedürfnissen der nationalen Sicherheit in Einklang bringen.

Ferner wird der EU empfohlen, nicht zu stark auf die Auflösung der Verankerung des Militärs in der Zivilgesellschaft zu drängen. Die Streitkräfte werden ihre erprobten Methoden beibehalten, um die Armee auf Linie zu halten, und werden sie nicht ändern, solange sich die von der EU empfohlenen Institutionen und ihre Politik als realisierbar erweisen.

In recht klaren Worten kündigt die türkische Armee hier also an, die gesellschaftliche Kontrolle behalten zu wollen.

Die abschließenden Bemerkungen der EUTCC werden hier im Wortlaut wiedergegeben:

- Die Türkei hat beträchtliche Fortschritte bei der Annäherung an die Kopenhagener Kriterien erreicht.

- Es muss noch viel getan werden, sowohl auf dem Gebiet der Rechtsreformen als auch bei deren Umsetzung.

- Von allen Beteiligten muss anerkannt werden, dass die Probleme im Annäherungsprozess an die Beitrittskriterien enorm sind.

- Das ist nicht nur eine Frage der Veränderung der „Herzen und Köpfe“ in der Bürokratie oder Feinschliff in der Gesetzgebung, wie einige glauben.

- Die Wurzel des Problems ist die nationalistische Ideologie der Türkei, die in der gegenwärtig gültigen Verfassung festgeschrieben ist und die Grundlage für die Unterdrückung von Minderheiten und oppositionellen Gruppen, besonders der kurdischen Menschen, darstellt.

- Um die europäischen Standards zu erreichen und die Beitrittskriterien zu erfüllen, muss die Türkei die Staatsideologie ablegen, die seit über 80 Jahren bestimmend ist, und sie durch eine Philosophie ersetzen, die kulturelle Vielfalt als positiv ansieht, nicht als bedrohlich.

- Die Ausrottung der nationalistischen Ideologie ist keine einfache Aufgabe, auch wenn der Wille dazu in der Politik, der Justiz und im Militär vorhanden sein sollte. Leider gibt es wenige Anzeichen, dass das in der Türkei verstanden wird.

- Auf politischer Ebene gibt es generell die Absicht, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, aber das größte Hindernis ist die sensible kurdische Frage, selbst ein Produkt der nationalistischen Ideologie.

- Leider hat die gegenwärtige Regierung noch kein realistisches Bild von den Ursachen und dem Umfang des Problems, noch eine Vorstellung von möglichen Lösungen.

- Weiter, auch wenn moderate Reformen durchgeführt worden sind, ist die Regierung nach wie vor hin- und hergerissen zwischen den Forderungen der EU und den Forderungen der nationalistischen Ideologie, die vom Militär und Mitgliedern des „tiefen Staates“ vorgebracht werden, von denen einige der Regierung und ihrer Wählerschaft angehören.

- Der Fortschrittsbericht zeigt auf, dass die EU selbst die kurdische Frage nicht als das Haupthindernis für die Erfüllung der Beitrittskriterien betrachtet. Die grundlegende Natur dieses Problems wird verschleiert, wenn man es als „Situation im Osten und Südosten“ bezeichnet. Es ist kein geographisches Problem und auch nicht in erster Linie eines von „sozioökonomischer Natur“, sondern es geht tiefer.

- Das kurdische Problem ist vor allem politischer Natur. Eine Lösung erfordert grundlegende Veränderungen an einer antiquierten Staatsideologie, die seit 80 Jahren vorherrscht.

- Die europäische Geschichte und die europäischen Erfahrungen haben uns gelehrt, dass ethnische oder nationalistische Konflikte von einer Art und Schwere wie die kurdische Frage nie mit Gewehren gelöst worden sind, nur durch Dialog.

- Während die Reformen, die die Türkei benötigt, um die Beitrittskriterien zu erfüllen, beschleunigt werden müssen, muss die EU zusätzlich darauf bestehen, dass die zugrunde liegende kurdische Frage eine Lösung durch einen Dialog zwischen den beteiligten Parteien finden muss.

- Die EU sollte im Rahmen der Beitrittsverhandlungen als Vermittlerin den Dialog unterstützen.

Ein solcher Prozess sollte beinhalten:

• einen Stufenplan, der von der EU vorbereitet worden ist und dem von den betroffenen Parteien zugestimmt worden ist,

• Maßstäbe für die notwendigen Schritte,

• eine „Wahrheits- und Versöhnungskommission“,

• in den letzten Abschnitten des Prozesses eine Generalamnestie für die Guerilla. ♦

Neue Aktionsfelder für die Linke

Abdurrahman Dasdemir, Generalsekretär der KESK*

Es muss erörtert werden, wie die ideologischen und philosophischen Grundlagen des 1. Mai, seine Kampfargumente und dessen Umfang den sich verändernden Bedingungen auf der Welt anzupassen sind. Diese Diskussion haben die dem 1. Mai verpflichtete Linke und die Gewerkschaften zu führen.

Das traditionelle gewerkschaftliche Verständnis von der Arbeiterschaft stützt sich auf eine Definition, die angestellte Arbeiter und Arbeiterinnen oder die Angestellten im Öffentlichen Dienst beschreibt. Aber die ökonomische Strategie des internationalen Kapitals zur Überwindung seiner Gewinnkrise zielt ersichtlich auf die Steigerung des Mehrwerts auf globaler Ebene. Sie drängt den überwiegenden Teil der Weltbevölkerung in die Position der Mehrwerterzeuger, d. h. herkömmlicher ArbeiterInnen. Das Kapital, nachdem es die fordistische Produktionsweise abgelegt hat, organisiert weltweit die Produktion flexibel und realisiert somit eine Steigerung des Mehrwerts. Vor allem in den sich industrialisierenden Ländern weitet sich der Anteil ungesicherter, nicht registrierter Beschäftigung aus (insbesondere von Frauen, Kindern und Jugendlichen). Die Zahl der Angehörigen dieser neuen Arbeiterschaft wächst im Vergleich zur konventionellen mit jedem Tag, hat aber Schwierigkeiten bei ihren Organisierungsmöglichkeiten. Die ungesicherte, nicht registrierte Beschäftigung bietet dem Kapital die niedrigsten Billiglohnkosten. Es meidet zunehmend die Nutzung konventioneller Arbeitskräfte, demzufolge erleben gewerkschaftliche Organisationen, die sich nur auf diese beziehen, eine tiefe Krise. Wenn die Menge der neuen Arbeiterschaft – so genannte moderne SklavInnen – und der Arbeitslosen quantitativ berücksichtigt werden soll, so ist es zwingend und gleichzeitig dringend, dass eine neue Organisierungsstrategie entwickelt wird. In diesem Zusammenhang beweist in der Türkei vor allem die zahlenmäßige Entwicklung dieser Gesellschaftsschicht deren Bedeutung und dass sie eine ernsthafte Wirkung auf das gesellschaftliche Leben haben wird, wenn sie (klassen)bewusst organisiert wird. Die Gewerkschaften mit ihren gelegentlichen Forderungen oder symbolischen wirkungslosen Aktionen in bestimmten Phasen müssen sich das Bild, das zum Vorschein kommt, wenn „die Mütze gefallen“ ist [*sprichwörtlich: „dann sieht man die Glatze“ = die Realität*], vergegenwärtigen. Immer deutlicher offenbart sich die Notwendigkeit, dass die organisierten Gruppen, die Gewerkschaften mit der neuen Schicht der Beschäftigten und den Arbeitslosen in Kontakt treten und sich im Rahmen gemeinsamer gesellschaftlicher Ziele organisieren.

Die Globalisierung und die veränderten Produktionsverhältnisse haben das traditionelle Kraftpotential der Gewerkschaften gebrochen. Diejenigen, die auf der konventionellen Auffassung beharren, sind einer raschen Schrumpfung ausgesetzt und verlieren ihre Mitglieder. So hat der britische *Kongress der Arbeitergewerkschaften* (TUC) bis 1999 über fünf Millionen Mitglieder einbüßen müssen. Die Erosion der Gewerkschaften in der Türkei, allen voran der *Konföderation der revolutionären Arbeitergewerkschaften* DISK, rührt daher, dass die neue Situation nicht wahrgenommen wird. Die dogmatische und konservative Haltung ungeachtet der veränderten Situation führt zur Verödung.

Nach 1980 entwickelten sich gewerkschaftliche Aktivitäten erfolgreich, als das neue Beschäftigten- und Arbeitslosenpotential integriert und die Politik nicht nur auf ökonomische Aspekte ausgerichtet wurde, außerdem die gesellschaftlichen Probleme als Kampfargumente programmatische Aufnahme fanden. So hat der britische TUC – nach dem Verlust von 5 Millionen Mitgliedern – mit einer gewandelten Organisierungsstrategie, die auch gesellschaftliche Probleme beinhaltete, sich erneut zu sammeln begonnen. Der *Südafrikanische Gewerkschaftskongress* COSATU wurde 1985 gegründet und hat schon heute 2,5 Millionen Mitglieder. Hinter dieser erfolgreichen Entwicklung verbirgt sich die Tatsache, dass er seinen antirassistischen Kampf gleichzeitig mit dem Kampf für die Rechte der ArbeiterInnen führte. Seine gesamtheitliche und gesellschaftsbezogene Annäherungsweise führte organisatorisch zum Erfolg. Für die Errungenschaften der *Koreanischen Gewerkschaftskonföderation* (KCTU), anfänglich als illegale Organisation deklariert, spielte die Einbeziehung der Arbeitslosen und Unorganisierten als eigenständiger Faktor und ihr Kampf für die Demokratisierung eine bedeutende Rolle. Gegenwärtig gibt es eine Vielzahl erfolgreicher Organisationen, welche die Krise der klassischen Gewerkschaftsbewegung erkannten und es schafften, die durch die neoliberale Politik des Kapitals und seine flexiblen Produktionsverhältnisse geschaffene Welle neuartiger ArbeiterInnen und Arbeitsloser im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Erwartungen zu organisieren. Die obigen Beispiele können durch die CUT in Brasilien, die *Bewegung der Landlosen* in Bolivien, die Arbeitslosenbewegungen in Argentinien und Frankreich, die *Organisation der Arbeiterinnen* in Indien und durch die 1.-Mai-Bewegung auf den Philippinen erweitert werden.

Das gemeinsame Attribut dieser erfolgreichen Bewegungen ist, dass sie sich und ihr Organisierungspotential nicht auf die klassische Gewerkschaftsarbeit und Arbeiterschaft beschränkten, sondern es schafften, die Unorganisierten und Arbeitslosen zu organisieren. Der zweite wichtige Faktor ist, dass sie ihre Kampfargumente nicht nur auf den rein ökonomischen Bereich reduzierten, sondern auch gesellschaftliche Fragen

aufgriffen. Als dritter Aspekt können die unterschiedlichen Methoden und Modelle bei der Organisierung gelten. Während vor allem der letztere Faktor Unterschiede gemäß den jeweiligen Bedingungen der einzelnen Länder aufweist, war die lokale Organisierung vom dezentralen Charakter der gegenseitigen Beziehungen geprägt. Auch die Methode, Plattformen zu schaffen, auf denen die gesellschaftlich relevanten Fragen zu Massenangelegenheiten gemacht wurden, statt sie einzeln zu behandeln, war positiv.

Die Gewerkschaften, die ihre Organisierungsstrategie noch zu Zeiten fordistischer Produktion für Tausende von Beschäftigten in der Schwerindustrie entwickelt haben, müssen die Strategie des Kapitals sehen, fast zur manufakturellen Produktion zurückzugehen und moderne SklavenarbeiterInnen zu schaffen.

Die heutige Krise des gewerkschaftlichen Kampfes in der Türkei resultiert aus dem Beharren auf dieser klassischen Auffassung. Wenn unsere Kampfargumente nicht ausreichend und genügend Rechte einfordern, gibt es weder eine quantitative noch qualitative Entwicklung. Strategie, Statut und Programm sollten sich nach dem Prinzip der gemeinsamen Arbeit informeller (Arbeitslose, Unorganisierte, im Haushalt Tätige, etc.) und angestellter ArbeiterInnen auf der gemeinsamen Organisationsgrundlage richten. Soziale, politische und kulturelle Fragen sind in den Rahmen der Programme aufzunehmen.

Der COSATU in Südafrika, der in den 1990er Jahren den Kampf gegen das Apartheidregime in Form der ArbeiterInnenopposition organisierte, ist in diesem Zusammenhang untersuchenswert. Die internationale Gewerkschaftskonföderation ICFTU hat in letzter Zeit begonnen, der ArbeiterInnenbewegung und ihrer Organisierung Bedeutung beizumessen; ungesicherte, nicht registrierte Beschäftigung und Arbeitslose sind die vorrangigen Organisierungsziele.

Die demographische Struktur der Türkei, das Urbanisierungsniveau, der auf die kurdische Frage fixierte Krieg, die kriegsbedingte Emigration haben die Arbeitslosigkeit und die ungesicherte, nicht registrierte Beschäftigung schnell wachsen lassen. Die dynamischen Bevölkerungsteile, die sich in den Vorstädten der großen Städte am Leben festzuhalten versuchen, werden kriminalisiert, es wird versucht ihnen ihr Bewusstsein zu rauben. Die arbeitenden Bevölkerungsgruppen, die all diesen tief greifenden Problemen ausgesetzt sind, erfahren dasselbe. Daher ist es ein dialektischer Prozess, dass sie an demselben Lösungsprogramm zusammenkommen. Der Aktions- und Organisierungsprozess der Arbeitslosenbewegung in Argentinien ist eine wichtige Perspektive, gegründet von gewerkschaftlich organisierten LehrerInnen, FeministInnen, ÖkologInnen, Müttern der Plaza de Mayo und NGOs. Dasselbe Verantwortungsgefühl können auch die organisierten Kreise in der Türkei entwickeln. Zudem sind die Probleme in der Türkei ineinander verwoben und diese ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen können Chancen zur Massenorganisierung bieten.

„Wer keine neuen Lösungswege nutzt, hat neue Plagen zu erwarten. Denn die Zeit ist am innovativsten." Francis Bacon

Über 30 % der Bevölkerung sind arbeitslos, Tagelöhner oder ungesicherte, nicht registrierte Beschäftigte. Werden sie demokratisch organisiert, so stellen sie einen gewichtigen sozialen Faktor dar. Organisationen für „Blau- oder Weißkragen" [*für die Bereiche Industrie, Öffentlicher Dienst, Dienstleistungen*] schrumpfen und verlieren an gesellschaftlichem Einfluss. Die Bedingungen, die ich an den o. g. Beispielen versucht habe darzustellen, sind unvorteilhafter als die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die das Leben in der Türkei bestimmen. Es können Strategien, Methoden und Programme zur Organisierung entwickelt werden. Das einzige Problem ist, dass die organisierten Kreise, die Gewerkschaften, NGOs und demokratischen Massenorganisationen, die Kampfkraft registrieren müssen, die offenkundig werden wird, wenn der Bereich der Unorganisierten und Arbeitslosen sich organisiert und eine qualitativ höhere Ebene erreicht. Sie müssen Verantwortung übernehmen und das Notwendige unternehmen.

Inwieweit die linke und besonders die proletarische Bewegung die Krise, in der sie sich befindet, überwinden wird, hängt stark davon ab, inwieweit sie ein Verständnis von der Wahrnehmung und Bewertung der neuen ArbeiterInnenbewegung entwickelt. Die unorganisierten und erwerbslosen ArbeiterInnen bilden die grundlegende Dynamik der noch nicht von Staat oder Kapital vereinnahmten neuen öffentlichen Bereiche. Wenn sich die organisierte Zivilgesellschaft bei ihrer Institutionalisierung auf diese Schichten konzentriert, kann sie sich entfalten. Die Links- und ArbeiterInnenfront kann ihren Platz auf der politischen Bühne nur einnehmen durch die Wahrnehmung und Umsetzung dieser neuen Situation. Die Linkskoalitionen innerhalb der Gewerkschaften sollten aus ihrer diplomatischen Haltung herausschlüpfen und sich der Verantwortung stellen, das Problem als gleichrangig zu behandeln, und es so bald wie möglich thematisieren.

Der 1. Mai sollte weltweit und in der Türkei in seiner grundlegenden Dynamik, mit seinen Kampfargumenten und dem Umfang seiner Aktionen dieser Realität begegnen, vor allem seine fundamentalen Motive wie Einheit, Solidarität und Kampf dadurch bereichern. Die ungelösten Probleme in der Türkei, die das soziale, politische und wirtschaftliche Leben bestimmen, haben auf der Agenda des 1. Mai zu stehen. Besonders im Hinblick auf die jüngsten chauvinistischen Angriffe, die darauf abzielen, dass die Volksgruppen sich gegenseitig erwürgen, muss das Prinzip der Geschwisterlichkeit der Völker gelten. Am 1. Mai sollten Gleichheit, Freiheit, Geschwisterlichkeit und ein würdevoller Frieden vorrangig thematisiert sowie die während Newroz von kurdischer Seite entwickelte Atmosphäre des Friedens und der Geschwisterlichkeit gefestigt werden. Damit der Wille Raum greift, die Lösung der kurdischen Frage in einer friedlichen Atmosphäre mit demokratischen Mitteln zu ermöglichen. ♦

* KESK (Konföderation von Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst)

Neoabsolutistische Herrschaft rechtsfreier Räume und exekutiver Räumungen im Recht

Der terroristische Anti-Terror

Professor Dr. Wolf-Dieter Narr

Gloster: What, think you, we are Turks or infidels?
Or, that we would against the form of law,
Proceed thus raschly in the villain´ s death,
But the extreme peril of the case,
The peace of England, and our person´s saftey,
Enforc´d us to this execution?

(Was denkt Ihr, wir sei´n Türken oder Heiden?
Und würden, wider alle Form des Rechts,
So rasch verfahren mit des Schurken Tod,
Wo nicht die dringende Gefahr des Falls,
Der Frieden Englands, uns´re Sicherheit
Uns diese Hinrichtung hätt´ abgenötigt?)
Shakespeare:
Richard III. Act III, Scene V

A. Ausnahmezustand und Norm – ein dauernder Zusammenhang

(1) Wie viel hat sich seit Richard III. und Shakespeares schon historischem Stück absoluter, in einer Person verkörperter Herrschaftsgier während der Morgendämmerung europäisch-angelsächsischer Moderne fast allumfassend verändert?! Der Zeiten Bruch ist ungeheuer. Seitdem wurde der „Verfassungsstaat der Neuzeit" installiert. Gesatztes Recht begrenzte, ja verhinderte alle herrschaftswilde Willkür. Die *Magna Charta Libertatum* in der allen anderen europäischen Vor- und Frühstaaten vorauseilenden Entwicklung Englands markiert schon 1215 noch feudal bestimmte Grenzen königlichen Anspruchs. Das aufkommende, bald via sich kapitalisierender Ökonomie hegemonial werdende Bürgertum sorgte dafür, dass die *arcana imperii*, die undurchsichtige Eingriffsvollmacht spätabsolutistischer Herrn (und seltener Damen), ihrer feudalbürokratischen und militärischen Herrschaftsgründe rechtlich gelichtet und berechenbar vertäut wurden. Die allgemein verbindlichen Regeln, Gesetze, wenn nicht von, so doch mit Zustimmung des legislativ vertretenen Bürgertums erlassen (von der sehr allmählich von der Bevölkerung insgesamt gewählten Legislative), sollten dafür sorgen, dass die bürgerlichen Interessenten frei untereinander konkurrierend, ihres Besitzes und ihres wachsenden Eigentums gewiss, verkehren konnten. Damit solche Rechtssicherheit erreicht werden konnte, war es nicht nur erforderlich, dass nur aufgrund eines in der Regel verfassungsgemäß zustande gekommenen Gesetzes in bürgerliche Belange eingegriffen werden durfte. Diese Rechte bzw. Gesetze mussten auch klar und deutlich formuliert sein, damit der Raum ihrer Interpretation eng bleibe. Sie mussten klar fasslichen Sachverhalten und Belangen gelten, die prinzipiell allgemein sichtbar, in jedem Fall nachweisbar waren. Sowohl Regelverstöße gegen allgemein verbindliches, die etablierten Herrschaftsorgane einbeziehendes Recht als auch mögliche Sanktionen gegen einzelne oder Gruppen von Bürgern (erst seit dem 20. Jahrhundert Bürgerinnen) mussten von jedermann gewusst und kalkuliert werden können. Recht in diesem Sinne spielte die sachliche Rolle des Igels. Es war immer schon da, bevor rechtswidrige oder rechtlich zulässige Eingriffe erfolgen konnten. So jedenfalls das allgemeine Bezugsideal bürgerlichen Rechtsstaats oder angelsächsisch der *rule of law* samt des *due process of law* (vgl. Franz L. Neumann 1980).

(2) Selbst zu den raren Blütezeiten liberalen = (klassen-)bürgerlichen Rechts- und Verfassungsstaats besaß dessen Normalität (= der Herrschaft allgemeiner, im demokratischen Konsens verabschiedeter und angewandter Normen) einen Fetischcharakter. Dieser ließ immer bestehende Grenzen des liberalen Rechtsstaats – um einmal mit dem deutschen Kürzel zu arbeiten – billigend in Kauf nehmen. Darum wurde nach nötigen Neuerungen bis heute nicht gesucht. Wie könnte die Realverfassung eines seit dem Vorbild der Französischen Revolution mehr und mehr zum Nationalstaat gehäuteten Landes die Geltungsgrenzen des Rechts und seine neualten Gefahren meistern?
a. An erster Stelle ist der Doppelcharakter alles staatlich gesatzten modernen Rechts zu nennen. Modernes Recht ist nicht zu verwechseln mit vormodernen customs, die teilweise in der Moderne untergründig weitergelten (Stanley Diamond 1974), den Verfahrensformen der „moral economy" (E.P. Thompson 1993) oder den „ungeschriebenen Gesetzen", die schon in Sophokles´ Antigone politisch plastisch vorgestellt worden sind. Im Fall des geltenden liberal demokratischen Verfassungsstaats wird das Recht von der aufgrund allgemeiner Wahlen bestellten Legislative gesetzt. Dieser Vorgang macht es demokratisch legitim. Allgemein verbindlich

wird es jedoch erst dadurch, dass es gegen abweichendes oder widerstrebendes Verhalten mit Zwang durchgesetzt wird. Recht und Zwang bilden siamesische Zwillinge. Der Zwang wird durch das „Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit" geübt. Das eignet der Exekutive des modernen Staates. Dieses Monopol gilt angesichts der vermittelt oder direkt durch Wahlen zustande gekommenen Exekutive und infolge seiner Bindung ans Gesetz gleichfalls als demokratisch und rechtsgebunden legitim. Das gewaltabhängige Recht hat jedoch zur Folge: dass Rechtssetzung immer mit der Rechtsdurchsetzung gekoppelt ist. Die Art der Rechtsdurchsetzung durch die staatlich organisierte Gewalt entscheidet also über das, was rechtlich der Fall ist (s. Benjamin 1966; s. Narr 2005). Recht ist also immer gewaltdurchwachsen. Ist aber Gewalt immer rechtsbegründet, ist sie rechtlich zu bändigen? Was besagt es für die Eigenart des Rechts, wenn ihm immer Gewalt unterliegt? Staatsgesatztes Recht darf nicht mit Gerechtigkeit assoziiert werden. Das geschieht legitimationstäuscherisch und projektiv allzu oft.

b. Was kommt zuerst, Recht oder Gewalt? Genetisch und funktional beschuht sich in Verfassungsstaaten staatliche Gewalt mit rechtlichen Formen. Das staatliche Gewaltmonopol und seine Sicherung kommt aber zuerst und steht an erster Stelle. Die politische Exekutive nimmt darum im Rahmen aller Gewaltenteilung eine herausragende Stellung ein. Diese nimmt zu, wie staatliche Regelungen die gesamte Gesellschaft durchdrungen haben und bürokratisch im Alltag durchgesetzt werden. Nicht die Legislative, noch weniger die Bürger legen das Recht aus. Es wird bürokratisch ausgelegt, indem es praktiziert wird. Richterliche Kontrolle bleibt wichtig. Sie erfolgt aber bestenfalls punktuell. Sie kommt meist zu spät. Indem der Staat und seine Repräsentanten zuerst der raison d´état folgen und seine aktuell herrschende Existenz sichern, steht all das, was den Rechtsstaat und die Bürgerrechte ansonsten ausmacht, unter dem Vorbehalt staatlicher Existenz. Wird von Repräsentanten staatlicher Exekutive und der um sie geballten Interessen angenommen, „der Staat" sei „in Gefahr", gerät das fragile Gebilde „Rechtsstaat" in Zonen des Ausnahmezustandes. Dann werden sonstige Rechte aufgehoben, um die gewaltmonopolige Voraussetzung der Rechte zu sichern. Der Ausnahmezustand als Unterströmung des Rechtsstaats wird im Zusammenhang der unmittelbaren Einrichtungen des staatlichen Gewaltmonopols, von Militär und Polizei, seinen Funktionen äußerer und innerer Sicherheit und deren akuter Wahrnehmung dynamisch. Wie in Kriegs- und Kriegsvorbereitungsfällen, so in Fällen als akut oder permanent bedroht angesehener innerer Sicherheit werden gängige Rechte suspendiert oder werden sie so extensiv im Sinne der Sicherung des Monopols durch das Gewaltmonopol ausgelegt, dass mit Hilfe der Sicherung ersatzweise die fehlende Rechtslegitimation eingeholt wird. Der als Chance und Voraussetzung dauernd am Rand des Rechtsstaats bestehende Ausnahmezustand wird in Nationalstaaten dort täglich aktuell, wo Nichtbürgerinnen, wo „Staatsfremde" allen menschenrechtlichen Bekenntnissen zum Trotz als Personen minderen Rechts behandelt, wörtlich ausgebürgert, repressiv 'ein-gelagert' oder gewaltsam abgeschoben werden.

B. Normierungen des dynamischen Ausnahmezustands

(1) Die zerbrechlichen, immer prekären, Menschen bewahrenden Fortschritte des Rechtsstaats (rule of law) sind dennoch nicht zynisch beiseite zu wischen, so sumpfig das Gelände der Rechtssicherheit für die in verschiedenen Sicherheitsklassen lebenden BürgerInnen ist. Ähnliches trifft für die Grund- und Menschenrechte als dem substantiellen Bezug allen ansonsten inhuman, vor allem klassenteilerisch und ausgrenzend möglichen Rechts zu. Die „Nürnberger Gesetze" (die Rassengesetze des nationalsozialistischen Deutschlands von 1935) waren Recht im formellen Sinne! Ohne substantiellen menschenrechtlichen Bezug können nahezu alle Inhalte in die Form des Rechts gefüllt werden. Der menschenrechtliche Bezug bleibt selbst dann wichtig, wenn die Menschenrechte ohne zureichende ökonomischsoziale Basis und ohne die nötigen soziopolitischen Konsequenzen vertreten werden (darum war und bleibt Marx´ Kritik richtig). Dies gilt weithin für die westwärts als europäisch/angelsächsische Leistungen verkündeten Menschenrechte. Darum lohnt der Kampf um menschenrechtliche Verfassungs- und spezi-



Überfahrt nach Imrali — Foto: Özgür Politika

alrechtliche Positionen, so sisyphosgleich er stattfindet.

(2) Mehrere neuerlich sich zuspitzende Entwicklungen tragen dazu bei, dass dort, wo dies überhaupt der Fall ist, innerstaatliche und zwischenstaatlich-völkerrechtliche Rechtspositionen subversiv, subversiver, am subversivsten zerbröckelt und zerbröselt werden. Sie versammeln sich alle unter dem Dach der kapitalistisch-technologisch vor sich gehenden Globalisierung: dem Wachstumsimperialismus der großen Kapitale und ihrer Heimstaaten; der verschärften Konkurrenz, die die einzelnen Gesellschaften durchdringt und nicht nur in Sachen Ressourcen und deren Knappheit gegeneinander setzt; der alten, neu sich zuspitzenden Formen der Ungleichheit in den Gesellschaften und zwischen denselben, vor allem den kapitalistischen Altstaaten und den sehr verschieden potenzierten Neuankömmlingen. Eine Reihe bald mehr, meist weniger metaphorisch verständlicher Kriege findet statt: der Kriege im Wachstum und ums Wachstum; der Kriege um Innovationen und ihre eigentümerische Nutzung; der Kriege um Ressourcen u. ä. m. Gewaltäußerungen und Gewaltkosten, Verelendung, Verslumung (s. exemplarisch Davis 2006), Gesellschafts- und Umweltzerstörung ereignen sich, erneut weltweit Konkurrenz und ungleiche Be- bzw. Missachtung von Menschen zeugend. Darum nehmen dort, wo die Nationalstaaten das herkömmlich kapitalmächtig können, Sicherungen kapitalistischer Freiräume und Akkumulationen verschiedener Stufen globalwärts zu.



Festnahme in Van Foto: DIHA

Das ist der nicht einmal skizzenhaft ausführbare Hintergrund, vor dem der Terror und der Krieg gegen den Terrorismus insbesondere seit dem 11. September 2001 toben. Kriege schaffen Ausnahmezustände. Nun werden sie, und das nicht nur als Krieg gegen den Terrorismus, Bush-, NATO- und staatenweltweit verkündet, China und Russland einbeziehend, nun werden sie zur Regel. Gegen Feinde, die variabel neu bestimmt werden können. Gegen Feinde „innen" und „außen". Darum verschlingen sich die äußeren und inneren Sicherungsmaßnahmen und -einsätze. An die Stelle lange als modern behaupteter Ausdifferenzierungen treten Entdifferenzierungen vielfacher Art. Herkömmliche Bürger- und Menschen-Rechte werden nach Maßgabe dauernder Gefahren nach außen „anderen", Fremden gegenüber ohnehin missachtet. Sie werden jedoch nach ihnen gleicherweise aufgehoben: sprich der Form nach bewahrt, jedoch unbegrenzt ausgelegt, von der Perspektive terroristischer Gefahren herrschaftsgeleitet. Menschenrechte, so schallt es in wachsenden Sirenengesängen der Sicherheit, sollen nur noch für die Menschen gelten, die sie selbst praktizieren (was immer das im einzelnen heißen und wer immer das beurteilen mag). Folter wird darum zur Norm der Not. Die „supreme emergency", philosophisch fahrlässig schon vor Jahren und Jahrzehnten erwogen, die selbstredend die staatliche Exekutive und allen voran an erster Stelle der Präsident der Vereinigten Staaten in seiner executive power bestimmen, rechtfertigt die Norm(ierung) des Ausnahmezustands mit beliebigem Terrorismusbegriff ohne erkenntliche Grenzen und ohne bekanntes Ende. Richard III. ist globalisiert System geworden (Malcolm Bull 2006).

C. Guantánamo, Imrali und die örtlichen Menschenunorte als Spiegel der (herrschenden) USA, der nationalstaatlich verblendeten (türkischen) Türkei, vieler anderer Staaten und gleichfalls der BRD

Wenn global diffuse Gefahren von überall her zu jeder Zeit als unmittelbare Drohung unterstellt werden, dann ist kein Rechtshalten mehr. Das ist das, was in den USA und weit über die USA hinaus spätestens seit dem 11.9. regierungsamtlich behauptet wird. Darum regiert der Ausnahmezustand. Er wird zur Norm. Diese wird zur Gewohnheit. Entsprechend wird geltendes Recht uminterpretiert, ausgehebelt oder werden Zonen geschaffen, in denen der Rechtsstaat sich selbst entflieht, „rechtsfreie Räume". Blickt man genau, dann erliegt man nicht dem Irrtum, das menschen- und bürgerrechtlich Ungeheuerliche, ja das Menschenmordende und menschliche Behausungen Verwüstende habe erst mit der Bush-Administration 2001 begonnen und ließe sich als unangemessene Reaktion auf den 11.9. verstehen. Als müsse nur ein anderer Präsident gewählt werden, dann kämen die USA und die von ihr beeinflusste Welt wieder in „Rechts-Ordnung". Um diesem Missverständnis zu wehren, habe ich historisch-staatssystematisch ein wenig ausgeholt. Allerdings ist die weitere Lockerung der Rechtsschraube staatlicher Gewalt bis hin zum 'ewig' sich drehenden Gewinde im ersten laufenden Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts nicht zu verkennen. Wer zählt die Daten, nennt die mörderischen Taten, die menschenrechtsverletzend zusammenkommen. Angesichts des toten- und zerstörungsvoll weiter glostenden Kriegs der USA und ihrer mitlügenden Verbündeten gegen die erfundenen Massenvernichtungswaffen wird leichtfertig, etwa bundesdeutsch rationalisierend, der „siegreiche" Angriffs-Krieg der NATO 2001 gegen Afghanistan vergessen, des-

sen humane Kosten seine Betreiber und Unterstützer anklagen. Außerdem werden andere menschenrechtswidrige Schauerplätze einäugig übersehen: die Einrichtung von Lagern innerhalb und außerhalb europäischer Staaten für Asyl-Suchende und Flüchtlinge; Lampedusa und andere Küstenorte am europäisch besetzten Mittelmeer, an denen afrikanische Flüchtlinge jämmerlich ertrinken. Militärisch geschützte Anschläge gegen die kurdische Minderheit in der Türkei. Semdinli am 9.11.2005 nur ein Fall unter vielen ... Die Reihe der Menschenrechtsverletzungen ließe sich fast beliebig fortsetzen. Sie zeigt, dass Menschenrechte, internationales Recht und innerstaatliche Bürgerrechte nur so lange gelten, wie sie herrschaftsbequem sind.

Einige Kennzeichen der geradezu globalen Willkür im Umgang mit Menschenrechten und bürgerbezogenen rechtsstaatlichen Sicherungen seien grob zusammengefasst:

I. Die Verletzungsskala hebt an mit dem Herrschaftskunstgriff, rechtsfreie Räume wie das selbst aus der Militärjustiz herausgenommene und abgesonderte Guantánamo oder Imrali zu schaffen, den insularen Ort, an dem allein der widerrechtlich gefangen genommene PKK-Führer Öcalan unter nur für ihn geltenden Isolationsbedingungen inhaftiert ist. In der BRD zählen hierzu in Flughäfen, Frankfurt/M vor allem, abgesperrte Räume, in denen Asylsuchende traktiert werden, als seien sie noch nicht gelandet. Von den rechtsexempten Räumen, herrschaftstotalitären Aus- und Einlagerungen, wird die Gleitfläche von rechtswidrigem Staatsverhalten unterbrochen. Indem wie in den USA mit Hilfe der angeblichen executive power des Präsidenten die eigenen Bürger informationellen Willkürkontrollen durch die National Security Agency unterworfen werden (vgl. Curtis Bradley et al. 2006). Oder indem, wie in der Türkei, zugestandene Bürgerrechte und Rechtsverfahren unter EU-Druck nicht wahrgenommen und von den herkömmlichen militärisch untermalten Strafnormen und Strafverfahren ausgehebelt werden, erneut vor allem dann, wenn es Mitglieder der kollektiven kurdischen Minderheit betrifft. Rechtswidrigem Regierungshandeln folgen in breitem Ermessen bis in die Gerichte hinein ausgelegte Gesetze, die nur aus Lücken zu bestehen scheinen, um sie exekutiv unter dem Schein des Rechts zu nutzen. Die Skala menschen- und bürger-, selbstbredend darauf bezogener völkerrechtlicher Verletzungen endet damit, neue gesetzliche Formen so lose zu knüpfen, dass Entrechtlichung in den Formen des Rechts auf dem Stöckelschuh der Legitimation einherstolziert.

> Rechtswidrigem Regierungshandeln folgen in breitem Ermessen bis in die Gerichte hinein ausgelegte Gesetze, die nur aus Lücken zu bestehen scheinen, um sie exekutiv unter dem Schein des Rechts zu nutzen.

II. Die substantielle und die formelle Entrechtlichung des Rechts, immer wieder praktiziert, stellt das größte Rechtsopfer und die in ihm enthaltenen Menschenrechtsopfer des „Kriegs gegen den Terrorismus“ dar. Betrachtet man den USA Patriot Act, die deutschen Anti-Terrorgesetze, die vorbereitet fast schlagartig nach dem 11.9. bei indolentem Parlament verabschiedet worden sind, betrachtet man die britischen, die französischen und viele analogen Vorgänge, dann wird die Durchlöcherung des Rechts in den äußeren Formen des Rechts als die ärgste List und Lüge der Herrschaft einsichtig. Der Ausnahmezustand wird zur Norm, wird zum Gesetz. Das Gesetz aber wird legitimatorisch umstrahlt. Wer wollte zum willkürlichen Rechtsbrecher werden, obwohl Willkür Recht geworden ist?!

III. Der Antiterrorismus legte eine globale Daunendecke der Legitimation über alle möglichen staatlichen Repressionen. Der russische Krieg in Tschetschenien ist kein Problem mehr. Die chinesische Regierung kann, als handele es sich um potentielle Terroristen, ihre Minderheitenprobleme repressiv lösen. Zuvor allgemein abgelehnte Menschenrechtsverletzungen wie Folter werden unter Gefahren als möglich erachtet.

IV. Imrali, der Umgang des türkischen Staates mit Öcalan und der sogenannten kurdischen Frage spiegeln die herrschende menschenrechtliche Indolenz wider. Nicht nur die des türkischen, ethnisch bornierten Nationalstaates auf immer noch starker militärischer Grundlage, dessen Repräsentanten zur eigenen Relativierung trotz mancher Rechtszugaben immer noch nicht in der Lage sind. Freilich: Die gesamte EU, deren Mitgliedschaft die Türkei erstrebt und die darum in Richtung eines liberaldemokratischen Rechtsstaats auf diese einwirken soll, verfügt nicht einmal im Ansatz über ein kollektives, menschenrechtlich notwendiges Minderheitenrecht.

Richard III. ist fern und nah. Das Vorurteil gegen Türken und Ungläubige, das die erste Verszeile des vorangestellten Mottos äußert, ist längst zum Urteil über die ach so „christlichen“ europäisch angelsächsischen Staaten der Gegenwart geworden. Sie brechen das Menschenrecht, wenn es ihren herrschaftlichen Interessen nicht dient. Ausnahmezustand und Norm. Gesatztes Recht würde menschenrechtsgemäß erst dann, wenn ihm nicht mehr die überlegene Staatsgewalt unterläge, sondern es das Recht einer wahrhaften demokratischen Gesellschaft mit zentralem Schutz der Minderheiten wäre. Für diejenigen aber, die den Kampf um die Menschenrechte individuell und kollektiv unermüdlich führen, gilt: Sie müssen Mittel scheuen, die ihre Ziele zerstören: an erster Stelle Gewalt. Gerade darum richtet sich gegen staatliche Gewalt und ihre menschen- und bürgerrechtswidrigen Geheimdienste ihre unerschöpfliche Kritik. ♦

Benjamin, Walter, 1966: Zur Kritik der Gewalt, in: ders.: Angelus Novus, Frankfurt/M., S. 42-66.

Bradley, Curtis, et al., 2006: On NSA Spying: A Letter to Congress, in: New York Review of Books, Feb. 9 2006, S. 42-44.

Davis, Mike, 2006: A Planet of Slums, London.

Diamond, Stanley, 1974: The Rule of Law versus the Order of Custom, in: ders.: In search of the Primitive, S. 255-280, New Jersey.

Narr, Wolf-Dieter, 2005: Staatsgewalt. Politisch-soziologische Entbergungen, in: Balibar, E., et al.: Gewalt Verhältnisse. Das Argument-Buch, Hamburg.

Neumann, Franz, 1980: Die Herrschaft des Gesetzes, Frankfurt/M.

Thompson, E.P., 1993: Customs in Common, New York.

Patenschaften für Schulkinder in Diyarbakir

Wir versorgen 30 Flüchtlingskinder ...

Interview mit Dieter Balle, Journalist

Der Verein *Flüchtlingskinder Diyarbakir e. V.* besteht seit dem Sommer 2004 und ist ein Zusammenschluss von nicht parteigebundenen Menschen. Als humanitärer Verein arbeitet er ohne Profit und rein ehrenamtlich, ebenso wie die Partnerorganisationen in der Türkei.
Das Projekt wird vor Ort koordiniert und mitgetragen von Göc-Der, dem Selbsthilfeverein der Flüchtlinge, sowie der dortigen Lehrergewerkschaft Egitim-Sen, eine Schwesterorganisation der GEW. Dadurch kommen alle Spendengelder ohne bürokratische Umwege direkt den Kindern zugute.

Woher kam die Idee zur Gründung eines Vereins für Flüchtlingskinder in Diyarbakir?

Ich reise seit 20 Jahren in die Türkei und nach Kurdistan. 10 Jahre lang habe ich Berichte über Kurdistan und über die Kurden für die *Frankfurter Rundschau* und verschiedene deutsche Zeitungen geschrieben. In den Jahren habe ich viele Kurden und Flüchtlinge, die ihre Dörfer verlassen mussten und vertrieben worden sind, kennen gelernt.

Von GÖC-DER (Selbsthilfeverein der Flüchtlinge) erfuhr ich von den vielen kurdischen Menschen, die aus ihren Dörfern in die türkischen Metropolen und Großstädte vertrieben worden sind. In dessen Folge gibt es finanzielle Probleme und Arbeitslosigkeit. Die Mehrheit der Flüchtlingsfamilien sind nach Diyarbakir gewandert und leben nun in Armut und handfester materieller Not.

Ich erfuhr auch, dass viele Kinder dieser Familien nicht in die Schulen gehen können, da sie finanziell nicht in der Lage sind, Schuluniform und Schulmaterialien zu kaufen. Eine große Anzahl der Flüchtlingskinder – laut einer Statistik von GÖC-DER 46 % – können nicht lesen und schreiben. Um dieses Problem zu besprechen, kamen Menschen aus Karlsruhe und Umgebung zusammen und wir überlegten uns, wie wir diesen Kindern helfen könnten. Als Allererstes mussten wir einen Verein gründen, damit es auch offiziell ist.

Welche Vorbereitungen gab es für die Vereinsgründung?

Wir suchten zunächst EGITIM-SEN und GÖC-DER auf und stellten unser Projekt vor. Sie waren sofort für eine Zusammenarbeit bereit, da sie es für nötig erachteten. Die konkrete Zusammenarbeit erfolgt mehr mit EGITIM-SEN, da sie mehr Kontakt mit den Flüchtlingskindern in den Schulen haben.

In Diyarbakir werden nun Kinder, die gerne in die Schule gehen, jeden Monat mit Schulsachen, Schuluniformen, Heften und Kleidern unterstützt. Die Verteilung übernehmen drei Lehrer, die dafür Geld von uns überwiesen bekommen.

Jeden Monat wird uns darüber Bericht erstattet, was die Lehrer verteilt und welche Beträge die Kinder erhalten haben.

Wie kontrollieren Sie die ordnungsgemäße Verteilung der Spenden, die Sie diesen Kindern zugute kommen lassen?

Wir fahren jedes Jahr nach Diyarbakir und führen selbstverständlich Gespräche mit den Flüchtlingsfamilien und auch mit GÖC-DER und EGITIM-SEN. Ich besuche auch die Kinder in den Schulen und erkundige mich, ob sie damit zufrieden sind. Bis jetzt hat sich keine Familie, die in diesem Projekt ist, beschwert. Leider sind es an den Schulen von Seyrantepe und Aziziye 90 bis 100 Schüler, die Flüchtlinge sind. Der Betrag unserer Spenden liegt bei 500 bis 700 Euro im Monat, die wir direkt überweisen.

Wie viele Mitglieder fördern dieses Projekt?

Zur Zeit sind es 20 Mitglieder, die ihren Betrag regelmäßig überweisen. Wir versorgen 30 Flüchtlingskinder in diesem Projekt, die zu den ärmsten Flüchtlingskindern in Diyarbakir gehören. Wir haben das Ziel, diesen Kindern eine gute Zukunft zu garantieren. Wir wollen das Analphabetentum bekämpfen, indem wir diesen Kindern helfen und durch unsere Spenden ihre Hefte, Schulsachen etc. kaufen.

Haben Sie von anderen Organisationen und deutschen Vereinen eine Unterstützung bekommen?

Bis jetzt wurden wir leider nicht unterstützt. Demnächst werden wir unser Projekt der Europäischen Union vorstellen. Ein Freund von der Links-

partei.PDS, Tobias Pflüger, wird versuchen diese Vorstellung zu ermöglichen.

Werden Sie dieses Projekt auch in anderen deutschen Städten vorstellen?

Unser Freundeskreis aus Hamburg fand dieses Projekt sehr nützlich und möchte das gleiche Projekt in Sirnak durchführen. Dadurch werden die Flüchtlingskinder in Sirnak die Schule besuchen können. In Hamburg soll jetzt für die Flüchtlingskinder in Sirnak ein Verein gegründet werden. (s. u.)

Stehen Sie in Kontakt mit der Stadtverwaltung in Diyarbakir?

Ja, wir haben das Projekt schon zu Beginn dort vorgestellt und sie fanden es auch sehr gut.

Wie werden Sie von den Flüchtlingsfamilien aufgenommen, wenn Sie in Diyarbakir sind?

Wir werden sehr herzlich und freundlich aufgenommen. Sie bitten dann oft um eine größere Unterstützung durch uns, da sie finanziell sehr schlecht gestellt sind. Leider können wir nicht größere Beträge schicken, da wir begrenzte Mitgliederbeiträge haben.

Wir werden gemeinsam das Neujahrsfest Newroz in Diyarbakir feiern, da wir zu dieser Zeit auch dort sind

Sie arbeiteten 10 Jahre als Journalist. Für welche Zeitungen?

10 Jahre war ich als Journalist für die *Frankfurter Rundschau* tätig. Als die SPD die Zeitung gekauft hat, haben sie mich entlassen, weil sie die Realität der schlimmen Lage in Kurdistan nicht direkt in der Zeitung veröffentlichen wollten. An meine Stelle wurde Gerd Höhler gesetzt. Dieser sendet nun Berichte über Kurdistan und die kurdische Lage an die *Frankfurter Rundschau*. Aber wie kann ein Journalist, der in Griechenland wohnhaft ist, über die Situation in Kurdistan Bescheid wissen und darüber berichten? Dies verstehe ich überhaupt nicht. Seit meiner Entlassung arbeite ich für das *Neue Deutschland*. Die *Frankfurter Rundschau* ist wie die türkischen Zeitungen und Medien, sie wollen die Realität der kurdischen Situation nicht sehen und davon nichts wissen.

Sie besuchen seit 20 Jahren Kurdistan. Was hat bei Ihnen am meisten Eindruck hinterlassen?

In Kurdistan habe ich sehr viel erlebt, ich wüsste gar nicht, was ich da erwähnen sollte. Oh doch, bei einem Vorfall im August 1992 war ich sehr beeindruckt von einer Situation. Ich bin von Deutschland nach Istanbul geflogen und mit der Bahn weiter nach Diyarbakir gereist. Als ich dort angekommen bin, habe ich den Radiosender *Deutsche Welle* empfangen und es wurde berichtet, dass die Angriffe der PKK in Sirnak noch andauern würden. In diesem Augenblick habe ich einen Taxifahrer nach diesen Auseinandersetzungen gefragt. Er sagte nur: „Nein, das stimmt nicht, Sirnak wird von der türkischen Armee bombardiert.“ Ich war sehr verwundert und bin gleich dorthin gereist. Sirnak war von den Soldaten umstellt. Keiner durfte die Stadt betreten. Auch ich als Journalist bin nicht reingekommen. Ich habe mit den Kurden dort gesprochen und diese sagten, dass die Stadt vom Staat mit Panzern, Raketen und anderen Waffen bombardiert wird.

Wurde Ihnen als Journalist nicht erlaubt Sirnak zu betreten?

Keiner durfte rein. Mit einer Menschenrechtsdelegation konnte ich später in die Stadt. Was ich dann gesehen habe, hat mich geschockt. Die Hälfte der Bevölkerung war weg, davongelaufen. Überall waren Soldaten. Die von Deutschland gelieferten Leopard-Panzer und Waffen hatten alle Häuser beschädigt.

Ich habe die deutschen Panzer damals fotografiert. All dies habe ich recherchiert und mein Artikel darüber ist in der *Frankfurter Rundschau* erschienen.

Danach bin ich nach Diyarbakir weitergereist. Die Krankenhäuser waren voll mit Verletzten und Toten. In Gesprächen mit den Menschen, viele davon waren Kinder und Frauen, ist mir bewusst geworden, dass nicht die PKK dort war, sondern dass die Regierung die Bevölkerung der Stadt Sirnak auf einen Schlag loswerden wollte. Die deutschen Medien haben dann wie die türkischen Medien berichtet, dass die PKK die Stadt bombardiert hat.

100 Menschen sind damals ums Leben gekommen und 25 000 mussten Sirnak verlassen. Ich als Deutscher habe den Schmerz des kurdischen Volkes gespürt und ich lebe immer noch damit.

Was sind die zukünftigen Ziele Ihrer Arbeit?

Wie ich schon erwähnte, sind wir nur ein kleines Projekt. Wir möchten in Zukunft in vielen Städten Kurdistans den Kindern aus Flüchtlingsfamilien helfen. Unsere Arbeit läuft in diese Richtung. Unsere weiteren Ziele sind es, die Mitgliederzahl unseres Vereins zu erhöhen und eine Förderung durch die EU zu erreichen, woran wir auch schon arbeiten. ♦

Patenschaften für Schulkinder in Diyarbakir

Kontaktadresse:

Flüchtlingskinder Diyarbakir e. V.
Grenzstr. 35
76448 Durmersheim
Tel. / Fax 07245/81 38 3
E-mail: Dieter.Balle@t-online.de

Spendenkonto:
Postbank Stuttgart
Konto-Nr. 30705-703
BLZ 600 100 70

Flüchtlingskinder Diyarbakir e. V. ist als gemeinnützig anerkannter Verein berechtigt, Spendenbescheinigungen auszustellen.

In **Hamburg** wird im Mai 2006 der Verein **Flüchtlingskinder Sirnak e.V.** gegründet.
Kontakt unter:
E-mail: Arndt-Pastor@t-online.de

Lasst uns nicht unsere Kinder, sondern die Waffen begraben!

Weiße Kopftücher als Symbol des Friedens

Selbstdarstellung der Friedensmütter aus Kurdistan und der Türkei

Seit 1999 haben sich Mütter in Kurdistan und der Türkei zusammgeschlossen, um für den Frieden einzutreten. Als „Initiative Mütter für den Frieden" – „Baris Anneleri Insiyatifi" treten sie seitdem für Frieden ein. Mit diesem Bericht möchten wir die Geschichte, die Forderungen und Ziele der Initiative vorstellen.

Viele Völker dieser Erde sind im staatlichen Interesse von Vernichtung und Verleugnung betroffen. Es finden Massaker statt, die unsere Welt in einen See aus Blut verwandeln. Durch gewalttätige Auseinandersetzungen und Massaker haben viele junge und alte Menschen, Frauen und Männer ihr Leben verloren. Die Gewaltakte in Palästina, Israel, Afghanistan, im Irak und in der Türkei sind eine blutende Wunde der ganzen Menschheit. Am stärksten sind davon Frauen betroffen. Überall, wo blutige Konflikte herrschen, sind Frauen – ob jung oder alt – sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen ausgesetzt. Mütter verlieren ihre Söhne und Töchter. Auch bei uns findet großes Leid statt, auch die kurdische Frage ist seit achtzig Jahren eine blutende Wunde der Menschheit. Kurden haben Massaker und Vertreibungen erlebt. Jahrelang hat der Ausnahmezustand in den Gebieten, in denen mehrheitlich Kurden leben, geherrscht. Dörfer wurden niedergebrannt, entvölkert. Es wurde gefoltert, es fanden Tausende extralegale Hinrichtungen statt. Über 30 000 Menschen – Türken und Kurden – haben ihr Leben verloren. Die Zeit der gewalttätigen Auseinandersetzungen dauert bis heute an. Wir sind zu Menschen geworden, die das Lachen vergessen haben, verschlossen sind und sich selbst nicht wiedererkennen.

Als Ergebnis falscher staatlicher Politik haben die Menschen dieser Gegend Leid erfahren müssen, das sich nur schwer beschreiben lässt. Wir wollen diesen Verlauf von Tausenden Jahren stoppen, in denen die Versuche der Völker und Gemeinschaften, gemeinsam zu leben, den Interessen der Staaten geopfert wurden. Die Völker wurden zu Feinden gemacht und blutige Auseinandersetzungen geschaffen. Dieser Verlauf wird schon fast als unveränderliches Schicksal dieser Gegend betrachtet. Krieg kann nicht das Schicksal von uns Müttern sein. Frieden, Toleranz, Geschwisterlichkeit, Liebe, Solidarität, Arbeit und Heiligkeit sind Werte, die die Menschheit zuerst in dieser Gegend gelernt hat. Die drei großen Religionen, die Geschwisterlichkeit und Frieden lehren, sind hier entstanden. Wir verfügen über eine sehr reiche Vergangenheit und Kultur. Es gibt eine gemeinsame Vergangenheit eines friedlichen Zusammenlebens verschiedener Gemeinschaften. Es gibt starke Verbindungen, die uns zusammenhalten. Deshalb haben wir uns auf den Weg gemacht, um zunächst unseren eigenen Frieden zu sichern. Diese Region sucht ihren eigenen Frieden. Gemeinsam mit uns suchen viele Länder wie Palästina, Israel, Afghanistan und Irak nach Frieden.

> Wir haben uns in der Sehnsucht nach Frieden und Geschwisterlichkeit auf den Weg gemacht.

Überall auf dieser Welt sind es wir Mütter, die den Schmerz gewalttätiger Konflikte am intensivsten erleben. Schmerz kennt keine Sprache, keine Religion, keine Farbe. Unabhängig von der Identität sind wir Mütter es, die in Kriegen das Wertvollste verlieren, was wir haben: unsere Kinder. Und wir sind es, die am besten wissen, was Krieg bedeutet und wie notwendig Frieden ist. Die Beendigung dieses Leides und die Schaffung eines bleibenden Friedens beginnt mit dem Wissen über die Folgen von Krieg.

Unsere Motivation ist nicht der Hass. Wir haben keine Rachegefühle, weil wir die verloren haben, die uns am wertvollsten waren. Wir haben uns in der Sehnsucht nach Frieden und Geschwisterlichkeit auf den Weg gemacht. In dieser Überzeugung haben 15 Mütter im Jahr 1999 die Initiative „Mütter für den Frieden" gegründet. Wir schlossen uns als kurdische und türkische Mütter zusammen, die als Opfer von Krieg ihre Kinder bei der Guerilla, beim Militär, bei extralegalen Hinrichtungen verloren haben, die von Zwangsvertreibungen und staatlicher Repression betroffen waren und für ihre Kinder eine bessere Zukunft wollten.

Wir haben uns auf den Weg gemacht, damit unserem Schmerz aus Jahrhunderten kein neuer Schmerz zugefügt wird. Damit andere Mütter nicht das gleiche wie wir erfahren müssen – um keine Mütter und Väter zu sein, die jeden Tag mit der gleichen Angst leben müssen, die jeden Tag versuchen, den Tod zu verschieben, wenn ein weiterer

Tag vergangen ist ohne die Nachricht vom Tod eines Kindes. Wir haben uns auf den Weg gemacht, um zu zeigen, dass nur ein wenig gegenseitige Anstrengung vonnöten ist, um zum Frieden zu kommen, und dass Frieden die schönste Sache der Welt ist. Wir haben uns auf den Weg gemacht, weil wir an den Frieden glauben und eine Kultur des Friedens in unserem Land und der ganzen Welt verbreiten wollen.

Als Friedensmütter wenden wir uns an die türkischen Mütter und an alle Mütter auf der Erde: Kommt, reichen wir uns die Hand, unsere Kinder sollen nicht sterben, andere Mütter sollen nicht weinen, stoppen wir den Krieg! Verhindern wir weitere Tragödien! Unser Schmerz ist der gleiche, weben wir gemeinsam den Frieden! Lasst uns nicht unsere Kinder, sondern die Waffen begraben!

Unsere Ziele

Als Friedensmütter wollen wir:

- eine Atmosphäre des Friedens und der Toleranz in der Türkei schaffen, indem wir zwischen dem Staat und der Guerilla eine Vermittlerrolle einnehmen

- eine Rolle in der Beendigung aller Kriege in der Türkei und in der Welt spielen, indem wir die Mütter zusammenbringen, die in den bewaffneten Konflikten auf der Welt ihre Kinder verloren oder anderen Schaden erlitten haben

- eine Kultur des Friedens auf der Welt verbreiten

- ein Netz von Initiativen „Mütter für den Frieden“ aufbauen, das koordiniert arbeitet, indem wir alle Mütter in der Türkei, in Europa und im Mittleren Osten unabhängig von ihrer nationalen Identität zusammenbringen

- gemeinsam mit anderen Kreisen, die überall ihre Forderung nach Beendigung der Kriege zur Sprache bringen, für eine Zukunft unserer Kinder in einer Welt ohne Kriege kämpfen



Die Initiative „Mütter für den Frieden“ Foto: DIHA

Wir wollen eine Kultur des Friedens auf der Welt verbreiten. Friedenskultur ist eine Kultur, die auf den Prinzipien Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Menschenrechte, Toleranz und Solidarität beruht und das Zusammenleben und Teilen unterstützt. Diese Kultur versucht Gewalt zu verhindern, indem sie Meinungsverschiedenheiten auf den Grund geht. Wir glauben daran, dass der Mensch, der Kriege erschafft, auch Frieden erschaffen kann. Um von der Kultur des Krieges zur Kultur des Friedens zu wechseln, muss eine Kultur des Teilens geschaffen werden, die auf den Prinzipien Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Toleranz und Solidarität beruht.

Frauen müssen alle Rechte in Anspruch nehmen können. Zwischen den Menschen müssen neue Formen der Solidarität geschaffen werden. Schulbücher und insbesondere Geschichtsbücher müssen von Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus, Rassismus, Sexismus und Sprengstoffen bereinigt werden. In den Schulbüchern muss der Kultur des Friedens, der Achtung vor dem Individuum und der Solidarität Raum gegeben werden. In den Schulen sollte die Kultur des Friedens Unterrichtsthema werden. Die Schulbücher müssen insgesamt überprüft werden.

In einer Gesellschaft, in der Armut, Hunger, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit, Inflation, Waffenschmuggel, Ausbeutung und Mafia herrschen und Friedensaktivisten verprügelt, verhaftet und gefoltert werden, kann es keine Kultur des Friedens geben. Die Medien in unserem Land behindern heutzutage mit Sendungen, die immer ein Element der Gewalt beinhalten, die Entstehung einer Kultur des Friedens. Massenkommunikationsmittel müssen nach den demokratischen, menschlichen und friedlichen Prinzipien ausgerichtet werden. Dafür müssen unverzüglich gesetzliche Regelungen gefunden werden.

Ungesunde Städte verursachen ungesunde menschliche Beziehungen. Der Schutz natürlicher und historischer Gestaltung der Städte und menschliche Strukturen können einen Beitrag zur Entstehung einer Kultur des Friedens darstellen.

Zivilgesellschaftliche Einrichtungen übernehmen in der Bewahrung des Friedens, in der Lösung gesellschaftlicher Probleme und in Phasen demokratischer Beschlussfassungen eine öffentliche Aufgabe. Ihre Arbeit darf nicht behindert werden. Das Verhalten der Sicherheitskräfte bei gesellschaftlichen Ereignissen hat große Bedeutung für eine Kultur des Friedens in der Gesell-

schaft. Die Zusammensetzung der Sicherheitskräfte aus demokratischen, die Menschenrechte achtenden und ausgebildeten Kräften ist lebenswichtig für eine Kultur des Friedens.

Unsere Tätigkeiten:

- Unsere Arbeit hat mit einem von Diyarbakir ausgehenden langen Marsch am 4. Oktober 1999 begonnen. Diyarbakir war das Zentrum der extralegalen Hinrichtungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen. Zweck dieses Marsches war, von der Stadt aus, in der das ganze Leid stattfindet, in die Hauptstadt Ankara zu fahren, die den Staat repräsentiert, der die Grundlage dieses Leides ausmacht. Dort wollten wir mit dem Ministerpräsidenten, dem Staatspräsidenten und allen staatlichen Vertretern sprechen. Wir wollten als Mütter, die sich aus allen Ecken der Türkei auf den Weg machen, unsere Forderung nach Frieden übermitteln. Auf dem Weg wurden wir in jeder Stadt von großen Menschenmengen empfangen. Alle, die uns sahen, waren sehr bewegt. Sie berührten unsere Busse, als ob diese etwas Heiliges seien. Als wir nach Ankara fuhren, glaubten die Menschen, dass es endlich Frieden geben würde. Diese Aktion weckte Hoffnung bei den Müttern. Leider wurde unsere Initiative ein paar Kilometer vor Ankara gestoppt. Aber unsere Stimme war mit dieser Aktion trotzdem überall in der Türkei zu hören. Damit gewann unsere Arbeit an Tempo. Überall in der Türkei beantragten Mütter die Mitgliedschaft in unserer Initiative.

- Wir haben viele Presseerklärungen abgegeben, in denen wir antidemokratisches Vorgehen in der Türkei und auf der Welt verurteilt haben.

- Um die im Nordirak stattfindenden Kriegshandlungen zwischen PKK und PUK zu stoppen, haben wir im Jahr 2000 zu fünft die Vertretungen von PUK und KDP in Ankara besucht. Daraufhin wurden wir von der KDP in den Nordirak eingeladen. Wir wurden von den Fraueninstitutionen der KDP empfangen. Im Verlauf unseres neuntägigen Aufenthalts im Nordirak haben wir den PUK-Vorsitzenden Celal Talabani, den PUK-Parlamentspräsidenten und weitere Parteien und zivile Einrichtungen besucht. Dabei übergaben wir weiße Kopftücher. Wir haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Kampfhandlungen beendet wurden. Als wir in die Türkei zurückkehrten, wurden wir an der Grenze festgenommen, gefoltert und ins Gefängnis gesteckt. Nach einem Monat wurden wir auf Druck von Amnesty International und anderer NGOs aus der Haft entlassen.

- Wir haben Gespräche mit vielen Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft, aus Menschenrechtskreisen, Anwaltskammer, Gewerkschaften, Universität, Medien, Kunst und Kultur geführt.

- Um unsere Forderung nach Frieden zu übermitteln, haben wir Gespräche mit Abgeordneten, Bürgermeistern und Parteivertretern geführt und ihnen Informationsdossiers überreicht. Wir haben weiße Kopftücher, die bei uns als Symbol des Friedens gelten, verschenkt. In der Geschichte wurden diese Kopftücher bei Meinungsverschiedenheiten unter Kurden zwischen die Parteien geworfen und somit der Streit beendet. Als Friedensmütter haben wir das weiße Kopftuch als Symbol für unseren Kampf, den Krieg zu beenden, gewählt. Wir verschenken es jedes Mal, wenn wir uns mit Regierungsvertretern oder Guerillakräften treffen.

- Wir haben einen Dialog mit vielen Frauenorganisationen in der Türkei und weltweit aufgebaut.

- Wir haben gemeinsam mit demokratischen Massenorganisationen gearbeitet.

- Wir haben unsere Forderungen auf Veranstaltungen, Seminaren und Konferenzen öffentlich gemacht.



Die Friedensmütter sind in der Türkei einer starken Repression ausgesetzt. Immer wieder werden sie festgenommem und verhaftet. Die Forderung nach ihrer Freilassung ist deshalb immer aktuell. Fotos: DIHA

- Unser Büro wird von vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Abgeordneten aus Europa besucht.

- Wir haben Interviews gegeben.

- Wir geben eine Zeitschrift namens „Frieden“ heraus, in der von unserer Arbeit berichtet wird.

- Wir haben Gespräche mit Abgeordneten, offiziellen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Italien, Deutschland, Frankreich, Holland, Schweiz, Irak, Spanien (Baskenland) und Griechenland geführt.

Unsere Forderungen:

- Die von ehemaligen Regierungen angeblich zum Zweck einer gesellschaftlichen Einigung erlassenen Amnestien standen im Kern im Widerspruch zum Gleichheitsprinzip der Verfassung. Dadurch wurden Tausende politische Gefangene davon ausgeschlossen. Die gesellschaftliche Spannung hat sich eher noch erhöht. Ein gleiches und gerechtes Verfahren fand nicht statt. Durch die Gesetzesänderungen der letzten Zeit sind viele Gefangene entlassen worden. Aber diese Änderungen reichen unserer Ansicht nach nicht aus. Es muss eine Gesetzesänderung stattfinden, die alle politischen Gefangenen umfasst. Wenn die kurdische Frage gelöst werden soll, muss diese Gesetzesänderung nicht nur alle politischen Gefangenen, sondern auch unsere bewaffneten Kinder in den Bergen und alle politisch Vertriebenen einschließen. Die Rückkehr unserer Kinder aus den Bergen ist die Grundlage für einen gesellschaftlichen Frieden.

- Die Türkei hat mit der Aufhebung der Todesstrafe einen der größten Schritte in ihrer Geschichte gemacht. Mit diesem historischen Schritt wurde eine wichtige Grundlage für die Schaffung von Frieden gelegt. In Bezug auf die Bedingungen, unter denen Herr Abdullah Öcalan lebt, hat es trotz der bekannten Sensibilität innerhalb der Gesellschaft zu diesem Thema keine Verbesserung gegeben. Die Aufhebung der Isolation, eine Beendigung der hinderlichen Maßnahmen beim Besuch durch seine Familie und Anwälte sowie die Erfüllung von Herrn Öcalans Forderungen könnten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden darstellen.

- Die Militäroperationen müssen unverzüglich gestoppt werden, damit die Atmosphäre von Frieden und Toleranz nicht erneut vergiftet und unsere Kinder beim Militär und bei der Guerilla leben können.

- Das Recht auf muttersprachlichen Unterricht und muttersprachliche Medien – ein natürliches Recht jedes Menschen, das in zeitgenössischen Demokratien nicht einmal diskutiert wird – muss dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechend geregelt und gesetzlich garantiert werden.

- Basis der Demokratie ist Toleranz. Basis der Toleranz ist die Meinungsfreiheit. Die bestehende antidemokratische Gesetzgebung zu Meinungs-, Organisierungs- und Pressefreiheit muss neu geregelt werden. Es muss ein demokratisches Klima entstehen, in dem alle gesellschaftlichen Gruppen ihre Gedanken frei äußern können.

- Um das seit 1998 anhaltende Klima der Gewaltlosigkeit in einen bleibenden gesellschaftlichen Frieden zu verwandeln, muss der einseitige Waffenstillstand in einen beidseitigen Waffenstillstand verwandelt werden. Neue Gewalt kann durch die notwendigen Schritte in der Lösung der kurdischen Frage verhindert werden. Eine Wiederholung der Kriegshandlungen kann durch die Bemühungen des Staates verhindert werden.

- Das Dorfschützersystem, das eine Schande darstellt, muss unverzüglich abgeschafft werden.

- Die Opfer der Dorfzerstörungen müssen entschädigt werden. Dorfrückkehr muss gefördert werden.

- Zivilgesellschaftliche Organisationen dürfen in ihren Aktivitäten für den Frieden nicht behindert werden.

- Die Verantwortlichen für den Tod unserer Kinder in der Zeit des Krieges, für Folter, Übergriffe und Vergewaltigungen müssen vor Gericht gestellt werden.

- Die „Morde unbekannter Täter“ müssen aufgeklärt werden.

Organisationen in der Türkei und Europa, mit denen wir zusammenarbeiten, und Plattformen, an denen wir teilnehmen:

Menschenrechtsverein
KATAGI
Frauenplattform gegen den Krieg
Plattform gegen den Krieg
Koordination gegen den Irakkrieg
Koalition für globalen Frieden und Gerechtigkeit
Koordination gegen die Besatzung des Irak
Frauenplattform Diyarbakir
Demokratieplattform Diyarbakir
TUAD, GÖC-DER, YAKAY-DER
Humanistische Bewegung
Sozialforum Türkei
Donne In Nero (Italien)
CGIL (Italien)
Freie Frauenstiftung (Holland)
Ärzte der Welt (Frankreich)
Donne Futuro (Italien)
Weltfrauenmarsch
Demokratische Freie Frauenbewegung
Lokale Agenda 21

Initiative „Mütter für den Frieden“
Baris Anneleri Insiyatifi

Adresse in Istanbul: Keçi Hatun Mah. Haseki Cd. Sultan Apt. No:16/7
Aksaray/Istanbul/Türkiye
Tel.: 0090 212 6329514
Fax: 0090 212 6329515
E-mail: barisanneleri@gmail.com

Adresse in Diyarbakir: Ekinciler Cad. Kislali sk. Devran Apt. B Blok, No:10, Kat:3 Ofis/Diyarbakir/Türkiye
Tel./Fax: 0090 412 2242355 ♦

Keine Demokratisierung der Türkei ohne die Befreiung der Frau

Frauendelegation zum Internationalen Frauentag

Bericht einer Frauendelegation zum 8. März

Vorab:

Angesichts der momentanen Situation in der Türkei, insbesondere in den kurdischen Gebieten im Süd-Osten der Türkei, fällt es uns schwer einen Delegationsbericht zum 8. März zu verfassen.

Vielleicht lassen sich unsere Eindrücke am besten als „normaler Alltag im Kriegszustand" beschreiben.

Im Vorfeld war uns Delegationsteilnehmerinnen unklar, was uns in den kurdischen Gebieten erwartet, bzw. es war uns nicht möglich einzuschätzen, wie die Veranstaltungen rund um den 8. März verlaufen würden, nachdem es im letzten Jahr zu diesem Anlass zu heftigen Ausschreitungen – nicht nur in Istanbul – gekommen war. Es wurde vermutet, dass die Situation auch dieses Mal zwischen den Frauen, der kurdischen Bevölkerung und dem türkischen Militär eskalieren könnte, aber einige Anzeichen deuteten gleichzeitig darauf hin, dass sich die Repression eher gegen die Aktivitäten um und nach Newroz zuspitzen könnten, was so leider nun auch eingetroffen ist.

Am 11.4. gab es bereits 11 Todesopfer infolge der Ausschreitungen.

Auszüge aus der Delegationsreise:

Vom 3.–15.3. nahmen insgesamt sieben Frauen, darunter vier Frauen aus Hamburg, eine Frau aus München und zwei Frauen aus Berlin, an der Delegationsreise zum 8. März 2006 teil.

Besucht wurden die Städte Diyarbakir, Urfa und Batman (verbunden mit einem Tagesbesuch in Hasankeyf).

Die Reise ähnelte der Frauendelegationsfahrt im Vorjahr. Von Diyarbakir aus, unter der Organisation des Frauenberatungszentrums *Selis*, wurden die Tagespläne/Termine festgelegt, welche Vereine und Organisationen besucht werden konnten, d. h. es wurde versucht die Interessen und politischen Hintergründe der jeweiligen Delegationsteilnehmerinnen zu berücksichtigen. Das war toll!



Die Demonstration in Diyarbakir zum Internationalen Frauentag — Foto: DIHA

Das Spektrum umfasste Besuche bei Frauenprojekten, wie z. B.

Verein „Lebenshaus", Urfa, Schwerpunkte: Bildungsarbeit, Sozialprogramme, unter anderem eine Teppichwerkstatt, damit Frauen ökonomisch selbständig sein können, Rechtsberatung, Berufsberatung, psychosoziale Beratung

Selis, Diyarbakir, Schwerpunkte: Bildungsarbeit (Seminare zur Stellung der Frau in der Gesellschaft, Hygiene, Kindererziehung und Alphabetisierungsprogramme), Ökonomie (eine Näh- und Webwerkstatt), damit Frauen ökonomisch selbständig sein können, und Beratungsarbeit

Frauenschule *ACEV*, Diyarbakir: Frauen können hier lesen und schreiben lernen, ihre Grundschule nachholen und lernen über ihre Rechte

Epi-Dem, Diyarbakir (Psychosoziales Beratungszentrum), Schwerpunkte: Einzelberatung (Thema unter anderen: Gewalt in den Familien und Kindererziehungsfragen) und Seminare (unter anderem zum Thema Gewalt in den Familien, diese Seminare gibt es auch für Männer)

DÖKH, Diyarbakir (Demokratische Frauenbewegung)

Baris Anneleri, Friedensmütter, Diyarbakir (von denen 24 zu der Zeit inhaftiert waren)

DIKASUM, Diyarbakir, Schwerpunkte: Unterstützung von Frauen in allen Lebenslagen, Untersuchen der Selbstmorde, Stadtteilarbeit, Installierung von

Orten, an denen sich Frauen ungestört treffen können, wie Wäschereien, Backstuben, Werkstätten, etc.

Frauenrat Batman

Aber auch:

IHD Diyarbakir (Menschenrechtsverein), Mittelpunkt unserer Fragen waren die aktuelle Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen, militärische Operationen, etc.

Göc-Der, Batman (Sozialer Hilfs- und Kulturverein für Vertriebene)

TUHAD-FED, Batman (Verein zur Unterstützung der politischen Gefangenen und ihrer Familien), Schwerpunkte: Organisieren von RechtsanwältInnen, ökonomische Unterstützung der Familien/Organisieren von Sammeltransporten für BesucherInnen, etc.

Für die Frauenorganisationen waren Gewalt in der Familie, zunehmende Selbstmorde und ökonomische Unabhängigkeit wichtige Themen. Sie unterstützen Frauen durch Beratungsarbeit, aber auch durch das Errichten von Orten, wo Frauen sich treffen können, und durch Projekte, die Frauen eine eigene Existenz ermöglichen. Ein wichtiger Teil der Arbeit ist Aufklärungsarbeit in der Form von Bildungsarbeit, aber auch die Organisierung von Demonstrationen wie am 8. März.

Die Erwartungen an uns als Delegierte waren sehr unterschiedlich. Zum Teil schienen die besuchten Vereine müde von den Delegationsbesuchen. Es gab unter anderem die starke Kritik, dass kein gleichberechtigter Austausch untereinander zustande kommen würde, dass in der Vergangenheit hohe Erwartungen an die jeweiligen Delegationen herangetragen wurden, dass von Delegationsseite aus Versprechungen gemacht worden seien, die sich allzu oft als leer und hohl herausstellten.

Diese inhaltlich berechtigte Kritik soll für zukünftige Delegationen eine Herausforderung sein!

Auch ein gleichberechtigter inhaltlicher Austausch kam (u. E. aufgrund der sehr knapp bemessenen Zeit bei den offiziellen Gesprächsterminen) sehr kurz, obwohl es uns ein explizites Anliegen war, auf die Situation der KurdInnen in Deutschland hinzuweisen, zu berichten von der Schwierigkeit, das Thema Kurdistan in die Öffentlichkeit zu bringen, wo selbst innerhalb der politischen Linken kaum mehr kontinuierliche Solidaritätsarbeit zu finden ist.

Zum Teil waren die Vereine aber auch darauf eingestellt, dass der Fokus unseres Besuchs auf der Informationsvermittlung zur jeweiligen Organisations-/Vereinsarbeit lag.

Neben den Besuchen bei o. g. Organisationen nahmen wir am 4. März an einer Frauenkundgebung in Urfa (ca. 100 Frauen) und am 8. März an der Demonstration in Diyarbakir (ca. 1000 Frauen) teil. An beiden Orten hatten sich Frauen versammelt, um ihren Forderungen nach Abschaffung von Frauenunterdrückung, sowohl auf innerfamiliärer als auch auf gesellschaftlicher und ökonomischer Ebene, lautstark Ausdruck zu verleihen.

Keine Demokratisierung der Türkei ohne die Befreiung der Frauen und des kurdischen Volkes!

Die Furchtlosigkeit, die Bestimmtheit und Entschlossenheit, die Kraft der Frauen, trotz der überall spürbaren Repression, sind nachhaltig beeindruckend. ♦



Der 8. März in Izmir — Foto: DIHA

Dringender Aufruf:

Die drohende Auslieferung der kurdischen Journalistin Zübeyde Ersöz an die Türkei muss verhindert werden!

CENÎ, AZADÎ und ISKU wenden sich mit dem dringenden Appell an Sie, gegen die drohende Auslieferung der kurdischen Journalistin ***Zübeyde Ersöz*** an die Türkei zu protestieren. Bei einer möglichen Auslieferung bestünden keinerlei Garantien für die Gesundheit und das Leben der engagierten Journalistin.

Am 15. Februar 2006 stellte die kurdische Journalistin ***Zübeyde Ersöz*** bei der Ausländerbehörde in Luxemburg ihren Antrag auf politisches Asyl. Bei ihrer Antragstellung wurde sie durch die Luxemburger Polizei aufgrund eines Haftbefehls der türkischen Behörden verhaftet und ist nun mit einer Auslieferung an die Türkei bedroht. Jedoch haben der Haftbefehl und das Auslieferungsgesuchen der Türkei keinerlei rechtliche Grundlage und sind nicht legitim. Das wird schon daran deutlich, dass die türkischen Behörden sich auf die unwahre Behauptung berufen, Frau Ersöz sei im Zeitraum von 1994 bis 1995 in der Türkei an „kriminellen Aktivitäten einer terroristischen Organisation" beteiligt gewesen. Jedoch hielt sich Frau Ersöz von November 1993 bis April 1996 nachweislich in Deutschland auf und arbeitete hier als Journalistin bei der Tageszeitung Özgür Politika.

In der Türkei sind immer noch Menschenrechtsverletzungen, Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit sowie Folter – einschließlich sexueller Folter – von politischen Gefangenen an der Tagesordnung. Insbesondere die andauernden Angriffe der türkischen Sicherheitskräfte auf die kurdische Zivilbevölkerung und die notstandsähnliche Situation in den kurdischen Provinzen der Türkei, machen deutlich, wie die Menschrechtssituation von KurdInnen aussieht: In der vergangenen Woche wurden zumindest 13 Kurden durch türkische Sicherheitskräfte erschossen, bzw. erschlagen; über 500 Menschen wurden verhaftet und in Polizeigewahrsam schwer gefoltert. Journalisten wie ***Haluk Barik***, Reporter von Kanal D Kiziltepe, der Herausgeber der Tageszeitung Ülkede Özgur Gündem, ***Hamza Ozkan*** in Istanbul, der Zeitungsausträger der Ülkede Özgur Gündem, ***Yilmaz Yakut*** in Diyarbakir, der Reporter ***M. Sakir Uygar*** und die Reporterin der Ülkede Özgur Gündem, ***Birgül Özbaris***, wurden gezielt durch die Polizei angegriffen, schwer verletzt und verhaftet.

Von diesen rechtswidrigen Übergriffen der Sicherheitskräfte sind bis heute insbesondere KurdInnen und kritische JournalistInnen betroffen. Deshalb sind wir in ernster Sorge um das Leben und die Sicherheit der kurdischen Journalistin ***Zübeyde Ersöz***. Denn sie hat durch engagierten Journalismus und Berichterstattung unter Lebensgefahr dazu beigetragen, dass die Verbrechen des türkischen Militärs in den kurdischen Gebieten, die Morde „unbekannter Täter", systematische Folter in türkischen Polizeistationen und andere Menschenrechtsverletzungen einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurden. In ihren Artikeln und Kolumnen hat sich ***Zübeyde Ersöz*** immer wieder für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage, für Völkerverständigung, eine Demokratisierung in der Türkei sowie die Rechte von Frauen und Kindern eingesetzt. Hiervon zeugen eine Reihe von Veröffentlichungen, die sie u. a. als freie Reporterin im Jahr 1993 für die Tageszeitungen *Özgür Gündem* und *Özgür Ülke* in Istanbul, von Ende 1993 bis 1996 für die Zeitungen *Özgür Ülke*, *Özgür Politika* in Köln und Frankfurt sowie im Zeitraum von 1996 bis Anfang 2006 im Irak geschrieben hat.

Wir sehen eine drohende Auslieferung nicht nur als eine Gefahr für das Leben und die Sicherheit von Frau Zübeyde Ersöz, sondern als eine Bedrohung, die sich auch gegen andere kurdische Frauen und JournalistInnen richtet, die nicht schweigen zu Unrecht und Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei.

Deshalb fordern wir die luxemburgische Regierung auf, das Auslieferungsgesuchen der türkischen Behörden zurückzuweisen. Demokratische Errungenschaften wie politisches Asyl, freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit dürfen nicht ausgehöhlt und ökonomisch-politischen Interessen geopfert werden.

Wir fordern die sofortige Freilassung und entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention die Anerkennung des Asylrechtes der kurdischen Journalistin Zübeyde Ersöz!

Wir rufen alle JournalistInnen, MenschenrechtlerInnen, FrauenrechtlerInnen, demokratische Persönlichkeiten und Institutionen auf, gegen die drohende Auslieferung von Zübeyde Ersöz an die Türkei zu protestieren.

Schicken Sie bitte Protestfaxe oder Protestbriefe an die verantwortlichen Stellen in Luxemburg und zur Information an CENÎ – Ceni_frauen@gmx.de.

Mit freundlichen Grüßen

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Informationsstelle Kurdistan e.V. – ISKU
Azadî e.V. – Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden

Protestschreiben können an folgende Einrichtungen der luxemburgischen Regierung geschickt werden:

Ministère d'Etat
Le Premier ministre Jean-Claude Juncker
4, rue de la Congrégation
L–1352 Luxembourg
Tél.: +352 478-21 00 Fax: +352 46 17 20

Ministère de la Justice
Ministre de la Justice Luc Frieden
13, rue Erasme, bâtiment Pierre Werner
L–1468 Luxembourg
Tél: +352 478-45 37 Fax: +352 22 76 61

Ministère de l'Egalité des chances
12-14, avenue Emile Reuter
L–2921 Luxembourg
Tél: +352 478-5814Fax: +352 24 18 86
E-mail: info@mega.public.lu

Dogan Güzels Comic jetzt auch im Kurdistan Report

Qirix: für die Kurden ein Symbol der 90er Jahre

Baris, Journalist

Die Comicserie „Qirix" von Dogan Güzel behandelt humorvoll die Wirkung der mit der kurdischen Befreiungsbewegung entstandenen sozialen Veränderung auf eine Generation in Diyarbakir. Wir möchten unseren Leserinnen und Lesern diesen Comic vorstellen und in den nächsten Ausgaben immer mal wieder ein Beispiel veröffentlichen.

Was ist Qirix oder was ist er nicht?

Eine Frage, die für diejenigen, die nicht in Diyarbakir gelebt haben, schwer verständlich und nicht einfach zu beantworten ist. Um es schlicht darzustellen: Qirix ist jemand, der zwar Verantwortung trägt, die soziale Ordnung innerhalb der Gesellschaft in Diyarbakir nach seiner eigenen Vorstellung zu sichern, aber für andere Verantwortlichkeiten nicht leicht zu bekommen ist. Er ist eine Art Straßenraufbold. Er steht zwischen dem klassisch-kurdischen Familienleben, das geprägt ist vom Dorfleben, und der Stadtkultur. Er besitzt einen Charakter, der sich zwar gegen die kulturellen Gewebe des Stadtlebens wehrt, aber gleichzeitig auch nicht in der Lage ist, die Kontrolle der klassischen Gesellschaftsstrukturen hinzunehmen.

Auch wenn Qirix ein Produkt des kulturellen Wandels ist, verteidigt er die Werte des klassisch-kurdischen Lebens und versucht innerhalb Diyarbakirs seine eigene Ordnung zu errichten. Es ist keine Rolle, die auf ihn zugeschnitten ist. Wegen der Schwierigkeiten, die er bei der Anpassung an die klassischen Gesellschaftsstrukturen erlebt und die ihn lähmen, übernimmt Qirix seine Rolle aus eigener Initiative. Den Respekt innerhalb der Gesellschaft sichert er sich auf diese Weise. Ein tatsächlicher Qirix setzt Gewalt im Vergleich zu den Raufbolden weniger ein. Der Hauptgrund für seine Gewaltbereitschaft besteht darin, dass er sich somit einen Ruf schaffen will, um seine Position dermaßen zu stärken, dass er bei möglichen Problemkonfrontationen ohne Gewaltanwendung eine Lösung erreichen kann. Die Qualität eines Qirixs kann auch nur auf diese Weise gemessen werden.

> Das Leben der furchtlosen Raufbolde, also der Qirixs, beginnt nach 1990 in den Straßen von Diyarbakir.

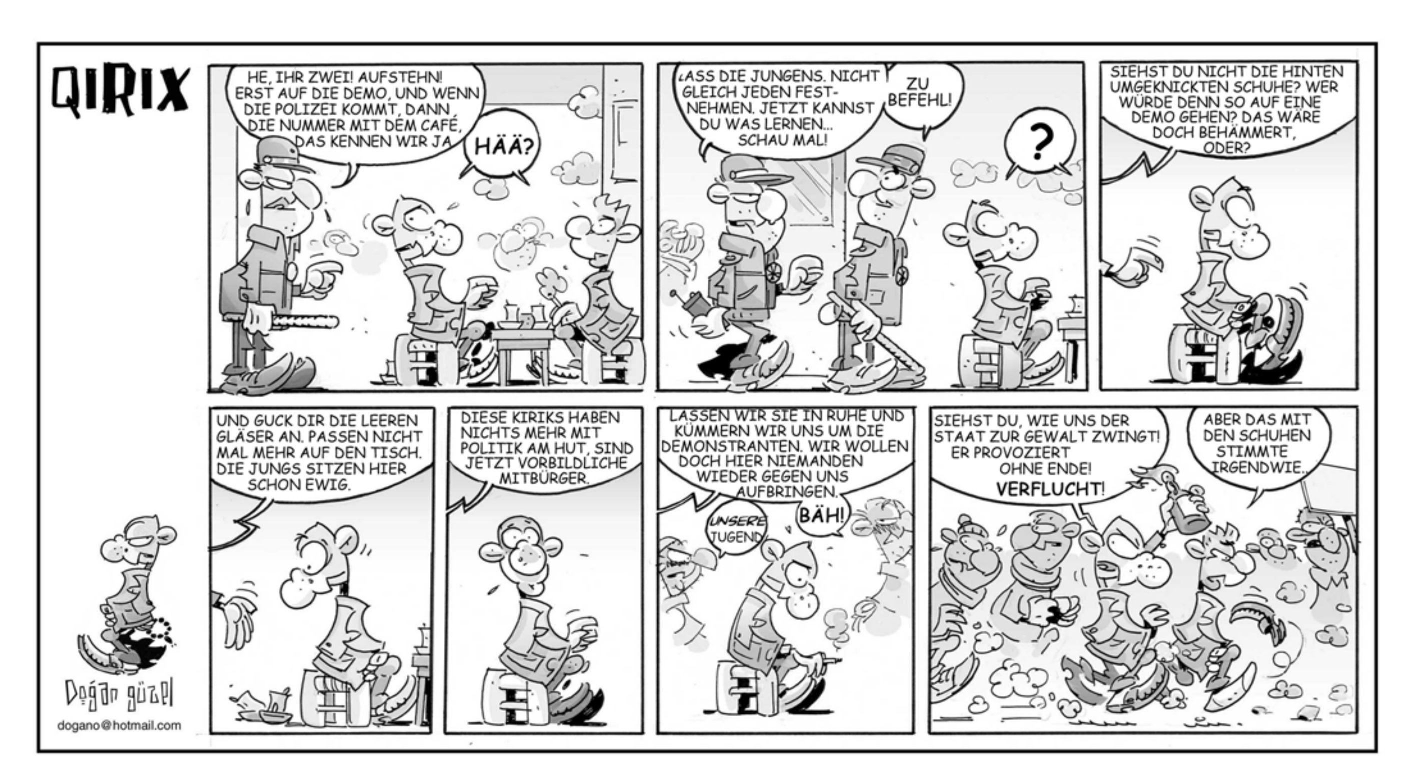
Das Leben von Qirix ist weniger abenteuerlich, lustig oder merkwürdig, sondern eher wehmütig. Er ist sehr stolz, aber nicht im gleichen Maße stark. Er fordert das Unmögliche. So ist er hinter einer aussichtslosen Liebe her, er möchte noch stärker und effektiver sein, als ihn die Gesellschaft sieht. Alle Bemühungen eines Jugendlichen mit 18 oder 19 Jahren zum „Qirixtum" überzugehen, verlaufen bei ihm im Sande. Das Leben eines Qirix, das von gewissen Freiheitsgedanken beeinflusst ist, normalisiert sich, sobald er das 30. Lebensjahr erreicht hat, und verschmilzt dann mit der Gesellschaft.

Diyarbakir, als historischer Ort des Widerstands der Kurden, ist in den 90er Jahren ein heißes Pflaster. Nachdem 1991 der Provinzvorsitzende der HEP (Arbeiterpartei des Volkes) Vedat Aydin durch einen Angriff der Kontraguerilla des türkischen Staates ermordet worden ist, beginnt für Diyarbakir eine blutige Phase. Die Straßen der Stadt werden von Angst beherrscht; die türkischen Sicherheitskräfte terrorisieren die Bevölkerung. Der kurdische Widerstand weitet sich dagegen mit jedem Tag aus.

Das Leben der furchtlosen Raufbolde, also der Qirixs, beginnt nach 1990 in den Straßen von Diyarbakir. Qirixs, die innerhalb vieler Jahre einen gesellschaftlichen Status innerhalb des Stadtlebens erlangt haben, verlieren mit dem sozialen Wandel durch den kurdischen Befreiungskampf einen Großteil ihrer Lebensgrundlagen. Die begrenzte Macht der Qirixs wird ersetzt durch die revolutionäre Macht. Die neue soziale Realität übersteigt im weiten die Fähigkeiten der Qirixs. Dogan Güzel beginnt genau in dieser Zeit Qirix zu karikaturisieren.

Der Hauptcharakter von Dogan Güzel ist Keko, ein Qirix-Typ, der versucht weiterhin an dem Leben von Diyarbakir vor 1990 festzuhalten. Er wechselt ständig zwischen den sich entwickelnden patriotischen Eigenschaften und Gefühlen und der Qirix-Kultur. Er ist rebellisch, und weil er nicht so weit gezähmt ist, dass er einem Job nachgeht und Geld verdient, ist er total von der Familie abhängig. Gegen Ungerechtigkeiten versucht er im Rahmen seiner Möglichkeiten zu kämpfen, aber gegen die Praktiken der türkischen Sicherheitskräfte und Soldaten ist er nicht im Stande, etwas zu tun.

Diese Machtlosigkeit richtet ihn zu Grunde. Er ist sich zwar bewusst, dass er



seine Machtlosigkeit nur durch einen organisierten Kampf überwinden kann, aber sein Beharren auf seinem Lebensstil hält ihn davon zurück, sich aktiv am Kampf zu beteiligen. Die Situation seines besten Freundes Ceto ist nicht anders.

Kekos Familie ist sehr trefflich charakterisiert und vertritt eine bestimmte Schicht innerhalb der kurdischen Gesellschaft. Obwohl der Vater sich vieler Dingen bewusst ist, ist er in seiner Einstellung festgefahren, dass für die Befreiung der Kurden nicht gekämpft werden kann. Er vertritt den feudalen kurdischen Mann, der in seinen Grundzügen zum größten Teil assimiliert ist. Die Mutter hingegen ist sehr aufmerksam. Sie konnte, aufgrund des in sich geschlossenen kurdischen Familienlebens, nicht assimiliert werden. Sie handelt instinktiv als Beschützerin ihrer Kinder. Die Mutter, die die Trägerin der gesellschaftlichen Geschichte ist, trägt den Bruch, den die bisherigen zerschlagenen 29 Aufstände erzeugt haben, in ihrem Gedächtnis mit sich. Aber ebenso trägt sie die Hoffnungen, dass der 30. Aufstand Erfolg haben wird.

Kekos kleine Geschwister sind während des Befreiungskampfes auf die Welt gekommen. Für sie ist der Kampf der Ausdruck ihres Lebens. Die Reaktionen auf die Repressionen, denen die Älteren ausgesetzt sind, macht sie furchtlos. Wie viele Kinder in Diyarbakir sind sie fortschrittlicher als ihre Eltern. In der Zeit, als viele Menschen ihr Leben beim Verteilen kurdischer Zeitungen verloren haben, treten Kinder in Diyarbakir als Zeitungsverteiler in den Vordergrund. Die Kinder verteilen die Zeitung trotz Verbot und trotz aller Repressionen bis in die abgelegensten Winkel der Stadt. Die Charaktere der Geschwister symbolisieren die entschlossenen und aufständischen kurdischen Kinder. Der Bruder in Mersin, der zwar nie in den Karikaturen abgebildet wird, aber immer wieder mal Thema ist, ist einer von den Hunderttausenden, die in den 90er Jahren von Kurdistan in die Metropolen vertrieben wurden. Kekos „politischer Bruder“ aber, der in seinem Leben eine bedeutende Rolle spielt, vertritt hingegen Tausende von kurdischen Patrioten, die versuchen zur kurdischen Aufklärung beizutragen.

Keko führt zudem – wie bei den Qirixs im Allgemeinen üblich – eine platonische Liebe. Sein „Fall“ (so wird in Diyarbakir die Person bezeichnet, in die eine andere verschossen ist) ist ein Mädchen, das zur Schule geht und revolutionäre Gedanken hegt. Sie symbolisiert die neue Generation von Frauen, die sich von der repressiven Gesellschaftsrealität entfernen und sich auf der Basis des kurdischen Kampfes politisieren.

Dogan Güzel hat mit seinem Scharfsinn und seinem Stil einen Charakter-Typ geschaffen, der die Lebensrealität Diyarbakirs mit den Errungenschaften des kurdischen Kampfes verbindet. Qirix ist für die Kurden ein Symbol der 90er Jahre. Güzel, der mit seinen Zeichnungen alle Züge der blutigen Phase wiedergibt, bietet für die Leser/innen zwischen den von Kriegsnachrichten beherrschten Zeitungsspalten eine Basis zum Lachen. Somit nehmen die Qirixs innerhalb der kurdischen Presse einen unvergesslichen Platz ein.

Dogan Güzel musste aufgrund zahlreicher gerichtlicher Verfahren die Türkei verlassen. Heute lebt er in Spanien. Seit Januar 2006 zeichnet Güzel erneut für die Tageszeitung Yeni Özgür Politika. Seine Zeichnungen erscheinen einmal wöchentlich. ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
Fax: (32) 2 647 68 49
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
Fax: (32) 2 647 27 75
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
YEK-KOM
Büro für Öffentlichkeitsarbeit
Chausseestr. 15
10115 Berlin
Tel: (49) 30 - 24 72 41 96
E–mail: yekkom-berlin@gmx.net
http://www.yekkom.com

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
Fax: (49) 211 - 17 11 453
E–mail: yekkom@gmx.net

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
Fax: (43) 1- 5455821
e-mail: feykom@chello.at
http://members.chello.at/feykom/

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
Fax: (41) 22 32 81 983
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0033 1 42 81 22 71
Fax: 0033 1 40 16 47 23
email: knkparis@wanadoo.fr

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
Fax: (39) 06 - 39380273
e-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com/

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 – 61 41 816
Fax: (31) 20 – 61 43 468
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 – 22 89 98
Fax: (45) 33 – 22 59 23
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 – 96 76 72 45
Fax: (61) 2 – 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 – 37 42 16
Fax: (357) 2 – 37 44 04
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
e-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ukraine:
Assoziaziya Kurdskich Obšestvanych Organisazii "Midiya"
01033 Kiew
vul. Jilyanskaya 62/64, of. 6
Tel: (38) 044 - 2201906
e-mail: midiya@ukr.net

Ungarn:
Magyarország Kurdisztani Információs és Kulturális Egyesület
Baross u. 86 I. em. 1
1028 Budapest
Tel: (36) 1 - 210 1137
Tel./Fax: (36) 1 - 30 36 650
e-mail: kurdinfo@freemail.hu

AZADI e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600



- Unterstützung
- Hilfe
- Öffentlichkeitsarbeit
- Solidarität

Informationen:

AZADI e.V.
Graf-Adolf-Str.70a
40210 Düsseldorf
Tel: 0211 / 830 29 08
E-mail: azadi@t-online.de
http://www.nadir.org/azadi



ISSN 0935-5375